



Beiträge vom 12. Häftlingstreffen in Bützow 2014

1989 – Von der Diktatur zur Demokratie in der DDR

Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit




**FRIEDRICH
EBERT**

STIFTUNG

lpB
LANDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG
**Landeszentrale
für politische Bildung**


POLITISCHE MEMORIALI
Mecklenburg-Vorpommern


Die Landesbeauftragte
für Mecklenburg-Vorpommern
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen DDR

12. Häftlingstreffen in Bützow

1989 – Von der Diktatur zur Demokratie in der DDR

Die Häftlingstreffen finden mit freundlicher Unterstützung der Stadt Bützow statt.

Impressum

ISBN: 978-3-95861-065-1

Herausgeber und Copyright:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Arsenalstraße 8
19053 Schwerin

Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern
Jägerweg 2
19053 Schwerin

Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen DDR
Bleicherufer 7
19053 Schwerin

Politische Memoriale
Severinstraße 6
19055 Schwerin

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist
ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Redaktion:

Stephanie Havemann, Rudolf Leppin, Eckart Schörle, Frederic Werner

Fotos:

Rudolf Leppin,
Archiv des Krumpfen Hauses Bützow (Titelfoto Haftanstalt)

Gestaltung:

www.grafikagenten.de, Rostock

Druck:

Druckerei Weidner GmbH Rostock

Schwerin, Januar 2015

Beiträge vom 12. Häftlingstreffen in Bützow 2014

1989 –
Von der Diktatur
zur Demokratie
in der DDR

Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit

Inhalts

verzeichnis

- 08 Editorial **Frederic Werner**
- 10 Programmablauf
- 12 „Fußnote der Weltgeschichte“, „sowjetische Satrapie“ oder
„deutscher Sonderweg“? Zur Interpretation der DDR und ihrer
Geschichte **Prof. Dr. Bernd Faulenbach**
- 22 Zur Entstehung und historischen Bedeutung der Revolution des
Herbstes 1989 **Prof. Dr. Jens Reich, Berlin**
- 34 Die Gründung der SDP in der DDR 1989 **Markus Meckel**
- 50 Die politische Vorstellungswelt der DDR-Opposition: Mehr
Sozialismus, Neutralismus, himmlische Gerechtigkeit **Dr. Klaus Bästlein**
- 62 Die Runden Tische 1989/90 in der DDR **Dr. Francesca Weil**
- 74 Kontrollierte Freiräume. Das Kabarett in der DDR zwischen MfS
und SED **Dr. Christopher Dietrich**
- 80 Von der Repression zur Mündigkeit. Die DDR-Gefängnisse im
Herbst 1989 als Spiegel der Gesellschaft **Dr. Birger Dölling**
- 88 Die Häftlingsrevolte in Bützow Ende 1989 **Dr. Martin Handschuck**
- 96 Im Herbst 1989 kam die Bürgerbewegung in den Bützower
Strafvollzug - Erinnerungen eines Zeitzeugen **Heiko Lietz**

Edi

torial

Das 25. Jubiläum der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 war Anlass für eine breite Rückschau auf die Ereignisse in vielen Veranstaltungen und den Medien. Im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung standen dabei zu meist die Protagonisten der Bewegungen, die das SED-Regime verunsichert und von der Macht vertrieben haben, aber es gab auch Gelegenheit zur privaten Erinnerung. Der Umbruch war einschneidend für alle. Die Gruppe der politischen Häftlinge in der DDR musste diese Ereignisse als besondere Genugtuung erlebt haben. Denn auf einmal wurden Überzeugungen, für die Menschen in der DDR lange Zeit Repressionen ausgesetzt waren, von vielen anderen geteilt und offen ausgesprochen. Ein Funke, genährt von dem Wunsch nach Freiheit und Mitbestimmung, verbreitete sich mit dem Mut der Stunde zum Buschfeuer einer Massenbewegung. Daraus wurde eine Sternstunde der deutschen Demokratiegeschichte.

Auch das 12. Häftlingstreffen in Bützow stand ganz im Zeichen des 25. Jahrestages der Friedlichen Revolution von 1989. Dies bot Gelegenheit, über die historische Einordnung dieses Umbruchs nachzudenken. So stellte **Professor Bernd Faulenbach** die Frage, ob die DDR rückblickend als Fußnote oder Sonderweg der deutschen Geschichte zu betrachten ist, **Professor Jens Reich** diskutierte die Bedeutung der Begriffe „Wende“ und „Revolution“. Während sich **Markus Meckel** an die Gründungsphase der SDP und die Vorbildfunktion der osteuropäischen Bürgerrechtsbewegungen für die Entwicklung in der DDR erinnerte, gingen **Dr. Klaus Bästlein** und **Dr. Francesca Weil** auf die Vorstellungswelt der DDR-Opposition und die Bedeutung der Runden Tische ein.

In einem weiteren Schwerpunkt widmete sich **Dr. Birger Dölling** den Häftlingsrevolten im DDR-Strafvollzug. Durch **Dr. Martin Handschuck** wurde erstmals die Erinnerung an die Häftlingsrevolte in Bützow-Dreibergen in den wissenschaftlichen Blick genommen. In einem zusätzlichen Bericht erinnert sich der Zeitzeuge **Heiko Lietz** an die Ereignisse zu den Häftlingsrevolten 1989.

Dr. Christopher Dietrich hat, selber Kabarettist, über die Bedeutung des Kabarett zur und während der Umbruchzeit promoviert und uns einen Einblick zu seinen Forschungen gegeben.

Diese interessanten Beiträge der Tagung haben wir in diesem Band zur Dokumentation zusammengestellt. Damit die Erinnerung an die Friedliche Revolution und deren Umstände nicht nur ein Feuerwerk fröhlicher Feierlichkeiten im Jubiläumsjahr bleibt, sondern dauerhaft die Glut der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit nährt.

Programm

**Ablauf des 12. Bützower Häftlingstreffens
im Rathaus Bützow**

Sonntag, 28. September 2014

Begrüßung durch die Veranstalter und Grußwort von Altbischof Dr. Heinrich Rathke

Die DDR – Fußnote oder Sonderweg der deutschen Geschichte?

Prof. Dr. Bernd Faulenbach – Vortrag und Nachfragen

Der ostdeutsche Herbst 1989 – Wende oder Revolution?

Prof. Dr. Jens Reich, Berlin – Vortrag und Nachfragen

Warum hat die DDR 40 Jahre existiert?

Podiumsgespräch: Prof. Bernd Faulenbach, Prof. Jens Reich, Moderation: Wolfram Pilz, NDR

Die Gründung der SDP in der DDR 1989

Markus Meckel, Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge,
DDR-Außenminister a.D. – Vortrag und Gespräch

Montag, 29. September 2014

Die politische Vorstellungswelt der DDR-Opposition: Mehr Sozialismus,
Neutralismus, himmlische Gerechtigkeit

Dr. Klaus Bästlein, LStU Berlin – Vortrag und Gespräch

Die Runden Tische 1989/90 in der DDR

Dr. Francesca Weil, Hannah Ahrendt-Institut Dresden – Vortrag und Gespräch

Schülerprojekt zur DDR-Geschichte

Gesprächsrunden der Schüler/innen mit Zeitzeugen

Abendveranstaltung I – Krummes Haus

„Erinnerungen an den Mauerfall. Ein Interviewprojekt.“

Film von Uta Rüchel / Rüdiger Disselberger

Abendveranstaltung II – Pferdemarktquartier Bützow

„Kontrollierte Freiräume. Das Kabarett in der DDR zwischen MfS und SED“

Dr. Christopher Dietrich, Kabarettist

Dienstag, 30. September 2014

Häftlingsrevolten im DDR-Strafvollzug 1989

Dr. Birger Dölling, Richter am Landgericht Berlin – Vortrag und Gespräch

Die Häftlingsrevolte 1989 im Zuchthaus Dreibergen-Bützow

Dr. Martin Handschuck, Historiker, Schwerin – Vortrag und Gespräch

Gedenkveranstaltung am Denkmal für die politischen Häftlinge in der DDR
in den Bützower Gefängnissen

Andacht zum Gedenken: Karl-Martin Schabow (Ort: Krummes Haus)

„Fußnote der Weltgeschichte“, „sowjetische Satrapie“ oder „deutscher Sonderweg“?

Zur Interpretation der DDR und ihrer Geschichte

Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Zeithistoriker an der Ruhr-Universität in Bochum. Er hat Politikwissenschaft, Geschichtswissenschaft, Germanistik und Philosophie studiert und war bis 2007 am Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation tätig. Vielfältig engagiert hat er sich seit den 80er Jahren in Grenzbereichen von Wissenschaft und Politik, so auch bei der Aufarbeitung des SED-Regimes. Er war und ist Mitglied in Kommissionen und Beiräten der historischen Aufarbeitung und Erinnerungskultur.

I

Über die DDR und die SED-Diktatur gibt es bis in unsere Tage hinein vielfältige kontroverse Diskussionen. Sie hängen sowohl mit dem vielschichtigen, sich in seiner Geschichte wandelnden Gegenstand als auch mit Standpunkten und Perspektiven der Betrachter zusammen. Selbstverständlich macht es einen Unterschied, welche Phase der Geschichte man in den Vordergrund stellt oder auch, ob man das System immanent oder von außen betrachtet, ob man als Zeitzeuge (welcher Phänomene auch immer) oder als Historiker über das SED-System oder die DDR-Geschichte spricht. Hier werden drei Charakterisierungen skizziert und hinterfragt, die den Blick auf die Umwälzung 1989/90 nicht unwesentlich beeinflussen.

II

Am Abend des 18. März 1990, nach dem Bekanntwerden der Ergebnisse der ersten und letzten freien Volkskammerwahl der DDR, die einen großen Sieg der Einheitsbefürworter brachte, erklärte der Schriftsteller Stefan Heym: „Die DDR wird nichts sein als eine Fußnote der Weltgeschichte. Jetzt bleibt uns nur zu überlegen, was wird.“

Für Heym war offenbar die Geschichte der DDR zu Ende und von ihr – so schien es ihm – würde nichts bleiben. Ein Moment von Melancholie spielte bei dem Remigranten dabei womöglich mit, ungeachtet der Probleme, mit denen sich Heym durch das Regime über Jahre konfrontiert gesehen hatte. Doch hatte auch Heym einmal unrealistische Hoffnungen mit der DDR verbunden, vielleicht gar Träume einer neuen Gesellschaft.

In der DDR war – auf der Basis marxistischer Geschichtsphilosophie – eine Deutung verbreitet gewesen, nach der die DDR eine fortgeschrittenere Gesellschaftsformation dargestellt hatte als die benachbarte größere und bald wohlhabendere Bundesrepublik Deutschland. Doch hatte diese geschichtsphilosophische Deutung nun ihre Geltung für die meisten eingebüßt, abgesehen von denjenigen, die die Umwälzung als Konterrevolution glaubten interpretieren zu können (dies freilich selten laut sagten). Jürgen Habermas sprach demgegenüber bald von einer „nachholenden Revolution“, wobei zu fragen ist, inwieweit diese Sicht den Intentionen der damaligen „Revolutionäre“ entsprach.

Jedenfalls glaubte Heym, dass die historische Bedeutung der DDR stark

zusammenschrumpfe, weil die DDR keine Zukunft mehr hatte. Und dies war eine verbreitete Einschätzung in der noch einige Monate existierenden DDR. Nach dem Ende der DDR sollte sich im Übrigen zeigen, dass mit dem Ende des Staates nicht einfach die Erfahrungen mit und die Prägungen durch die DDR vergangen waren. Drei Generationen hatten in der DDR gelebt und dies wirkte nach. Und die Aufarbeitung der SED-Diktatur wurde zu einer ernsthaften juristischen, politisch-gesellschaftlichen und kulturellen Aufgabe, die bis heute nicht abgeschlossen und auch nicht abschließbar ist – wie man gerade hier in Bützow weiß.

III

Zu den schwierigen und wissenschaftlich noch nicht endgültig beantworteten Fragen zählt das Verhältnis der DDR zur Sowjetunion. Inwieweit war die DDR ein Geschöpf der Sowjetunion, ein „homunculus sovieticus“? Und inwieweit war ihre Existenz an eine enge Verbindung mit der Sowjetunion gebunden?

Keine Frage, dass die DDR nur entstehen konnte, weil als Ergebnis des von Hitler-Deutschland vom Zaun gebrochenen Krieges, der im Osten als Eroberungs- und Vernichtungskrieg geführt worden war, die Rote Armee den östlichen Teil Europas bis zur Elbe erobern konnte. Auch wenn in der sowjetischen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst zwei deutschlandpolitische Linien nebeneinander standen, so kann doch kein Zweifel sein, dass die DDR „ihr“ deutscher Staat war, der – in Zusammenarbeit mit der SED und einem Teil der deutschen Bevölkerung – in nicht unerheblichem Maße nach sowjetischem Vorbild aufgebaut wurde. Dies prägte – zumindest teilweise – die sowjetische Sicht.

Am 28. Juli 1970, einige Wochen vor Abschluss des Moskauer Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, besuchte Erich Honecker Generalsekretär Breschnew in Moskau, wobei es u.a. um die Haltung der DDR gegenüber der neuen Ostpolitik Willy Brandts und um die Politik Walter Ulbrichts ging. Bei dieser Gelegenheit sagte Breschnew zu Honecker: „Erich, ich sage Dir offen, vergesse das nie: Die DDR kann ohne uns, ohne die SU, ihre Macht und Stärke, nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.“ Breschnew sah die DDR in existentieller Abhängigkeit von der Sowjetunion, die – wie etwa der 17. Juni 1953 drastisch gezeigt hatte – notfalls mit Panzern die Existenz der DDR verteidigte. Breschnew fügte gegenüber

Honecker, dem künftigen Staatschef der DDR, hinzu: „Die Existenz der DDR entspricht unseren Interessen, den Interessen aller sozialistischen Staaten. Sie ist das Ergebnis unseres Sieges über Hitler-Deutschland.“ (Dokumente zur Deutschlandpolitik, Bd. 1969–70, S. 670)

Einige Historiker haben den Zusammenhang von DDR und sowjetischem Herrschaftsinteresse in das Zentrum ihrer DDR-Interpretation gestellt, so der kürzlich verstorbene Hans-Ulrich Wehler in seiner „Deutsche[n] Gesellschaftsgeschichte 1949–1990“ (S. 23): „Das war die totalitäre Parteidiktatur eines Kollaborationsregimes auf der Basis eines Okkupationskommunismus, der in dieser Satrapie im westlichen Vorfeld des sowjetischen Imperiums mit allen Mitteln einer kolonialen Neugründung durchgesetzt wurde.“ Diese Einschätzung, in der eine Reihe negativer Urteile verknüpft sind, hat dann doch zu Diskussionen unter den Historikern geführt.

Man kann – so glaube ich – die DDR und ihr System nicht auf einen „Okkupationskommunismus“ reduzieren. Mit zu sehen ist doch auch die deutsche Komponente einer Diktatur, die einen Konsenszwang zwar bis in die 60er Jahre nicht zuletzt mit terroristischen Mitteln durchsetzte, doch danach zunehmend auch subtilere Mittel einsetzte und sich dabei auch veränderte.



Prof. Dr. Bernd Faulenbach **Rudolf Leppin**

Das besondere Verhältnis zur Sowjetunion wurde vom SED-Regime zeitweilig ausgesprochen offensiv vertreten. 1974 erhielt die Freundschaft zur Sowjetunion gar Verfassungsrang; im Artikel 6 hieß es, die DDR sei „für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet“. Allerdings war das Verhältnis dem Wandel unterworfen, so dass der – von Max Weber definierte – Begriff der „Satrapie“, d.h. einer reinen Stellvertreterherrschaft eines despotischen Regimes, nicht angemessen erscheint – ungeachtet des weitreichenden Einflusses der Sowjetführung in der DDR bis in die 80er Jahre hinein. Allerdings hat die DDR seit den 70er Jahren – auch wegen der wachsenden ökonomischen Probleme im sogenannten sozialistischen Lager – begonnen, die ökonomischen Beziehungen zur Bundesrepublik zu intensivieren, was auf die Dauer nicht ohne politische Konsequenzen bleiben konnte.

Vom Standpunkt des Moskauer Kommunismus aus gesehen, auch von einem imperialen russischen Standpunkt aus, waren der Sturz des SED-Regimes und der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Niederlagen. Doch erscheint mir ein derartiges Urteil auch aus russischer Sicht keineswegs zwangsläufig, da das Imperium für Russland auch immer eine Belastung war.

IV

Inwieweit das sowjetische System das politisch-gesellschaftliche System der DDR bestimmt hat, ist ein besonderes Kapitel. Jedenfalls lässt sich unschwer erkennen, dass das politisch-gesellschaftliche System der DDR in erheblichem Maße vom sowjetischen System geprägt war, was prinzipiell der KPD und auch der SED wünschenswert erschien.

Als Resultat des sowjetischen Einflusses zu nennen ist etwa die Geltung des Marxismus-Leninismus, des historischen und des dialektischen Materialismus, mochten diese sich auch an der Realität brechen. Bemerkenswerterweise war in der Ära Gorbatschow die SED-Führung – ideologisch gesehen – sogar sowjetischer als die Sowjetunion. An die Sowjetunion erinnerte auch die Parteidiktatur des SED-Staates, war diese in der DDR auch durch von der SED beherrschte Blockparteien geringfügig modifiziert. Die besondere Rolle des Sicherheitsapparates ließ die Übernahme der tschekistischen Tradition erkennen. Das Kaderprinzip, der sogenannte demokratische Zentralismus, bestimmte Rituale auf Parteitag, selbst die



Diskussion zwischen Reich und Faulenbach Moderation Wolfram Pilz
Rudolf Leppin

Feier- und Festtagskultur der DDR waren aus der SU importiert, wurden später dann aber modifiziert.

Auch der Aufbau der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Verstaatlichung der Industrie und des Handels sowie die Kollektivierung der Landwirtschaft (wobei man die Formen leicht modifizierte) waren letztlich am sowjetischen Modell orientiert, auch die Einführung des Brigadesystems, bestimmte Honorierungsformen u.a., nicht zuletzt die Struktur der Zentralverwaltungswirtschaft. Auf's Ganze gesehen wird man wohl sagen können, dass das sowjetische Modell trotz gewisser Anpassungen an die andersartigen Verhältnisse in Deutschland der SBZ/DDR mehr oder weniger aufgepfropft wurde. Zwar konnten in diesem System bestimmte Branchen und Komplexe gezielt ausgebaut werden, doch übte das System – wie der Sozialhistoriker Jürgen Kocka feststellt – in Ostdeutschland keine modernisierende Funktion aus.

Mit der neuen digitalen Revolution vergrößerte sich der Abstand zum Westen; die Stagnation war unübersehbar. Marxistisch formuliert traten in der DDR die Produktivkräfte in Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen. Zugleich ließ sich die politische Kommunikation über Grenzen hinweg immer weniger verhindern.

V

Ungeachtet der Zugehörigkeit zum sowjetisch dominierten Lager ist die DDR in den 70er/80er Jahren von manchen Beobachtern als der „deutsche“ der beiden deutschen Staaten bezeichnet worden. Dies hieß, dass hier ältere deutsche Verhaltensmuster und Kulturphänomene stärker anzutreffen waren als in der Bundesrepublik; transnationale politisch-gesellschaftlich-kulturelle Orientierungsmuster waren demgegenüber eher schwächer ausgebildet.

So lässt sich fragen, ob die DDR nicht in mancher Hinsicht auch bestimmte Besonderheiten der deutschen politischen Kultur fortgesetzt hat, die sich seit dem späten 19. Jahrhundert herausgebildet hatten. Zu diesen Besonderheiten rechnet man: die besondere Rolle des „obrigkeitlichen“ Staates, dem gegenüber die Gesellschaft so wenig politisches Eigengewicht entwickelte, dass sie von diesem geprägt wurde. Folgen waren die ausbleibende Herausbildung einer Zivilgesellschaft, ein ideologischer und mentaler Antipluralismus sowie Antiparlamentarismus und Antiparteienaffekt, die u.a. in dem Bemühen einer Überwindung der fragmentierten Gesellschaft ihre Begründung fanden.

Trotz des Anspruchs eines weitgehenden politisch-gesellschaftlichen Umbaus in den Nachkriegsjahren manifestierte sich in der SBZ/DDR die – im Dritten Reich modernisierte – Tradition des obrigkeitlichen Staates, der – notfalls mit diktatorischen Mitteln – seine Ziele verfolgte. Eine unabhängige Gesellschaft, die den Staat instrumental nutzte, war in der DDR undenkbar. Staat und Partei durchdrangen und formten die Gesellschaft, liquidierten selbstständige intermediäre Gewalten und Gruppen bzw. versuchten sie dem Herrschaftssystem einzufügen. Es ist von einer „durchherrschten“ Gesellschaft oder auch von einer „Organisationsgesellschaft“ gesprochen worden, die vom preußisch-deutschen Modell u.a. darin abwich, dass die Rechtsstaatlichkeit verloren ging und die relative Autonomie von Institutionen und Gruppen gegenüber dem Staat abgeschafft wurde. Nur die Kirchen konnten eine – zunächst nur höchst widerwillig hingenommene – Selbstständigkeit wahren. Sie konnten Freiräume verteidigen, in denen sich demokratisches oppositionelles Denken in den 80er Jahren entfalten konnte bzw. hier ein „Dach“ erhielt (was freilich nicht ohne Spannungen in den Kirchen ablief).

Antipluralismus und Illiberalismus, die im Dritten Reich extrem gesteigert worden waren, wurden in der DDR nicht wirklich überwunden, vielmehr teilweise – bei neuen ideologischen Vorzeichen – weiter ebenso gepflegt wie Antiparlamentarismus und die alte Skepsis gegenüber Parteien. An ältere Einstellungsmuster wurde angeknüpft, auch bei der Polemik gegen den Westen, gegen die westliche Lebensweise, gegen Hedonismus und Dekadenz, die freilich zunehmend weit weniger wirkte als die Faszination durch den Westen.

Die SED stellte sich als Erbin der Traditionen der Arbeiterbewegung dar. Doch galt dies nur für den radikalen kommunistischen, nicht für den sozialdemokratischen Teil, der in der SED-Diktatur ausgeschaltet war. Innerhalb der SED wurden Sozialdemokraten früh marginalisiert. Wer seine Identität als Sozialdemokrat wahren wollte, musste in der SED mit Verfolgung rechnen. „Sozialdemokratismus“ wurde de facto zum Straftatbestand, der jahrzehntelang zu ahnden war.

VI

Unverkennbar vermischten sich in der DDR, in Staat, Partei, Gesellschaft, Elemente, die aus deutschen Traditionen erwachsen und andere, die aus dem sowjetischen Zusammenhang stammten, wobei die KPD-Tradition in mancher Hinsicht die Brücke bildete. Pointiert lässt sich also sagen, dass die Geltung bestimmter deutscher Traditionen partiell Erfordernissen des sowjetischen Modells entgegenkam, dieses freilich auch spezifisch ausfüllte: Gründlichkeit und Linientreue galten innerhalb Osteuropas jedenfalls als Charakteristika der SED und damit der DDR.

Allerdings gelang es der SED-Diktatur in keiner Phase, ihren totalitären Politikanspruch – trotz des Einsatzes repressiver Mittel – in jeder Hinsicht durchzusetzen. In verschiedenen Feldern gab es immer wieder Widersprüche und Widerstände. Menschen bewahrten ihren Eigensinn – gegen den Politikanspruch des SED-Systems. Die Kirchen blieben ein eigener Raum. Auch ließ sich die Kommunikation mit Westdeutschland und die transnationale Kommunikation nie ganz ausschalten. Und der Preis für die Anerkennungspolitik durch den Westen im Kontext der Neuen Ostpolitik der Bundesrepublik war eben eine teilweise Öffnung der DDR für westliche Institutionen und Medien im Osten, die die Spielräume für die Dissidenz und Opposition tendenziell vergrößerten. Und zunehmend begannen Men-

schen diesen Raum zu nutzen, um sich Friedens- und Umweltfragen sowie der Durchsetzung von Bürgerrechten zu widmen.

Unübersehbar erodierten parallel die Grundlagen des SED-Staates, und zwar sowohl die aus der sowjetkommunistischen Entwicklung übernommenen als auch die älteren deutschen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre verstärkte sich die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Auch begann sich ein oppositionelles Netzwerk herauszubilden. Aus diesem heraus entstanden die oppositionellen Gruppen, die seit August 1989 verstärkt öffentlich sichtbar wurden: das Neue Forum, die SDP, Demokratie Jetzt, der Demokratische Aufbruch u.a. Dies alles geschah für viele Zeitgenossen, zumal im Westen, ziemlich plötzlich. Doch hatte der Herbst 1989 seine Vorgeschichte in Problemen und Widersprüchen, die in der hier skizzierten Struktur der SED-Diktatur und ihrer Ausschaltung unabhängiger Kräfte und freier Willensbildung begründet waren.

Die „Fußnote“ der Weltgeschichte über die DDR – von der Stefan Heym sprach – lässt sich derzeit noch nicht schreiben. Die vergangene DDR ist für viele ein nicht erledigtes Thema. Und das wird auch in absehbarer Zeit noch so bleiben.

Zur Entstehung

und historischen Bedeutung
der Revolution des Herbstes 1989

Prof. Dr. Jens Reich

Jens Reich ist Mediziner und Molekularbiologe. Er war Mitbegründer des „Neuen Forums“ und später auch Abgeordneter der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR. Außerdem war er Mitglied des Ethikrates und Herausgeber der Zeitschrift Blätter für deutsche und internationale Politik.

Die Monate vom September 1989 bis zum September 1990 sind für eine unübersehbare Schar von Menschen in der DDR eine aufregende, anstrengende, chaotische, aber in der Erinnerung dann eben wunderbare Zeit gewesen. Damals ist in ungezählten Ortschaften des Landes, in kleinen Dörfern ebenso wie in mittleren und in großen Städten eine politische Bürgerbewegung entstanden. So etwas hat es in deutschen Landen weder vorher noch nachher gegeben.

Für alle, die damals als Aktivisten oder auch als sympathisierende Unterstützer mitgewirkt haben, hat diese Zeit ein nie gekanntes Lebensgefühl selbst gewonnener Freiheit und Kreativität gebracht. Viele Menschen sind aufgebrochen aus ihrer lange eingeübten mürrischen Verdrossenheit in der oft beschriebenen, angeblich gemütlichen Nische, in der man zwar sein privates Leben eingerichtet hatte und verteidigte, nicht aber an der Gestaltung des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens teil hatte, sondern von der Obrigkeit bevormundet und gegängelt wurde. Man erlebte, dass es spannend sein und Spaß machen konnte, mit anderen, zuvor völlig unbekanntem Menschen zusammenzukommen, sich über die Lage in der Kommune, im Lande auszutauschen, Proteste zu formulieren, gesellschaftliche, kulturelle, künstlerische und pädagogische Reformvorschläge für einen Neuanfang zu erarbeiten, in einem Zusammenschluss, der weit über den Kollegen-, Bekannten-, Freundes- und Familienkreis hinausreichte, der bisher die Lebenswelt eingrenzte. Es gibt viele Menschen, die dieses letzte Jahr der DDR als eine Zeit der Ungebundenheit und kreativen Energie in Erinnerung halten in einer Hochstimmung, wie sie weder vorher noch nachher erlebt wurde, eine Zeit, während der man auch als normaler Bürger sich politisch einbringen konnte und ernst genommen wurde.

Die breite Bürgerbewegung konnte nur entstehen durch eine Selbstbefreiung aus einer resignierten Selbstbeschränkung und Zurückgezogenheit. Wir mussten die Scheu vor der Teilnahme in größeren Gruppen und vor allem die Angst vor Schikanen der Machthaber ablegen. Wir konnten dabei erfahren, wie sehr das Zusammenwirken mit Gleichgesinnten in der öffentlichen Sphäre zur eigenen Urteilsfähigkeit und dem Selbstbewusstsein beiträgt, ein Bürger zu sein, der sich um dringende Belange der eigenen Lebenswelt kümmert und für Veränderungen einer verknöcherten bürokratischen Struktur wirkt.

Es gab selbstverständlich Vorläufer der Bürgerbewegung. Es gab Gruppen, die bereits vorher in die politische Teilnahme aufgebrochen waren. Es gab die politischen Kreise im Rahmen der synodalen Bewegung der evangelischen Kirche, und es gab darüber hinaus politische Zusammenschlüsse, die die immer unerträglicher werdende Stagnation in der DDR analysierten und notwendige Reformen ausarbeiteten und in die Öffentlichkeit zu bringen versuchten. Es waren stets kleine Gruppen. Sie erreichten nicht die allgemeine Bevölkerung, die „Masse“, wie es im marxistischen Jargon hieß. Deshalb konnten solche Initiativen von den Behörden eingekreist und scharf isoliert werden. Sie waren von Informanten unterwandert, deren Anwesenheit man vermutete und in einigen Fällen auch nachweisen konnte. Dies erzeugte aber auch eine Atmosphäre der Vorsicht und des Misstrauens. Oppositionell Engagierte mussten absurde Bedrückungen und Schikanen, Verhaftungen, körperliche und seelische Misshandlungen, Verurteilungen und Ausweisungen aus dem Land aushalten, und ihre seelische Energie galt vor allem dem Training der Widerstandskraft und des Durchhaltewillens. Um eine Befreiung zu einer glücklichen Zeit der spontanen politischen Kreativität konnte es da noch nicht gehen – dazu war der Druck zu groß, dem es zu widerstehen galt. Vielen Aktivisten wurde eine ordentliche Berufsausbildung oder ein Studium verwehrt, sie lebten als „outcasts“ von untergeordneten Tätigkeiten und oft in armseligen Verhältnissen. Man musste vieles opfern und die gewonnene innere Freiheit mit äußerer Bevormundung und Fremdbestimmung bezahlen.

Auch die „Ausreiser“ leisteten politischen Widerstand. Sie forderten ein Grundrecht ein, das der Freizügigkeit, und nahmen dafür in vielen Fällen Berufsverbot, Schikane und Ausgrenzung in Kauf, sogar Verhaftung und Verurteilung, wenn sie nicht geduldig auf die „Entlassung“ warteten, sondern ihr Vorhaben mit energischen Maßnahmen vorantrieben.

Aber auch aus diesen Aktivitäten, so legitim sie waren, konnte keine kreative politische Bürgerbewegung entstehen, weil sie für individuelle Rechte kämpften und sich aus dem Lande, dessen Zustände sie für hoffnungslos hielten, für lange, wenn nicht für immer verabschieden wollten. Wo sich die Ausreisewilligen zu öffentlichem Protest zusammenschlossen, wie es bei den frühen Demonstrationen auf dem Leipziger Ring gelang, wurden sie besonders brutal auseinandergelassen und durch unterschiedliche Behandlung durch die Behörden entsolidarisiert. Auch mit den Bürgern, die sich in

einigen Kirchen zu Andacht, Gebet und politischem Protest versammelten, konnte es nicht zur uneingeschränkten Solidarisierung kommen, da die einen im Lande bleiben und die anderen hinaus wollten, und so Spannungen unvermeidbar waren, die von den geheimen Informanten nach Kräften gefördert wurden.

Die Initiatoren und die ersten Aktivisten des Neuen Forums konnten nicht ahnen, dass sie den Funken entzündeten, der zu einem Aufstand der Bevölkerung der DDR führen und schließlich alle Regionen des Landes erfassen sollte. Unzufriedenheit und Verdrossenheit waren zwar weit verbreitet, und die Herrschenden agierten mit einer Sturheit, die sie sogar mit den Herren in Moskau in Konflikt brachten. Die Besetzungen der bundesdeutschen Botschaften in Berlin und in den angrenzenden Ländern des Ostblocks durch Ausreise Fordernde wurden in der ganzen Welt gezeigt und kommentiert und erzeugten eine Stimmung, dass man sich für das Land schämen musste, in dem man weiter leben wollte. Aber all das gab es seit Jahren, zum Teil seit Jahrzehnten. Aus schlechter Laune allein entsteht noch nichts Neues. Und die Herrschenden hatten die Unruhe immer wieder, auch in diplomatischen Absprachen und „Freikäufen“ durch den Westen unterdrückt.

Ich will gern zugeben, dass ich keine großen Erwartungen hatte, als ich am 9. September in Grünheide das Papier „Aufbruch 89 – Neues Forum“ mit unterzeichnete. Die anderen 29 Unterzeichnenden dachten auch nicht anders. Das kann man daran erkennen, dass wir uns am Ende zu einem nächsten Treffen für Anfang Dezember verabredeten, um weitere Schritte zur „Begleitung“ der Vorbereitungen des anstehenden Parteitags der SED zu beraten. Unsere Idee, dass die verbreitete Unzufriedenheit ein öffentliches, nicht konspiratives Forum finden müsste, war ja nicht so neu. Es gab Ähnliches in den angrenzenden Ostblockländern. In Polen hatte sich der politische Widerstand als Gewerkschaft formiert, Betriebe besetzt und bestreikt und erfolgreich politische Zugeständnisse erkämpft. Aber diesen klassischen Weg der Befreiung unter einer zentralen Führung hielten die meisten unter uns in der DDR aus verschiedenen Gründen für aussichtslos. Die Mehrheit hielt damals wohl andere Wege der Mobilisierung der Bürger für aussichtsreicher. Unsere Idee war es daher, einen DDR-weit agierenden politischen Verein zu gründen und seine offizielle Anerkennung zu beantragen, in dem jeder interessierte Bürger ein Forum hätte, in dem die politischen Probleme kontrovers diskutiert werden und nach Lösungsmög-

lichkeiten gesucht werden konnte. Der Erstaufwurf von Grünheide benennt als Kern eines zu erarbeitenden politischen Programms eine Reihe von sehr grundsätzlichen politischen Zielen und grenzt sie von bestehenden Missständen ab. Die Vorstellung, in dieser Weise offiziell politisch tätig zu werden, war in den Jahren zuvor in kleinen Kreisen oft diskutiert worden, sogar über die Gründung einer sozialdemokratischen Partei war an vielen Stellen diskutiert worden, aber zu offenen, mit Namen und Adresse eingereichten Zulassungsanträgen in Berlin und in (fast) allen Bezirken der DDR entschloss sich erst die Gründergruppe des Neuen Forums. Sie erhielt für ihre zunächst illusionär erscheinende Absicht eine klare Quittung: Der Antrag wurde nicht zur Behandlung angenommen, und dem Neuen Forum wurde vom Innenministerium und vom Stasi-Minister Mielke bestätigt, dass sie eine verfassungsfeindliche Plattform sei, deren Vorhaben in der DDR nicht zugelassen würden und zu unterbinden wären.

Es ist nun höchst merkwürdig, dass der Antrag der Gründergruppe Neues Forum unter Drohungen abgeschmettert wurde, dass diese Drohungen aber nicht wirkten. Als Antwort bildeten sich in spontaner Selbstorganisation überall im Lande Kerngruppen des geplanten Vereins und begannen politisch aktiv zu werden. Zunächst verbreitete sich der Aufruf, den die Erstunterzeichner nach dem Prinzip von Kettenbriefen weitergaben. Die



Prof. Dr. Jens Reich **Rudolf Leppin**

Westmedien hatten zwar über die Gründung berichtet, aber ein mehrseitiger Aufbruchstext konnte nur innerhalb des Landes verbreitet werden. Und es fanden sich an vielen Orten Ansprechpartner, die sich mit Namen und Adresse bekannt machten, zu Zusammenkünften einluden und für die Verbreitung der Idee und des Gründungspapiers sorgten, was damals erhebliche Schwierigkeiten bereitete. Viele haben den Aufruf mit der Hand oder der Schreibmaschine vervielfältigt. Andere benutzten unter der ironischen Kennzeichnung „Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ die Ormigwalzen der Kirche und sogar heimlich diejenigen öffentlicher Institutionen, die über Kopiergeräte verfügten, deren Benutzung allerdings streng genehmigungspflichtig war, also illegal erfolgen musste. Jeder von uns hat das blass bedruckte Papier mit den ersten Texten und den Unterschriftenlisten in den Händen gehalten und unterzeichnet.

Als nächster Schritt wurde zu öffentlichen Versammlungen aufgerufen. Dafür konnten vor allem in einigen größeren Städten die traditionellen Andachten genutzt werden, zum Beispiel in Leipzig, mit der für spontanes Zusammengehen günstigen Geografie des zentralen Rings, in dessen Nähe sich mehrere große Kirchen befinden, wo die Menschen sich sammeln und nach der Andacht zum Schweigemarsch formieren konnten. Der Redner verabschiedete die Andächtigen mit der Ermahnung, sich nicht zu Gewalttaten hinreißen zu lassen und solche der Behörden möglichst nicht zu provozieren. Dann gingen die Menschen mit einem beklommenen Vorgefühl auf den Ring und wurden von der Polizei und den als Zivilisten gekleideten Einheiten des MfS empfangen, bedrängt, verjagt und „zugeführt“.

Von den frühen Demonstrationen dieser Wochen und auch sporadischen Ereignissen der Jahre zuvor gibt es nur wenige Bild- oder Filmdokumente. Sympathisanten machten keine Aufnahmen, um nicht in Stasi-Verdacht zu geraten, aber auch die Geheimpolizei wollte sich nicht enttarnen. Die Sorge der Demonstrierenden, erkannt und zur Rechenschaft gezogen zu werden, war ausgeprägt. So waren die ersten Demonstrationen meist Schweigemärsche, die sich nur gelegentlich zu einem Sprechchor formierten. Spruchbänder wurden sofort von den anwesenden Bütteln in Zivil weggerissen und zerstört.

In großen Orten wie Leipzig oder Berlin war ein anonymes Auftreten möglich, und die Teilnehmer konnten oft unerkannt verschwinden. In kleineren

Orten bedurfte es noch weit größerer Courage. Man musste sich zur Kenntlichkeit „outen“, wenn man zu einer Versammlung aufrief. Es gibt einen interessanten Bericht aus Arnstadt in Thüringen, wo ein junger Mann in der Nacht einige Anschläge an Laternenpfählen und Bäumen anbrachte, mit denen er zu einer Demonstration am nächsten Samstag auf dem Marktplatz aufrief.

Selbstverständlich waren alle Zettel am nächsten Morgen verschwunden. Trotzdem kamen zum angegebenen Zeitpunkt an die Hundert Menschen auf den Platz, bäugten sich unsicher, fassten sich schließlich ein Herz und verabredeten sich flüsternd zu einer weiteren Zusammenkunft in einem privaten Raum. So entstand dort eine Bürgerbewegung. Dieses Erinnerungsbild einer noch ängstlichen Menge, die aber doch schon zum öffentlichen Auftreten entschlossen ist, zeigt eindrucksvoll den Prozess der Selbstermutigung, die jeder durchgemacht hat, der sich damals zu öffentlicher Einmischung in eigener Sache entschlossen hatte.

Die Selbstbefreiung und Selbstermutigung zur politischen Einmischung mündete an vielen Orten in Mahnwachen, in große Demonstrationen und republikweite Lichterketten. Bei solchen Ereignissen wurde den Menschen klar, welche Macht sie darstellten und welchen Druck sie auf die herrschende Dienstklasse ausüben konnten. Deren Mitglieder waren auf detaillierte Befehle von oben verpflichtet. Aber angesichts der täglich neu von überall her einströmenden Berichte mit den immer neuen politischen Protesten und Forderungen konnte das zentralisierte Herrschaftssystem grade in der Region, weit entfernt von der Hauptstadt, nicht mit Anordnungen reagieren und fiel in völlige Lähmung.

Die Bürgerbewegung organisierte sich zielbewusst ohne eine zentrale Führung, ohne eine von einer „Avantgarde“ zentral vorgegebene Programmatik. So etwas konnte es auch gar nicht geben, weil jede zentral und autoritär geführte Gruppe sofort als „Rädelsführer“ aus dem Verkehr gezogen worden wäre. Ohne eine zentralistische Organisation also hat die Bürgerbewegung des Herbstes 1989/90 mit Nachdruck und Ausdauer, teils sofort und teils gegen zähen inhaltenden Widerstand der Behörden, ein politisches Programm durchgesetzt, das zu Teilen von allen Initiativgruppen einhellig getragen wurde und zu anderen Teilen aus jeweils regional drängenden politischen Forderungen bestand.

Der global getragene Teil umfasste die Grundrechte Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, freie Wahlen und die Abschaffung des Machtmonopols einer Partei, die Auflösung des Bezirkssystems, das die historischen Länder zerschnitt, die Streichung der politischen Strafparagrafen, die Zurückdrängung der Militarisierung der Gesellschaft, die Schließung der Staatssicherheit und die Offenlegung ihrer Akten, das Klagerecht gegen Behörden, die Beendigung der schlimmsten Umweltskandale, die Abschaffung der zentralistischen Kommandowirtschaft und des Ausverkaufs des Volksvermögens durch die Staatsmafia.

Im kommunalen Rahmen ging es um Probleme mit örtlicher Dringlichkeit: zum Beispiel gegen die Macht der Parteileitungen und der Stasidienststellen, oder gegen Missstände wie Sperrung großer Gebiete für NVA oder die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, mit der Verseuchung von Wäldern, quälenden Überschallflugbetrieb, gegen die Übereignung großer Wald- und Seengebiete an Regierung und Staatssicherheit, um die Beendigung der Menschenjagd und des Absperr- und Selbstschussregimes an der Staatsgrenze, um die Auflösung von riesigen Übungsgebieten und



Prof. Dr. Jens Reich **Rudolf Leppin**

Waffenlagern, um die Rettung der Stadtkerne vor Verfall und Abriss, um Maßnahmen gegen die Verpestung der Luft und der Flüsse durch veraltete Industrie- und Kraftwerksanlagen, gegen den Smog in den Großstadtzentren, gegen die umweltschädliche Intensivlandwirtschaft, gegen die Sperrung von Erholungsgebieten an der Ostsee – und vieles andere mehr. In vielen Orten übernahmen die Einwohner die Verantwortung für die Gestaltung der kommunalen Belange und setzten die unfähige Administration entweder ab oder setzten Bürgergruppen ein, die die Verwaltungsorgane vorluden und auf bestimmte Reformen verpflichteten. All dies endete keineswegs mit der Öffnung der Mauer am 9. November, sondern setzte sich vielerorts bis zur Auflösung der DDR am 3. Oktober 1990 fort.

Diese Liste könnte noch länger werden. Sie zeigt, dass es sowohl ein gesamtstaatlich wirksames, als auch ein vielfältiges regionales und kommunales politisches Programm gegeben hat, das auch energisch verfolgt wurde. Dies sei hier angeführt zur Entkräftung des verbreiteten Vorwurfs, dass die Bürgerbewegung kein politisches Programm entwickelt habe und deshalb 1990 zu Recht „enteignet“ wurde. Es trifft zu, dass wir uns damals nicht um die Einrichtung eines neuen Parteienstaates gekümmert haben. Angesichts der Erfahrungen mit 40 Jahren Parteimachtmonopol und angehängtem Blockflötenschmuck ist das verständlich, und außerdem gab es ersichtlich Wichtigeres zu tun. Für die Neugestaltung des Landes nach dem Prinzip, dass Entscheidungen möglichst unten zu treffen sind, dort wo die größte Nähe zum Sachverhalt und zur Mitwirkung der Bürger besteht, für eine Gestaltung der erneuerten Kommunen über den Aufbau der Länder bis zu einem neuen föderalen Staat, dafür war einfach die Zeit zu kurz. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches zum Beispiel ist ja gar nicht erst in die politische Diskussion gelassen worden. Aber auch in der Peripherie wurden die spontanen Aktionsformen sehr schnell wieder eingefangen. Es trifft zu, dass die Bürgerbewegung Fehler gemacht und durch Uneinigkeit und Verzettelung die Handlungsmacht aus den Händen gegeben hat. Aber diese Analyse will ich heute nicht aufmachen.

Es ist allgemein üblich geworden, das folgende Bild von der Geschichte der Ereignisse im letzten Jahr der DDR zu zeichnen: Dieses Staatsgebilde, so heißt es, sei wegen seiner ökonomischen Unfähigkeit gleichsam von selbst zerfallen, sei „implodiert“. Das Volk machte seinem Unmut durch Überklettern von Botschaftszäunen Luft und rief erst „Gorbi“ und dann Helmut zu

Hilfe. Die DDR-Machthaber verhaspelten sich und öffneten aus Versehen die Mauer. Die Großen – Kohl, Genscher, Busch sen. usw. –, erkannten, was notwendig war und rissen in diesem Schlamassel entschlossen das Heft des Handelns an sich und handelten Gorbatschow die Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung ab. Den bürokratischen Teil des Ablaufs leisteten Schäuble und Krause mit dem Einigungsvertrag, und das Volk nahm am 3. Oktober jubelnd das Geschenk der Einheit entgegen.

Diese Darstellung übersieht, dass ohne den Bürgeraufstand in den Ländern des Ostblocks, zuerst in Polen und dann in individuell verschiedenen und unterschiedlich erfolgreichen Varianten in den anderen Ländern des Ostblocks und den einverleibten europäischen Republiken der Sowjetunion ebenso wie in der DDR – ohne den Aufbruch, bei dem die Bürger sich gegen ihre Machthaber auflehnten und in die Belange ihrer Gesellschaften energisch einmischten, ohne dieses spontane Aufbegehren der Völker hätte es das historische Ende der Diktaturen und der politischen Großstrukturen im Ostblock niemals geben können. Es gibt in der Geschichte keine mechanischen Gesetze. Da implodiert nichts von selbst. Ohne den Bürgeraufstand hätte es noch lange dauern können: In China, Nordkorea, Kuba sind die Diktaturen noch heute nicht „implodiert“. Die Völker des europäischen Ostens haben ihre Befreiung selbst bewerkstelligt. Nicht die Großpolitiker dieser Welt. Für diese historische Darstellung sollten wir uns heute, 25 Jahre danach, energisch einsetzen.

„In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft gestört“, so begann der Aufruf 1989. Und heute? Haben wir eine vernünftige Kommunikation zwischen dem Parteienstaat und der Gesellschaft? Haben wir eine sorgfältige Teilung der Gewalten als Voraussetzung für jede Demokratie? Wie kann es sein, dass Parteien sowohl die gesetzgebende als auch die exekutive Macht beherrschen, dass im Parlament die Minister und Staatssekretäre ihre eigene Regierungsarbeit mehrheitlich kontrollieren und die Berufung in das kontrollbefugte Verfassungsgericht mit undurchsichtigen Kungeleien aushandeln? Wie kann es sein, dass die einzige Entscheidung des Volkes alle vier Jahre die mit inhaltsleerem Getöse begleitete Wahl von Parteienlisten ist? Wie kann es sein, dass diejenigen, die das globale Finanzdesaster angerichtet haben, behaupten können, die Berufenen zu sein, die Krise für uns und mit unserem Geld als Vormund zu lösen, als Profis, die besser wissen, wo es lang geht, ohne dass das Volk auch nur

ein einziges Mal zur Entscheidung befragt wird?

Wir werden uns an eine große Zeit erinnern, in der wir uns zu gemeinsamem Handeln entschlossen haben und die Nische der Verdrossenheit und der frustrierenden Bevormundung verließen. Wann wird die Zeit das nächste Mal reif sein?

Die Gründung

der SDP in der DDR 1989

Markus Meckel

Markus Meckel ist Pfarrer. Er hat Theologie in Naumburg und Berlin studiert. Er war außerdem Oppositioneller in der DDR und hat in Zusammenarbeit mit Martin Gutzeit die SDP, das Pendant zur SPD gegründet. Von April bis August 1990 war er Außenminister der DDR, später auch im deutschen Bundestag als Abgeordneter tätig. Heute ist er u.a. Präsident des Volksbundes deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Am 4. Februar 1989 beschlossen Martin Gutzeit und ich, in der DDR eine Sozialdemokratische Partei zu gründen. Es handelte sich dabei keineswegs um eine spontane Idee, sondern um die logische Konsequenz einer langen Vorgeschichte und Vorarbeit. Zum Zeitpunkt unseres Beschlusses ahnten wir nicht, dass zwei Tage später in Polen die Verhandlungen am Runden Tisch beginnen würden. Diese hatten dann das Ergebnis, dass es erstmals im Ostblock wenigstens halbfreie Wahlen gab, mit der Folge, dass im Spätsommer 1989 Polen durch Tadeusz Mazowiecki regiert wurde, den ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten.

Wie sehr es in Mitteleuropa zu dieser Zeit gürte, hatte ich jedoch im Sommer 1988 in Ungarn erleben können. Damals war ich auf dem Weg nach Rumänien, wo Ceausescu das Dorfzerstörungsprogramm begonnen hatte, das international für große Aufregung sorgte und die Spannungen mit Ungarn anwachsen ließ. Die ungarische Gesellschaft war mit großer Dynamik in Bewegung geraten. Das war faszinierend für mich. In der herrschenden Partei (MSZP) war János Kádár abgelöst worden, es wurden Wirtschaftsreformen beschlossen, die für die DDR noch unvorstellbar waren. Trotzdem verschärfte sich die wirtschaftliche Krise, was in der DDR-Presse zu Polemiken gegen die ungarischen Reformen führte. Die demokratische Opposition organisierte sich, die Dissidenten hatten ein „Netzwerk Freier Initiativen“ und das „Demokratische Forum“ ins Leben gerufen, zahllose Vereinigungen entstanden und die historischen ungarischen Parteien sowie eine erste freie Gewerkschaft wurden neu gegründet. Der Samisdat der Opposition erreichte immer größere Auflagen und bestimmte die öffentlichen Debatten. Schon 1987 war in der Samisdat-Zeitschrift BESZÉLŐ, ein „Gesellschaftsvertrag“ genanntes Programm der Opposition erschienen, durch welches die MSZP angesichts der Krise immer mehr unter Druck geriet.

Wesentlicher Hintergrund für diese mitteleuropäischen Entwicklungen und auch für unser eigenes Handeln war die Politik Michail Gorbatschows. Seit 1985 war er Generalsekretär der KPdSU. Er proklamierte ein „Neues Denken“ und setzte mit „Glasnost“ und „Perestroika“ in der Sowjetunion einen Reformprozess in Gang, der uns Hoffnung machte, auch wenn ersichtlich war, dass es ihm darum ging, den Kommunismus zu reformieren, um ihn zu erhalten. Doch war in seinen Reden gleichzeitig spürbar, dass er nicht die Scheuklappen hatte, wie die kommunistischen Führer, die wir kannten. Er schien wirklich Probleme lösen zu wollen und ein Verständnis auch für die

globalen Herausforderungen zu haben, von der notwendigen Umsteuerung im Sicherheitsbereich angesichts des Wettrüstens wie auch in den ökologischen Fragen. So wuchs langsam die Hoffnung, dass sich wirklich etwas ändern könne.

Angesichts der Erfahrungen früherer Jahrzehnte glaubten wir: Ohne Veränderungen in Moskau wird es keine grundlegenden Änderungen im Ostblock geben können, und in der DDR schon gar nicht. Die sowjetischen Panzer würden wie 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der CSSR alles niederwalzen. Doch nun wuchs langsam die Hoffnung, wirkliche Veränderungen erreichen zu können. In Polen und Ungarn war man schon weiter – das ermutigte uns, denn die Fragen, vor denen wir standen, waren im Wesentlichen die gleichen. Für uns in der DDR galt es, endlich die Voraussetzungen dafür schaffen, als Opposition politisch handlungsfähig zu werden. Der Beschluss, außerhalb der Kirche nach neuen Organisationsformen zu suchen und schließlich eine sozialdemokratische Partei zu gründen, bedeutete für uns sehr bewusst einen Strategiewechsel. Es klingt auch nachträglich verwegen, doch wir erstrebten einen grundlegenden Kategorienwechsel, eine Überwindung des kommunistischen Systems an. Wir stellten mit der Parteigründung faktisch die Machtfrage und wollten eine parlamentarische Demokratie westlichen Musters erreichen.

Bis dahin hatten wir nicht daran geglaubt, mit unserem Handeln wirklich etwas ändern zu können, Demokratie zu erreichen oder die deutsche Teilung zu überwinden. Es war mehr ein moralisches Handeln, es ging darum, sich morgens noch im Spiegel ansehen zu können, oder, wie Vaclav Havel es formulierte, mitten in diesem Reich der Lüge „in der Wahrheit zu leben“. Wir hatten uns mit dem deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus beschäftigt, hielten ihn für wichtig, auch wenn er das NS-System nicht zum Stürzen brachte – aber er rettete gewissermaßen die Ehre der Deutschen. Ähnlich verstanden wir uns selbst, man musste etwas tun!

Martin Gutzeit entstammte wie ich einem evangelischen Pfarrhaus, so wuchsen wir beide in kritischer Distanz zum sozialistischen Staat und seinen Forderungen auf. Schon in der Schule gab es Konflikte, eine höhere Schulbildung wurde uns verweigert. Beide verweigerten wir den militärischen Wehrdienst total, gingen also auch nicht zu den Bausoldaten, entgingen aber auch beide der üblicherweise darauf folgenden Haft von knapp



Markus Meckel **Rudolf Leppin**

24 Monaten. Ich wurde nach der 10. Klasse trotz bester Leistungen von der Schule verwiesen und absolvierte seitdem meine Ausbildung ausschließlich an kircheneigenen und damit vom Staat unabhängigen Einrichtungen. 1974 lernten wir uns am Sprachenkonvikt kennen, einer Theologischen Hochschule der Evangelischen Kirche in Berlin, an der ein von kommunistischen Einflüssen völlig freies Studium möglich war, das dem an westlichen Universitäten in nichts nachstand. Ja, es konnte sogar als privilegiert gelten, da die Studentenzahlen sehr gering waren und so eine intensive Kommunikation zwischen Studierenden und Dozenten üblich war. Es gab hier keine festen Stundenpläne, die Studiengestaltung war sehr flexibel und selbstbestimmt. So waren diese theologischen Hochschulen – es gab noch zwei weitere in Naumburg und Leipzig – Orte der sonst in der DDR nicht so leicht erfahrbaren geistigen Freiheit.

Hier studierten wir Theologie und Philosophie, teils in angebotenen Lehrveranstaltungen, teils in eigener Initiative. Wir lasen Plato und Aristoteles, Thomas von Aquin und Nikolaus von Kues, Kant, Fichte und Hegel. Immer stärker beschäftigten wir uns mit rechtsphilosophischen Fragen und setzten uns mit Karl Marx auseinander. In einem privat organisierten Seminar

stritten wir uns mit Edelbert Richter, der damals Philosophie in Naumburg lehrte, auf welcher philosophischen Grundlage die Verhältnisse in der DDR klarer kritisiert werden und Perspektiven geschaffen werden können, mit Hegel oder mit (dem frühen) Marx. Uns wurde die klare Unterscheidung von Staat und Gesellschaft wichtig, ebenso die besondere Bedeutung des Rechts; Freiheit war uns nicht nur ein grenzenloses Gefühl, sondern institutionell vermittelte Fähigkeit zur Verantwortung. Auch nach dem Studium setzten wir in verschiedenen Studienkreisen die Auseinandersetzung mit diesen Fragen fort. Wichtig wurde hier zum einen ein Kreis um Michael Theunissen, der in Berlin an der Freien Universität Philosophie lehrte und zu dem wir 1980 Kontakt aufgenommen hatten. Zum anderen trafen wir uns in den 80er Jahren auf Einladung von Peter Hilsberg, Stephan Hilsbergs Vater, als Studienkreis „Theologie und Philosophie“ beim Bund der Evangelischen Kirchen.

Neben diesen theoretischen Beschäftigungen begannen wir ab 1976 in einer kleinen Gruppe, in kleinen Schritten auch politisch aktiv zu werden. Wir vervielfältigten politische Texte auf alten Maschinen und brachten sie unter die Leute. Dazu gehörten Vorträge von Rudolf Bahro, die Gedächtnisprotokolle von Jürgen Fuchs u.a. Solche studentischen Gruppen hat es in der DDR immer wieder gegeben. Oft wurden die Beteiligten verhaftet und landeten – jedenfalls in den späteren Jahren – schließlich im Westen. Wir hatten Glück und wurden nicht gefasst.

1980 begann ich meine Tätigkeit als Vikar und 1982 als Pfarrer in einem mecklenburgischen Dorf an der Müritz. Martin Gutzeit folgte in die Umgebung für einige Jahre, bevor er 1986 in Berlin bei Richard Schröder Assistent für Philosophie wurde. In diesen Jahren entstanden in vielen Teilen der DDR Gruppen, die sich kritisch mit Friedens- und Umweltfragen befassten. Die Themen wurden im Laufe der Jahre immer breiter und grundsätzlicher. Ich gründete 1982 in meinem Dorf in Mecklenburg einen solchen Friedenskreis, zu dem die Beteiligten aus einem größeren Umkreis kamen. Gleichzeitig schufen wir Netzwerke, um die verschiedenen Gruppen miteinander in Kontakt zu bringen und Kooperation zu ermöglichen. Dazu gehörte in Mecklenburg seit 1981 die „Arbeitsgruppe Frieden“ und DDR-weit die Delegiertenkonferenz „Frieden konkret“, die seit 1983 jährlich im Februar stattfand. Seit 1982 organisierten wir in Mecklenburg Anfang August für eine Woche sogenannte „Mobile Friedensseminare“. Bei diesen beschäf-

tigten sich die Beteiligten aus der ganzen DDR und auch aus dem Ausland in Gruppen an verschiedenen Orten des Umkreises seminaristisch mit verschiedenen politischen Themen; am Ende stand dann je eine größere gemeinsame öffentliche Veranstaltung zum Gedenken an die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki. Mehrfach haben wir für diese Treffen auch programmatische Arbeitshefte erstellt.

Durch diese Netzwerke und Seminare lernten sich in der ersten Hälfte der 80er Jahre viele Aktivisten der Opposition kennen, eine wesentliche Voraussetzung für die Friedliche Revolution Jahre später. Diese – zumeist kirchlichen – Gruppen suchten in wichtigen gesellschaftlichen Fragen nach Veränderung, forderten sie ein. Die Themen waren breit gestreut, Sicherheitsfragen, Erziehungs- und Bildungskonzepte, Umweltprobleme, Menschen- und Minderheitenrechte sowie globale Entwicklungsstrategien kamen auf die Tagesordnung. Der Einzelne erfuhr sich in diesen Gruppen anders als sonst in diesem kommunistischen Staat als Träger von Verantwortung für das Gemeinwesen, er lernte und erfuhr Solidarität. So wurden diese politischen Gruppen gewissermaßen Schulen der Zivilcourage und Verantwortung.

Oft heißt es, dass diese Gruppen unter dem Dach der Kirche entstanden. Richtiger ist wohl, dass die meisten dieser Gruppen innerhalb der Kirche entstanden, gegründet von politisch engagierten Christen, die gleichzeitig offen waren für die Zusammenarbeit mit anderen. Auch die Netzwerke dieser Gruppen hatten bis Ende der 80er Jahre ihren Ort innerhalb der Kirche. Aber auch die Gruppen, die ihre Unabhängigkeit von der Kirche betonten, standen mit kirchenleitenden Vertretern in intensivem Kontakt und nutzten sie als Mittler, dazu kam die Nutzung ihrer institutionellen und organisatorischen Möglichkeiten.

Die Kirchen waren in der DDR die einzigen Großorganisationen mit eigenen unabhängigen und (was die evangelischen Kirchen betrifft) demokratischen Strukturen. Sie hatten Räumlichkeiten und eine gewisse, wenn auch begrenzte Öffentlichkeit. Wie aus Gutzeits und meiner Biografie deutlich wird, waren auch die eigenen Ausbildungsmöglichkeiten der Kirche wichtig, so dass die Kirchen über ein Personal verfügten, das in den eigenen geistigen Traditionen stand sowie in freier Kommunikation geübt war. So war es kein Wunder, dass vielerorts engagierte Christen, Pastoren und

kirchliche Mitarbeiter bei der Gründung der oppositionellen Bewegungen und der Moderation der Runden Tische eine hervorgehobene Rolle spielten. Die Sowjets hatten den Kirchen in ihrer Besatzungszone mehr Freiheit gelassen als in den anderen Ländern des Ostblocks, da sie die „Bekennende Kirche“ in der NS-Zeit als Widerstand anerkannte und deren Vertreter nach 1945 in der evangelischen Kirche die führenden Positionen einnahmen. Das betrifft insbesondere die Jugendarbeit, die zwar immer wieder ein Konfliktfeld mit den Behörden des SED-Staates darstellte, gleichzeitig aber für die gesellschaftliche Bedeutung der Kirchen von großer Relevanz war.

In den Kirchen selbst waren die Anfang der 80er Jahre entstandenen gesellschaftspolitisch aktiven Gruppen umstritten; dieser Streit ging quer durch alle Ebenen, von den Kirchgemeinden bis zu den Leitungsebenen. Die einen verstanden diese politische Arbeit als eine wichtige Dimension der christlichen Verkündigung, die anderen sahen darin eher eine Überfremdung und Instrumentalisierung der Kirche für politische Zwecke. Die Akzeptanz der politischen Gruppen nahm innerhalb der kirchlichen Strukturen jedoch zu, als 1983 der Ökumenische Rat der Kirchen in Vancouver zu einem „konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ aufrief – und damit die Themen aufgriff, welche der Schwerpunkt der Arbeit dieser Gruppen waren. Als 1988/89 die Kirchen in der DDR eine „Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ ins Leben riefen, waren viele Vertreter dieser Gruppen daran beteiligt und prägten die Ergebnisse nicht unwesentlich mit. Ich selbst leitete in dieser Versammlung die Arbeitsgruppe zur Entwicklungspolitik und hatte dann auch die Gelegenheit, im Mai 1989 an der Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel teilzunehmen. Die inhaltlichen Ergebnisse der Versammlung in der DDR fanden wenige Monate später an verschiedener Stelle auch Eingang in die programmatischen Vorstellungen der neuen oppositionellen Bewegungen im Herbst 1989, da eine Reihe ihrer Mitglieder zu den Gründern der verschiedenen neuen Bewegungen und Parteien der Opposition gehörten.

Bis 1987 gab es auch bei vielen in der Opposition die Hoffnung, dass die SED „von der Sowjetunion (unter Gorbatschow) lernen“ würde und ein Reformprozess von oben schrittweise zu Verbesserungen führen könnte. Diese Perspektive löste sich auf, als Honecker nach seinem Besuch in Bonn massiv gegen die Opposition vorging. Der Sturm auf die Umweltbibliothek

im November 1987 und die Verhaftungen und Abschiebungen in den Westen Anfang 1988 im Zusammenhang mit der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration stellten eine Zäsur dar. Für Martin Gutzeit und mich, aber wohl auch für manche andere, wurde klar, dass es neue Formen der Opposition brauchte. Die Kirche konnte nicht mehr die Grundlage dieser Aktivitäten sein, da wir mehr und mehr die Hoffnung hatten, dass grundsätzliche Veränderungen möglich sind – aber eben auch durchgesetzt werden müssen. Kirche konnte Menschen anregen und begleiten zu freiheitlichem Denken und Handeln – und das haben wir über Jahre getan, eine programmatische Opposition durfte Kirche jedoch nicht sein.

Gutzeit und ich planten im Frühjahr 1988 zuerst die Gründung eines Vereins. „Bürgerbeteiligung“ wollten wir ihn nennen und er sollte stärkere Verbindlichkeit, eine verabredete Programmatik und eine durch Wahlen geklärte Führungsstruktur gewährleisten. Dann kam uns der normale berufliche Alltag „in die Quere“: Ich wechselte von Mecklenburg in die Nähe von Magdeburg und übernahm die Leitung einer von der Kirche neu gegründeten „Ökumenischen Bildungs- und Begegnungsstätte“. So sahen Gutzeit und ich uns im 2. Halbjahr 1988 kaum. Doch kamen wir unabhängig voneinander zu der Erkenntnis, dass eine Vereinsgründung nicht sinnvoll sei. Es sollte eine Partei sein. Anfang 1989 beschlossen wir dann (Martin Gutzeit schlug es bei unserem Treffen vor!), eine Sozialdemokratische Partei in der DDR zu gründen.

Warum wollten zwei evangelische Pastoren keine christliche Partei gründen? Auf diese Frage habe ich oft geantwortet: aus theologischen Gründen. Wir wollten jeder politischen Instrumentalisierung des christlichen Glaubens für politische Zwecke wehren. Die Bibel kann schlecht eine konkrete Verkehrs- oder Gesundheitspolitik begründen, sondern nur ethische Grundorientierungen geben; keine Partei darf für sich in Anspruch nehmen, mehr als andere christlich zu sein. Allen muss es um die Achtung vor der Würde des Menschen gehen und darum, den Schwachen Partizipation und Integration zu ermöglichen!

Warum nun aber entschieden wir uns, eine sozialdemokratische Partei zu gründen? In meinem programmatischen Vortrag bei der Gründung der Partei am 7. Oktober 1989 habe ich dies folgendermaßen begründet:

1. Wir stellten uns in die Tradition der ältesten demokratischen Partei Deutschlands, durch welche im 19. Jahrhundert die Benachteiligten und Unterdrückten zu Subjekten politischen Handelns wurden. Entsprechend wollten wir mit dieser Gründung Raum geben, dass aus Untertanen in der DDR Bürger werden, politische Subjekte, die Verantwortung für die eigene Wirklichkeit wahrnehmen.

2. Wir stellten uns mit dieser Parteigründung in einen internationalen Zusammenhang, um globalen Herausforderungen gerecht zu werden und die Provinzialität der kommunistischen DDR zu überwinden. Dafür standen Willy Brandt mit seinem Nord-Süd-Bericht, Olof Palme mit dem Bericht über die gemeinsame Sicherheit sowie Gro Harlem Brundtland mit dem Bericht über nachhaltige Entwicklung.

3. Mit dieser Gründung zogen wir gewissermaßen die sozialdemokratische Hand aus dem Symbol des SED-Parteiabzeichens und entzogen der SED ihre ideologische Legitimation. Dies ging an die Wurzel der Selbstdefinition der SED – und war beabsichtigt. Wir widersprachen dem von der SED beanspruchten Wahrheits- und Machtmonopol und wollten uns der notwendigen Legitimation durch die Bürgerinnen und Bürger stellen.

Mit der Gründung dieser Partei antizipierten wir den Bruch mit dem diktatorischen System der DDR und riefen gleichzeitig dazu auf, sich im Rahmen demokratischer Pluralität politisch selbst zu definieren – und in einem Bündnis demokratischer Initiativen für die Errichtung demokratischer Institutionen und Strukturen zu kämpfen. Anders als manche andere in der Opposition forderten wir nicht nur demokratische Reformen (welche von den Herrschenden zu schaffen seien). Uns ging es darum, die institutionellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, mit Rechtstaatlichkeit und Gewaltenteilung die Einhaltung von Menschenrechten sowie demokratische Partizipation zu gewährleisten. Dafür aber war die Bereitschaft notwendig, selbst politische Verantwortung zu übernehmen.

Während der ersten Hälfte des Jahres 1989 versuchte ich, in Gesprächen mit verschiedenen Mitstreitern in der Opposition für eine Beteiligung an unserem Projekt zu werben. Natürlich konnte das nur verdeckt geschehen, hatte aber auch wenig Erfolg. Die Meisten wollten keine Parteien und keine Demokratie westlichen Musters, sondern strebten nach einer wie immer gearteten Basisdemokratie. In verschiedenen Anläufen entwarfen Gutzeit und

ich einen Aufruf zur Gründung der Partei und stellten ihn am 24. Juli 1989 fertig. Für den Aufruf war uns wichtig, dass er neben einer kurzen Analyse eine klare Richtung für das politische Handeln vorgibt, aber zugleich offen dafür ist und dazu einlädt, auch programmatisch und inhaltlich mitzuwirken. Es durfte nicht schon alles festgelegt sein, wie man es von kommunistischen Parteien kannte, wo das einzelne Mitglied keine Rolle spielte. Wir riefen dazu auf, sich zu diesem Projekt einer Sozialdemokratischen Partei zu bekennen und den Kontakt zu uns aufzunehmen. Je überzeugender der Aufruf sein würde, umso eher konnte verhindert werden, dass sich mehrere sozialdemokratische Parteien gründen, denn wir hatten ja kein Monopol auf ein solches Projekt.

Im Laufe des Sommers erhielten eine Reihe von Freunden in der Opposition Kenntnis von unserem Vorhaben und Aufruf, darunter auch Personen, die selbst später andere Bewegungen gründeten. So kann gesagt werden, dass alle Gruppierungen, die später andere Ansätze der Organisation wählten, sich bewusst von unserer Planung absetzten.

Am 26. August 1989 verlas ich in Berlin im Abschlussplenum eines Seminars zu Menschenrechtsfragen (es war der 200. Jahrestag der Deklaration der Bürger- und Menschenrechte in der Französischen Revolution) unseren Aufruf. Arndt Noack, damals Studentenfarrer in Greifswald, hatte Gutzeit und mich nach den Entwicklungen des Sommers gedrängt, nicht mehr zu warten und gleichzeitig seine Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt. Ibrahim Böhme entschloss sich im letzten Augenblick ebenfalls mitzumachen. So standen schließlich vier Namen und Adressen unter dem Aufruf; die Unterschrift von Hellmut Becker, Schülerpfarrer in Halle, hatten wir weggelassen, da er schon abgereist war und wir ihn nicht fragen konnten, ob er mit der Veröffentlichung einverstanden war.

Am 26. August legten wir den 7. Oktober als Tag der Gründung fest. Im September erweiterten wir unsere kleine Gruppe, um für den Fall unserer Verhaftung sicherzustellen, dass die Gründung trotzdem vollzogen werden kann. Im Laufe des Septembers traten dann auch andere Initiativen der Opposition in die Öffentlichkeit, das Neue Forum und Demokratie Jetzt, die sich jeweils als öffentliches Dialogforum für die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen verstanden. In der zweiten Septemberhälfte scheiterte der von Gutzeit und mir gemachte Versuch, die für Anfang Oktober

geplante Gründung des Demokratischen Aufbruchs zu einem „Bündnis demokratischer Initiativen“ umzufunktionieren. Doch entstand dann am 4. Oktober 1989 die „Kontaktgruppe der Opposition“, in welcher es zu wichtigen Absprachen kam. Von dieser ging dann – auf Initiative der SDP – am 10. November der Vorschlag zur Etablierung eines Runden Tisches aus.

Die noch im Untergrund gegründete Partei stand vor ungeheuren Herausforderungen. Sie musste in einem historischen Prozess konkret und möglichst strategisch handeln und zum anderen im Aufbau von Parteistrukturen ihre Basis für künftiges Handeln sichern. Wichtig war, dass schon zwei Tage nach der Gründung öffentliches Agieren leichter wurde. Nachdem es am Gründungswochenende, am 7. und 8. Oktober noch in verschiedenen Städten zu gewalttätigen Übergriffen der Sicherheitskräfte und massenweisen Verhaftungen gekommen war, wurde am 9. Oktober bei den großen Demonstrationen, insbesondere in Leipzig, nicht geschossen. Von da an waren wir sicher, dass es uns gelingen würde, in der DDR eine Demokratie zu errichten und es galt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Wichtig für den Erfolg der Friedlichen Revolution war beides, das möglichst gemeinsame politische Handeln der demokratischen Opposition sowie die Demonstrationen der Massen, die allein diesem Handeln das notwendige Gewicht geben konnten. Noch nachträglich sehe ich es als einen großen Erfolg an, dass es uns innerhalb von drei Monaten gelang, auf fast dem gesamten Gebiet der DDR präsent zu sein. Die Delegiertenkonferenz Mitte Januar 1990 legte davon ein eindrucksvolles Zeugnis ab.

In dieser Zeit war dann schon die Hilfe der West-SPD wichtig. Wir hatten vor der Gründung keinen Kontakt zu ihr aufgenommen – diese geschah in völlig eigener Verantwortung. Doch wandten wir uns im Zusammenhang mit der Gründung an Willy Brandt als Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale (SI) und stellten den Antrag auf Mitgliedschaft. Willy Brandt reagierte innerhalb kurzer Zeit und schickte uns schwedische Sozialdemokraten zur Kontaktaufnahme. Nach dem Fall der Mauer lud er uns zur Ratssitzung der SI nach Genf ein, wo wir noch im November 1989 einen Status als Beobachter erhielten.

Für den Kontakt zur SPD war der Besuch Steffen Reiches in Bonn wichtig. Dieser war nicht abgesprochen, was uns zunächst ärgerte. Von großer Be-

deutung war, dass Hans-Jochen Vogel diesen Besuch zu Anlass nahm, Reiche als Vorstandsmitglied der SDP auch ins SPD-Präsidium einzuladen, was eine gute Woche nach der Gründung eine große Anerkennung durch die SPD bedeutete. Wenig später besuchte uns Norbert Gansel, der in diesen Monaten dann für uns zu einem wichtigen Begleiter wurde. Am Tag nach dem Mauerfall besuchten uns dann Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel in Ost-Berlin. Dies war der Beginn einer intensiven Zusammenarbeit. Am 17. Dezember 1989 beschloss der SPD-Vorstand in Bonn, dass die SDP die Schwesterpartei in der DDR ist. Auf dem Sonderparteitag der SPD in Berlin im Dezember 1989 konnte ich ein Grußwort für die ostdeutschen Sozialdemokraten sprechen. Es ist gerade Hans-Jochen Vogel hoch anzurechnen, dass die Kooperation mit der SPD so fair und trotz unserer chaotischen Zustände und unseres verwilderten Aussehens auf Augenhöhe geschah (und sich damit eklatant von der späteren Zusammenarbeit der CDU-West mit der Ost-CDU bzw. Allianz für Deutschland unterschied). Von großer Bedeutung waren jedoch dann auch die spontanen Hilfen von SPD-Ortsvereinen für die neu gegründeten sozialdemokratischen Vereine in allen Regionen der DDR wie auch die Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Am 9. November 1989 fiel – für uns alle unvorhergesehen – die Mauer; sie wurde nach dem Missverständnis der Pressekonferenz mit Günter Schabowski regelrecht überrannt. Es wurde nicht geschossen, wie auch in den Wochen zuvor. Damit war alles anders. In diesen Wochen waren wir davon ausgegangen, dass es zuerst gälte, in der DDR eine Demokratie zu errichten. Dass aber zwischen zwei demokratischen deutschen Staaten die Mauer absurd war und sie abgeschafft werden musste, war mehr als deutlich, doch den damit verbundenen Fragen wollten wir uns später widmen. Das ging nun nicht mehr. Mit dem Fall der Mauer stand in Ost und West, in Deutschland wie weit darüber hinaus, die Frage der deutschen Einheit auf der Tagesordnung. Am 3. Dezember 1989 verabschiedete der Vorstand der SDP eine Erklärung, in welcher er sich zur Einheit bekennt, zugleich aber deutlich macht, dass diese von beiden deutschen Staaten gestaltet werden muss, und zwar so, dass niemand sie befürchten muss, weder die sozial Schwachen noch die europäischen Nachbarn. Noch klarer war dann am 14. Januar 1990 der Beschluss der Delegiertenkonferenz, bei der auch das Kürzel der Partei in „SPD“ geändert wurde. Damit war das Programm vorgegeben: Ziel war die staatliche deutsche Einheit, aber als eine verhandelte. Um aber legitimierte Verhandlungspartner für die DDR zu erhalten,

brauchten wir demokratische Wahlen. Insofern blieb die Errichtung einer Demokratie der Zeit nach prioritär, nur so konnte ein geeintes Deutschland erreicht werden.

Der seit Dezember 1989 arbeitende Runde Tisch hatte die Aufgabe, die Bedingungen für freie Wahlen auszuhandeln, auf dem Weg dahin die Regierung zu kontrollieren und die Auflösung der Staatssicherheit durchzusetzen. Die dann demokratisch gewählte Regierung stand vor der Herausforderung, in Verhandlungen mit der Bundesrepublik die deutsche Einheit herzustellen. Ursprünglich wollten wir dafür den Weg über Art. 146 GG gehen, doch mit dem Wahlergebnis vom 18. März 1990 war klar, dass die Vereinigung über den Art. 23 GG als Beitritt erfolgen wird. Die große Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung wollte es so. Es war der einfachere und schnellere Weg. In den folgenden Koalitionsverhandlungen mit der Ost-CDU setzten wir durch, dass ausdrücklich festgehalten wird, dass der Beitritt erst nach Vertragsverhandlungen erfolgt, in welchem die Bedingungen der Einheit beschrieben sind. Es war uns klar, dass im Interesse der Ostdeutschen solche Verhandlungen nötig sind, denn es würde nicht einfach sein, so unterschiedliche Rechtssysteme und Gesellschaftsstruktu-



Markus Meckel **Rudolf Leppin**

ren zusammenzuführen. Viele Ostdeutsche haben damals die Bedeutung solcher Verhandlungen unterschätzt und glaubten mancherlei Versprechen, dass „Einheit sofort“ auch „Wohlstand sofort“ bedeuten würde, ohne sich um die Bedingungen zu kümmern.

Es kann hier keine Darstellung über den Weg zur Einheit und die differenzierten Positionen der SPD dazu erfolgen. Für uns als Ost-SPD war der Kontakt mit der West-SPD einerseits wichtig, aber angesichts der großen Differenzen innerhalb der SPD und der Positionierung des Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine ein zunehmendes Problem.

Der Prozess der deutschen Einheit war 1990 damit belastet, dass es gleichzeitig das Jahr der Bundestagswahl war. Helmut Kohl sah – mit Recht, wie sich zeigte – darin die Chance, die Wahl doch noch zu gewinnen und lehnte Anfang 1990 das Angebot Hans-Jochen Vogels ab, diesen Prozess in einer gemeinsamen nationalen Anstrengung zu bewältigen. So war für Kohl der Einigungsprozess auch eine große Wahlkampagne. Sein Verhalten etwa in der Grenzfrage mit Polen machte dies allzu deutlich. Doch auch für Oskar Lafontaine stand die Wahl im Vordergrund. Er beschwor uns als Ost-SPD Ende August 1990, den Einigungsvertrag abzulehnen, weil er sich davon (fälschlicherweise) Vorteile bei der Wahl versprach, was wir natürlich ablehnten. Diese Gemengelage machte es uns manchmal ziemlich schwer, den eigenen Kurs zu halten.

Insgesamt aber lässt sich auch im Nachhinein sagen, dass die ostdeutsche Sozialdemokratie in diesem für Deutschland so wichtigen Jahr Entscheidendes geleistet hat. Sie war in der Friedlichen Revolution eine wesentliche und prägende Kraft und hat den Weg zur deutschen Einheit verantwortlich mitgestaltet. Dass wir als Deutsche es fünfzig Jahre nach dem Überfall auf Polen und all den Schrecken, die wir über ganz Europa gebracht haben, erleben durften, in Freiheit wieder vereint zu sein, in Anerkennung aller unserer Nachbarn, kann ich auch heute nur als Glück und Geschenk ansehen. Dass dies einmal möglich sein würde, daran habe ich noch kurze Zeit zuvor nicht zu glauben gewagt; dafür, dass wir daran mitwirken konnten, bin ich dankbar.

Glücklicherweise eilt in der Geschichte immer wieder einmal der Geist der Zeit voraus, häufig aber braucht die Realität Zeit, um in den Köpfen

anzukommen. Diesen Eindruck hatte ich oft in den Jahren nach 1990, nicht zuletzt auch bei der SPD. Ich kann das hier nicht ausführlicher beschreiben. Es betrifft sowohl das Selbstverständnis der Partei, die Bedeutung der Entwicklung in Ostdeutschland für das ganze, geeinte Land wie für die europäischen Perspektiven.

Es hat lange, viel zu lange gebraucht, bis die SPD sich für die EU-Osterweiterung eingesetzt hat. Als in den 90er Jahren die Politik Helmut Kohls in Ostdeutschland immer mehr enttäuschte, hat die SPD es zugelassen, dass sich die PDS als Anwalt Ostdeutschlands darstellen konnte, obwohl klar war, dass die Probleme im Osten nur in einer gesamtdeutschen Anstrengung zu lösen sein würden. Wenn die SPD im Westen Deutschlands nach 1945 die Partei war, die sich besonders intensiv für die Aufarbeitung des Nationalsozialismus eingesetzt hat, so tat sie sich mit der Aufarbeitung des Kommunismus immer wieder schwer. Bis heute fällt es schwer, in der Beurteilung des Kommunismus zu einem wirklichen Konsens zu kommen. Ein besonderes Problem stellte und stellt immer wieder das Verhältnis zur SED, zur PDS, zur Linken dar. Die Kriterien dafür können natürlich nicht nur historische sein, doch darf die Bedeutung von Freiheit und Demokratie auch nicht zur Marginalie werden. Teile der SPD hielten die Gründung der ostdeutschen Sozialdemokratie offensichtlich lange Zeit für einen Unfall, hatten sie doch auf die sogenannten Reformkräfte in der SED gesetzt. Immer wieder wird auch der Mythos lebendig gehalten, als könnte man so die Schwäche der ostdeutschen Sozialdemokratie erklären. Ich behaupte dagegen, dass die Gründung der ostdeutschen Sozialdemokratie auch für die (West-)SPD ein Glücksfall war, dessen Bedeutung vielfach noch nicht wahrgenommen wird.

Wenn es ein Vermächtnis gibt aus der Zeit vor zwanzig Jahren, dann ist es die Zuversicht, dass Veränderung möglich ist. Das Neue fängt oft ganz klein an, doch es fängt nur an, wenn Einzelne die Gestaltung der eigenen Wirklichkeit nicht anderen überlassen, sondern selbst beginnen, sie in die eigene Hand zu nehmen.

Die politische

Vorstellungswelt der DDR-Opposition:

**Mehr Sozialismus, Neutralismus,
himmlische Gerechtigkeit**

Dr. Klaus Bästlein

Klaus Bästlein ist Jurist und Historiker. Er war bei der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und den Landesjustizverwaltungen in Hamburg und Berlin tätig. Seit 2008 arbeitet er beim Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Bästlein publizierte zum Nationalsozialismus, der DDR und der alten Bundesrepublik sowie zu deren Justizsystemen.

Den hier festgehaltenen Vortrag habe ich am 23. April 2014 erstmals im Rathaus Mitte von Berlin gehalten.¹ Zur allgemeinen Überraschung kamen nicht – wie erwartet – 60 oder 80 Interessierte, sondern weit mehr als das Doppelte. Und die Allermeisten zählten 1989 an prominenter oder weniger prominenter Stelle zur DDR-Opposition. Viele waren nach dem Vortrag schockiert und fühlten sich zutiefst verletzt. Eine Diskussion kam kaum zu Stande, obwohl das Podium mit so bekannten Vertretern der DDR-Opposition wie Ulrike Poppe, Dr. Ehrhart Neubert, Reinhard Weißhuhn und Wolfgang Rüdtenklau besetzt war. Fast schien es eine Verabredung zwischen ihnen gegeben zu haben, an diesem Abend keinen – und zwar auch nicht den kleinsten – Fehler einzuräumen.

Dabei hat Ehrhart Neubert seine Positionen ja bekanntlich oft gewechselt, Ulrike Poppe ihre Unterschrift unter den Aufruf „Für unser Land“ bedauert, und Reinhard Weißhuhn zählt ganz gewiss nicht zu den Selbstgerechten. Von Wolfgang Rüdtenklau hatte ich offen gestanden nicht erwartet, dass er seine friedlich-anarchistischen Überzeugungen verleugnet. Aber ich hatte mir doch eine lebhaftere Diskussion versprochen. Die Provokation war aber wohl zu groß. Ich wiederhole meinen Vortrag heute gleichwohl und füge erst am Ende etwas hinzu, das den Umgang damit vielleicht etwas leichter macht. Die Anregungen dazu stammen übrigens von Martin Klähn, dem ich – neben der Einladung nach Bützow – auch dafür sehr dankbar bin.

Bevor ich nun also auf die Vorstellungswelt der DDR-Opposition 1990 eingehe, lassen Sie mich folgendes festhalten: Wer sich 1989 der DDR-Opposition angeschlossen hatte, übte den aufrechten Gang. Denn das zog oft berufliche und persönliche Benachteiligungen nach sich – und zwar nicht nur für die Akteure selbst, sondern nach dem perfiden System der Sippenhaft auch für nächste Angehörige und Freunde.² Hinzu kam, dass vor dem 9. November 1989 niemand wusste, ob das Regime zusammenbrechen würde. Lange Haftstrafen oder blutige Gewalt wie auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking waren nicht ausgeschlossen. Egon Krenz begrüßte das Massaker noch Mitte September 1989. Die Bereitschaft, für die eigenen Überzeugungen einzustehen, zeichnete also die gesamte DDR-Opposition aus – mochten viele ihrer Vorstellungen auch illusionär sein.

Um diese Vorstellungswelt zu umreißen, will ich zunächst auf das Neue Forum eingehen, das damals den größten Zulauf hatte. In dessen erstem

Aufruf vom 11. September 1989³ hieß es: „Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewusste Menschen, die doch gemeinschaftsbewusst handeln.“ Das Neue Forum strebte einen „demokratischen Dialog über die Aufgaben des Rechtsstaats, der Wirtschaft und der Kultur“ an. Alledem lag „der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde.“ Diese Zielvorstellungen waren so unpräzise, dass ihnen selbst SED-Mitglieder zustimmen konnten.

Ein starker Einfluss ging von Rolf Henrichs 1989 im Westen erschienen Buch „Der vormundschaftliche Staat“ aus.⁴ Seine Beschreibungen entsprachen vielfach der DDR-Wirklichkeit. Aber Henrich zeigte keinen Ausweg aus der SED-Diktatur auf. Seine Abhandlung ähnelte der Dissertation des Dr. jur. Gregor Gysi, in der einige rechtliche Verbesserungen vorgeschlagen wurden, die aber die Rolle der Justiz als Herrschaftsinstrument der SED nicht in Frage stellte.⁵ Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs für ein Neues Forum zählten – um nur einige prominente Namen zu nennen – Bärbel Bohley, Martin Böttcher, Katja Havemann, Sebastian Pflugbeil, Jens Reich, Reinhard Schult, Hans-Jochen Tschiche und Rolf Henrich, der inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit war. Gregor Gysi – nach Feststellung des Deutschen Bundestages ebenfalls IM der Stasi⁶ – betrieb die Zulassung der neuen Vereinigung.

In einem Brief der Erstunterzeichner an die Freundinnen und Freunde des Neuen Forums vom 1. Oktober 1989⁷ wurden die politischen Ziele klarer benannt: „Für uns ist die ‚Wiedervereinigung‘ kein Thema, da wir von der Zweistaatlichkeit Deutschlands ausgehen und kein kapitalistisches Gesellschaftssystem anstreben.“ In einem „offenen Problemerkatalog“ wurden nun aber auch Bürgerrechte wie eine freie Presse, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, „öffentliche Kontrolle aller Schutz- und Sicherheitsorgane“, die Streichung politischer Tatbestände aus dem Strafgesetzbuch und Reisefreiheit gefordert. Das Neue Forum schloss sich einer Initiative Berliner Theaterschaffender an und rief zur Großdemonstration auf dem Alex am 4. November 1989 auf. Die Staatssicherheit war bis dahin noch hoffnungsfroh, das Neue Forum durch Dialogangebote der SED domestizieren zu können.

Das hatte sich nach der Groß-Demo vom 4. November 1989 erledigt. Aber auch dem Neuen Forum fehlten nun die Perspektiven. Bärbel Bohley, von den westlichen Medien zur Ikone stilisiert, verfiel schon am 6. November 1989 in eine depressive Schockstarre. Das Jugendradio DT 64 produzierte damals eine zweistündige Radiosendung mit ihr, bei der Bohley immer wieder die Worte fehlten, so dass Musik eingespielt werden musste. Es wurde nämlich klar, dass es nun um politische Inhalte und Organisationsarbeit ging – beides lag Bohley aber nicht. Kurz darauf kritisierte sie den Fall der Mauer, weil sie richtig erkannte, dass damit eine eigenständige Entwicklung in der DDR nicht mehr möglich war. Das Neue Forum spielte fortan kaum noch eine Rolle.

Einen Tag nach dem Neuen Forum wandte sich am 12. September 1989 die Initiative Demokratie Jetzt (DJ) an die Öffentlichkeit.⁸ Ihr Aufruf war literarisch vollendeter als der des Neuen Forums, aber davon beeinflusst. Die ersten Sätze lauteten: „Unser Land lebt in innerem Unfrieden. Menschen reiben sich wund an den Verhältnissen ...“. Das Bekenntnis zum Sozialismus fehlte nicht; er sollte sogar fortentwickelt werden: „Wir wollen, dass die sozialistische Revolution ... weitgeführt wird ...“ Auch Demokratie Jetzt



Klaus Bästlein **Rudolf Leppin**

wollte einen Dialog mit der Macht. Die Programmatik blieb verwaschen. Erstunterzeichner waren Michael Bartoszek, Stephan Bickhardt, Hans-Jürgen Fischbeck, Ludwig Mehlhorn, Ulrike Poppe, Wolfgang Ullmann und Konrad Weiß.

In einem Rundschreiben von Anfang Oktober schrieb Demokratie Jetzt über die DDR sogar: „Wir haben in vierzig Jahren manches erreicht.“ Doch: „Zu wenig ist vom Traum der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geblieben.“ Und: „Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt will, dass die Produktionsmittel wirklich unser aller Eigentum sind.“ Noch am 14. Dezember 1989 wurde ein sehr komplizierter Dreistufenplan für die Herstellung der deutschen Einheit vorgelegt.⁹ Danach sollten sich die beiden deutschen Staaten jahrelang aufeinander zu reformieren, um dann eine Nationalversammlung einzuberufen, einen Nationalvertrag zu schließen und eine Volksabstimmung vorzubereiten. Am Ende sollten der Rückzug der Alliierten und ein europäischer Friedensvertrag zur Regelung der Neutralität und Entmilitarisierung Deutschlands stehen.

Die dritte Bürgerbewegung, die sich 1989 an die Öffentlichkeit wandte, war der Demokratische Aufbruch (DA). Dessen „Flugblatt für die Demokratie“ wurde am 14. September 1989 verbreitet.¹⁰ Zu den Forderungen des DA zählten von vornherein Reise-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie freie Wahlen. Am Sozialismus hielt auch der DA fest. Ehrhart Neubert lehnte eine „Absage an die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung“ entschieden ab.¹¹ In den „Aufgaben und Zielen“ des Satzungsentwurfes vom 2. Oktober 1989 hieß es sogar: „Die wirklich gelungenen sozialistischen Lösungen in der DDR ... müssen bewahrt und weiterentwickelt werden.“¹² Neben Neubert zählten zu den prominenten Aktivisten des DA, der Mitte Dezember 1989 zur Partei wurde, Rainer Eppelmann, Rudi Pahnke, Edelbert Richter, Stasi-IM Wolfgang Schnur und zunächst auch Friedrich Schorlemmer.

Älter als die „Sammlungsbewegungen“ vom September 1989 war die Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM). Sie hatte bereits am 11. März 1989 Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Freizügigkeit und Demokratie gefordert.¹³ Mit Recht zählte Ehrhart Neubert in seinem Buch über die DDR-Opposition diesen Aufruf der IFM zu den „ausgereiftesten Texten der DDR-Opposition“.¹⁴ Die Gruppe wollte sich 1989 in der

DDR ausdehnen, kam aber nur langsam voran, weil an der herkömmlichen Gruppenstruktur festgehalten wurde. Außerdem war die Zahl der Aktivisten mit Martin Böttger, Gerd und Ulrike Poppe, Peter Grimm und Reinhard Weißhuhn gering. Im Herbst 1989 fehlten der Initiative die Mitstreiter, die mittlerweile in den Sammlungsbewegungen tätig waren. So engagierte sich Martin Böttger beim Neuen Forum, während Ulrike Poppe bei Demokratie Jetzt aktiv wurde.

Daneben propagierten Umweltbibliothek und Kirche von Unten eine herrschaftsfreie Gesellschaft auf basisdemokratischer Grundlage. Entscheidend war der Glaube an das Gute im Menschen, das in sozialromantischer Manier befreit zu himmlischer Gerechtigkeit führen sollte. Es herrschten friedlich-anarchische Träumereien, die an der politischen Realität völlig vorbeingingen. Das war bei der Vereinigten Linken anders. Ihre „Böhlener Plattform“ von Mitte September 1989 zeugte von klassischer marxistischer Analyse.¹⁵ Das „gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln“ sollte bleiben und durch „Selbstbestimmung der Produzenten“ ergänzt werden. Die Vereinigte Linke verlangte zudem Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte und einen „ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“. Es gab noch weitere Initiativen, auf die aus Zeitgründen nicht näher eingegangen werden kann.

Parteien, parlamentarische Demokratie und Marktwirtschaft wurden von der DDR-Opposition durchweg abgelehnt. Sie bildeten die Grundlagen des politischen Systems der Bundesrepublik, das die DDR-Opposition ja ebenso wenig wollte wie die deutsche Einheit. Nur die am 7. Oktober 1989 gegründete Sozialdemokratische Partei (SDP) war dafür.¹⁶ Ihre wichtigsten Protagonisten, nämlich Martin Gutzeit und Markus Meckel, nahmen zu fast allen Gruppen Kontakt auf. Doch eine Parteigründung wurde überall abgelehnt. Dabei war eine sozialdemokratische Partei die schärfste Kampfansage an die SED. Denn damit wurde ihr Alleinvertretungsanspruch für die Arbeiterbewegung zerstört. Nicht ohne Grund war Erich Mielke alarmiert, als er im August 1989 von den Plänen für die SDP erfuhr und sah darin **den** „Großangriff ... auf die DDR“.

Die übrigen Formationen der DDR-Opposition verschwanden nach dem Fall der Mauer bald wieder, was auf die politische Dynamik des Herbstes 1989 zurückging. Ein Teil der DDR-Opposition versuchte sogar, die Entwicklung

noch einmal zu stoppen, indem sie sich dem von Christa Wolf formulierten „Aufruf für unser Land“ vom 28. November 1989 anschloss.¹⁷ Darin wurde die Alternative formuliert, entweder „in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit ... gewährleistet sind“, oder zu dulden, „dass ... ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik Deutschland vereinnahmt wird.“

Weiter hieß es: „Lasst uns den ersten Weg gehen. Noch haben wir die Chance, ... eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.“ Der rigide Ton des Aufrufs passte zu Parteibeschlüssen der SED, aber nicht zu Texten der Opposition. Dabei bildeten die Erstunterzeichner eine illustre Schar. Zu ihr zählten Rechtsanwalt Götz Berger, SED-Funktionär und Stasi-IM Wolfgang Berghofer, Regisseur Frank Beyer, Schriftsteller Volker Braun, die Rocksängerin Tamara Danz, Bischof Christoph Demke, der Ökonom Bernd Gehrke, der Schriftsteller Stefan Heym, Dieter Klein, Generalsuperintendent und Stasi-IM Günter Krusche, Sebastian Pflugbeil sowie Ulrike Poppe und Konrad Weiß.

Als nicht wenige Oppositionelle Ende 1989 für den Erhalt der DDR als „sozialistischer Alternative zur Bundesrepublik“ kämpften, hatte die Bevölkerung das Land, dessen kaputte Wirtschaft und sein marodes politisches System längst aufgegeben. Sogar die SED wollte sich Anfang Dezember 1989 auflösen – und wurde nur durch das Argument Gysis davon abgehalten, dass dann das Parteivermögen verloren sei.¹⁸ So war es schließlich allein die frühere Opposition, die Ende 1989 die DDR erhalten wollte. Ich räume ein, dass diese These zugespitzt ist. Denn auch die Oppositionellen, die den Aufruf „Für unser Land“ unterzeichneten, wollten nicht die SED-Diktatur retten. Aber sie glaubten, Zeit für gesellschaftliche Experimente zu haben. Ein Akteur erklärte mir sogar, er habe damals gedacht, man solle ruhig etwas Neues versuchen, denn in die Arme der Bundesrepublik könne man ja immer noch flüchten.

Doch dazu war Ende 1989 keine Zeit mehr. Vielmehr mussten Wahlen organisiert werden, um eine handlungsfähige Regierung zu bilden. Die DDR-

Ökonomie stand vor dem Kollaps.¹⁹ Und das Zeitfenster zur Herstellung der deutschen Einheit war klein. Schon 1991 fiel die Sowjetunion auseinander, Gorbatschow wurde entmachtet, und der heutige Herrscher im Kreml hätte der deutschen Einheit sicher nicht zugestimmt. Für Träume von einem neutralen und entmilitarisierten Deutschland war ebenfalls kein Raum. Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn verlangten die Einbeziehung der DDR in die NATO. Denn sie brauchten die Landverbindung nach Westen. Und ein Blick auf die Ukraine zeigt, zu welchen Gefahren ein Machtvakuum führen kann.

Was aber waren nun die Ursachen für die problematische Vorstellungswelt der DDR-Opposition? Ich will vier Gründe dafür nennen. Der erste waren die Mythen vom „Antifaschismus“ und „Humanismus“ der DDR, wie sie auch der Aufruf „Für unser Land“ beschwor. Diese Mythen waren zählebig. Sie hatten insoweit einen wahren Kern, als im Westen Verwaltung und Justiz, vor allem aber die Sicherheitsorgane, ein Eldorado von Alt-Nazis und NS-Tätern bildeten. Das galt vor allem für die 1950er und 1960er Jahre; die letzten Belasteten schieden aber erst Anfang der 1980er Jahre aus.²⁰ Dass es auch in der DDR um den „Antifaschismus“ nicht zum Besten stand, lag noch nicht offen zu Tage. Nur so konnte 1989 an „antifaschistische“ Werte appelliert werden.

Zum zweiten wurde die DDR-Opposition durch die evangelische Kirche geprägt, die Schutzdach und Hemmschuh zugleich war. So wurden der DDR-Opposition Raum und Entfaltungsmöglichkeiten geboten; gleichzeitig aber erfolgte ihre Einhegung durch Teile der Amtskirche mit den Krusches und Stolpes. Das evangelische Pfarrhaus war auch in der DDR eine Kulturinstitution. Es brachte viele Oppositionelle hervor. Der religiöse Einfluss war für die Denkweise der Opposition und bis in ihre Symbole wirkungsmächtig: So dokumentierte das Motiv von Lamm und Löwe vor dem Kreuz das außenpolitische Denken großer Teile der Opposition – und damit auch deren Illusionen.

Die dritte Ursache war die DDR-Propaganda, die gern soziale Missstände in der Bundesrepublik aufgriff. Die Berichte waren im Einzelnen meist zutreffend, ergaben aber in der Summe ein falsches Bild. Denn die Bundesrepublik war in den 1980er Jahren noch sozialer als heute. Die Zuwächse des Bruttosozialprodukts kamen damals nicht nur den Reichen zu Gute, und

das letzte Sechstel der Bevölkerung war noch nicht ausgegrenzt oder gar Hartz-IV-Schikanen unterworfen. Es gab damals auch noch vereinzelt den Aufstieg von Kindern aus bildungsfernen Schichten in höhere Positionen. Die DDR-Opposition täuschte sich daher über die „Ellenbogengesellschaft“ im Westen.

Die vierte Ursache lag darin, dass es unter den Akteuren 1989 nicht mehr viele gab, die den Westen noch aus eigener Erfahrung vor dem Mauerbau von 1961 kannten. Große Teile der Opposition standen habituell eher der 1968er-Bewegung im Westen nahe – und damit deren Irrtümern und Vorurteilen. Hinzu kamen die Entdifferenzierungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft der DDR. So waren der DDR-Opposition die Funktionsweisen einer parlamentarischen Demokratie und der Willensbildung durch Parteien fast unbekannt. An den DDR-Hochschulen war darüber – außer im Selbststudium – nichts zu erfahren. Aber zu einem Selbststudium sind nur Wenige in der Lage.

So herrschte in der DDR-Opposition 1989 ein in weiten Teilen unzutreffendes Bild über die Bundesrepublik und ihr politisches System. Das hatte weitreichende Konsequenzen. Denn die DDR-Opposition manövrierte sich als politischer Bedenkenträger gegen die deutsche Einheit ins Abseits. Dabei beteiligte sich die DDR-Opposition damals an etwas, das fast vergessen ist, aber Anerkennung verdient. Denn sie half am Zentralen Runden Tisch mit, den friedlichen Übergang bis zu den Wahlen am 18. März 1990 zu organisieren.²¹ Der Runde Tisch war dabei staatsrechtlich eine Art zweite Kammer, die neben der SED-dominierten Volkskammer die Regierung kontrollierte, eigene Initiativen wie die Stasi-Auflösung startete und die freien Wahlen vorbereitete.

Mit ihrem Programm schaffte sich die DDR-Opposition bei der Volkskammerwahl selber ab: Sie erhielt 2,9 Prozent der Stimmen. Die SPD errang mit 21,9 Prozent einen Achtungserfolg. Ihr größtes Handikap war der SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, der erkennbar kein Freund der Einheit war. Gewiss wäre deren Herstellung nach Art. 146 Grundgesetz mit Nationalversammlung, neuer Verfassung, Verfassungsdiskussion und Volksabstimmung schön gewesen. Aber im Westen gab es daran kein Interesse und die DDR-Bevölkerung war so mit den Veränderungen der eigenen Lebensverhältnisse befasst, dass ihr eine Verfassungsdiskussion abstrus erschien.

Doch Bündnis 90 plakatierte „Art. 23 – kein Anschluss unter dieser Nummer“ – und stand im Abseits. Die Einheit wurde zum Anschluss der DDR an die Bundesrepublik.²²

Der Held der Jahre 1989/90 war aus meiner Sicht das Volk, genauer: die Bevölkerung der DDR. Ihr steckte jahrzehntelange Diktaturerfahrung in den Knochen. Der 17. Juni 1953 war ebenso wenig vergessen wie die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968. Zögernd und zaghaft folgten die Menschen im September 1989 den Bürgerbewegungen. Ebenso vorsichtig gingen sie am 7., 8. und 9. Oktober in Berlin, Leipzig und dann überall auf die Straßen. Spätestens am 4. November 1989 wurden auch die Plätze erobert. Der Fall der Mauer machte die Entwicklung unumkehrbar. Die Menschen in der DDR wollten Konsum und Reisefreiheit. Und sie gingen auch davon aus, dass das politische System der Bundesrepublik das Richtige war. Anders ist der Ausgang der Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 nicht erklärbar. Dass es in der DDR-Bevölkerung auch viel Ignoranz, Spießertum und Anpasserei gab, ist unbestritten. Die Kulturrevolution von 1968 war an Vielen spurlos vorübergegangen. Aber das steht auf einem anderen Blatt.

Die Politik hat den Willen der DDR-Bevölkerung umgesetzt. Die Volkskammer leistete eine großartige und bis heute viel zu wenig gewürdigte Arbeit. Die Bundesregierung gab sich Mühe – allen voran Hans-Dietrich Genscher, dessen Einsatz denjenigen des angeblichen „Kanzlers der Einheit“ weit übertraf.²³ In den Zwei plus Vier plus Eins Verhandlungen gelang die Herstellung der deutschen Einheit. „Plus Eins“ deshalb, weil der Abschluss der Verträge nur mit Zustimmung Polens möglich war, was nicht vergessen werden darf. Den Deutschen wurde mit der Einheit ihre Souveränität zurückgegeben. In einer Serie von Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen stimmten sie zu. Die Menschen in der DDR hatten den Anstoß dazu gegeben – sie sind die Helden der Geschichte und nicht die DDR-Opposition des Jahres 1989.

Die frühere DDR-Opposition musste sich 1990 neu sortieren. Sie hatte nach einem alten Bonmot vom Paradies geträumt und war in Nordrhein-Westfalen gelandet. Aber viele fanden sich in der Bundesrepublik sehr gut zurecht. Über die Parteigrenzen gut vernetzt, kam es zu erstaunlichen Karrieren. Und so basteln einige heute am Bild von der Friedlichen Revo-

lution. Historiker in eigener Sache sind aber stets mit besonderer Vorsicht zu genießen. Der amtierende Bundespräsident, der bis in den Oktober 1989 in der Opposition nicht gesichtet wurde, hat dafür sogar den Geschwister-Scholl-Preis angenommen. Erst als die Messen gesungen, also die Straßen erobert waren, fand Pfarrer Gauck den Weg in den Widerstand. Auch andere DDR-Oppositionelle stilisieren sich selbst gern zu Helden der Friedlichen Revolution. Aus meiner Sicht waren sie Ende 1989 aber eher Bremsklötze im Räderwerk der Geschichte.

Meine Ausführungen im April endeten hier mit den Sätzen: „Nun hoffe ich auf heftigen Widerspruch und scharfe Kritik. ... Dann werden wir eine spannende Diskussion erleben.“ Ich möchte heute hinzufügen: „Die Oppositionellen des Jahres waren Utopisten, keine Realisten, geschweige dann Realpolitiker. Wären sie welche gewesen, wären sie nicht der Opposition gewesen.“ So Martin Klähn – und seine Aussagen sind zutreffend. Mitte 1989 gehörte viel Utopismus dazu, um in der DDR aufzubegehren. Ich habe die friedliche Revolution damals für so unmöglich gehalten wie die Herstellung der deutschen Einheit. Nur wenige erkannten die Zeichen der Zeit. Weite Teile der DDR-Opposition waren nicht politikfähig. Das tut ihrem Mut und Einsatz keinen Abbruch. Es lohnt sich aber auch für sie, die eigene Rolle zu hinterfragen. Denn nur wer seine Vergangenheit kennt, braucht sie nicht zu wiederholen.

Anmerkungen

1 Veranstalter waren der Berliner Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen und die Robert-Havemann-Gesellschaft.

2 Vgl. mit weiteren Nachweisen Klaus Bästlein: „Sozialistische Gerechtigkeit“. Wirkungen von Sicherheitsorganen und Justiz auf die Gesellschaft, in: Andreas H. Apelt/Robert Grünbaum/Martin Gutzeit (Hg.): *Schöner Schein und Wirklichkeit. Die SED-Diktatur zwischen Repression, Anpassung und Widerstand*, Berlin 2013, S. 91–102.

3 Erster Aufruf des Neuen Forums vom 11.9.1989. Der Aufruf ist – wie andere Dokumente der DDR-Opposition – in verschiedenen Archiven überliefert. Nahezu vollständig vorhanden und zudem leicht zugänglich sind die Dokumente der DDR-Opposition im Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft in Berlin.

4 Rolf Henrich: *Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus*, Hamburg 1989.

5 Gregor Gysi: *Zur Vervollkommnung des sozialistischen Rechtes im Rechtsverwirklichungsprozeß*. Maschinenschrift 1975 (Dissertation Humboldt-Universität zu Berlin).

6 Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vom 29. Mai 1998 zu dem Überprüfungsverfahren des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi (13. Wahlperiode – Drucksache 13/10893 mit 50 Seiten).

- 7** Brief des Neuen Forums und offener Problemkatalog vom 1. Oktober 1989 (verbreitet beim Treffen der Kontaktgruppe der Opposition am 4. Oktober 1989).
- 8** Aufruf von Demokratie Jetzt vom 12. September 1989: Aufruf zur Einmischung in eigener Sache.
- 9** Dreistufenplan der nationalen Einigung vom 14. Dezember 1989, veröffentlicht in: DEMOKRATIE JETZT, Zeitung der Bürgerbewegung Nr. 11, Dezember 1989.
- 10** Flugblatt für die Demokratie vom 14. September 1989.
- 11** In einem programmatischen Entwurf Neuberts aus dieser Zeit hieß es: „Die kritische Haltung des DA zu vielen Erscheinungen des realexistierenden Sozialismus, bedeutet keine grundsätzliche Absage an die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.“
- 12** Entwurf einer Satzung (für den Demokratischen Aufbruch) vom 2. Oktober 1989.
- 13** Aufruf der Initiative Frieden und Menschenrechte vom 11. März 1989.
- 14** Erhard Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–89, Berlin 1997, S. 722ff, Zitat S. 723.
- 15** Böhlener Plattform der Vereinigten Linken von Anfang September 1989.
- 16** Vgl. nur Statut der SDP (Sozialdemokratische Partei in der DDR) samt „Grundpositionen zur Erarbeitung des Parteiprogramms“ vom 7. Oktober 1989.
- 17** Aufruf „Für unser Land“ vom 28. November 1989.
- 18** Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS: Protokoll der Beratungen 8./9. und 16./17. Dezember 1989, hg. von Lothar Hornbogen und Detlef Nakath, Berlin 1999.
- 19** Andre Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.
- 20** Vgl. nur Norbert Frei (Hg.): Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt/M. 2001. Für die Justiz siehe exemplarisch Klaus Bästlein: „Nazi-Blutrichter als Stützen des Adenauer-Regimes“. Die DDR-Kampagnen gegen NS-Richter und -Staatsanwälte, die Reaktionen der bundesdeutschen Justiz und ihre gescheiterte „Selbstreinigung“ 1957–1968, in: Helge Grabitz/Klaus Bästlein/Johannes Tuchel (Hg.): Die Normalität des Verbrechens. Berlin 1994, S. 408–443.
- 21** Bis heute fehlt es an einer umfassenden historischen Darstellung über den Runden Tisch, einem der wichtigsten und zugleich spannendsten Kapitel der DDR-Geschichte. Siehe Uwe Thaysen (Hg.): Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente. Bd. I-V, Wiesbaden 2000.
- 22** Klaus Bästlein: Ein neues Deutschland – die Herstellung der Einheit 1990, in: Ders. (Hg.): Die Einheit. Juristische Hintergründe und Probleme. Deutschland im Jahr 1990 (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Bd. 31), Berlin 2011, S. 5–19.
- 23** Siehe nur Gerhard A. Ritter: Hans-Dietrich Genscher, das Auswärtige Amt und die deutsche Vereinigung, München 2013.

Die Runden Tische

1989/90 in der **DDR**

Dr. Francesca Weil

Dr. Francesca Weil ist Historikerin und war bis 2002 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Universität Leipzig beschäftigt. Seit 2003 arbeitet sie am Hannah-Arendt-Institut in Dresden. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen die Geschichte des MfS, die Transformationsforschung, der Diktaturenvergleich und gegenwärtig die Geschichte des Nationalsozialismus.

Zwischen November 1989 und Januar 1990 etablierten sich in der DDR Hunderte von Runden Tischen auf allen staatlichen Ebenen. Darüber hinaus gab es zahlreiche dieser Gremien in Betrieben und als thematische Runde Tische, z.B. „Grüne Tische“ mit unterschiedlichen Bezeichnungen, Runde Tische zum Thema „Jugend“, „Nationale Volksarmee“, „Arbeitslosigkeit“, „Bildung“ etc. Wie die Zentralen Runden Tische in der DDR und in sechs weiteren ostmitteleuropäischen Ländern verfolgten auch diese Tische eine Strategie des Verhandeln mit den alten Machthabern. In der Praxis bedeutete das den Verzicht darauf, dieselben zu stürzen und die Macht durch oppositionelle Parteien und Gruppierungen zu übernehmen. Dem entgegen wollten die meisten von ihnen an den Runden Tischen dazu beitragen, die alten administrativen Strukturen vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Auch als den verunsicherten und unentschlossenen Staatsorganen der DDR die Macht aus den Händen zu gleiten drohte, konnten und wollten die meisten Runden Tische Entscheidungsbefugnisse im Sinne von Machtausübung nicht übernehmen. Somit ließen es die Runden Tische zu, dass die nach wie vor von SED-Funktionären dominierte staatliche Bürokratie in den Kommunen, Kreisen und Regionen nicht oder nicht vollends entmachtet wurde. Letztendlich unterstützten sie sogar die Stabilisierung der meisten Behörden, die sich nicht nur mit einer Krisensituation, sondern unter der Modrow-Regierung auch mit einer zunehmenden, ungewohnten Eigenständigkeit konfrontiert sahen.

Bildung, Zusammensetzung, Arbeitsweisen, Schwerpunktsetzung in den Aufgaben, Modalitäten der Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen, aber vor allem unmittelbare Einfluss- und Wirkungsmöglichkeiten lassen die Runden Tische äußerst unterschiedlich erscheinen. Sie entstanden teilweise spontan und zwar immer dann, wenn sie aus den vielerorts gebildeten Sicherheitspartnerschaften zwischen oppositionellen Gruppierungen und staatlichen Institutionen hervorgingen. Nach der Bildung des Zentralen Runden Tisches am 7. Dezember 1989, des damit verbundenen Aufrufs der SED zur Etablierung derartiger Gremien vom 23. November und dem Beschluss der Modrow-Regierung vom 21. Dezember, die Runden Tische zu unterstützen, folgte die Gründung der Tische mitunter gelenkt. In diesen Fällen spielten Funktionäre der SED, der Blockparteien und der staatlichen Institutionen bei der Einberufung der Gremien häufig eine Schlüsselrolle. Doch diese Ansätze für eine „von oben verordnete“ Demokratisierung sagen nicht allzu viel über die jeweiligen Ergebnisse sowie den Einfluss

der einzelnen Tische auf die Entwicklung und die Demokratisierung in den Kommunen und Regionen aus. Die Runden Tische bildeten sich auf den einzelnen Ebenen voneinander unabhängig; ein hierarchisches System wurde nicht geschaffen. Sie knüpften lediglich an die entsprechenden Verwaltungsebenen in den Kommunen, Kreisen und Bezirken, an. Bei der Bildung der Tische war der Zentrale Runde Tisch allerdings weniger Impulsgeber oder Vorbild als erwartet, sondern eher Impulsverstärker.

In Hinblick auf die Zusammensetzung nach Parteien und Gruppierungen, aber auch auf die Vergabe von Stimmrechten, deren Anzahl, von Beobachtungs-, Beratungs-, Rede- und Antragsrechten und auf das Beachten einer gewissen Parität unterschieden sich die Runden Tische grundsätzlich voneinander. Damit war das gesellschaftliche Gewicht der vertretenen Gruppen quantitativ wie qualitativ sehr unterschiedlich. Gemeinsam war den meisten Gremien, dass die Teilnehmer der ersten Tischrunden recht willkürlich darüber entschieden, welche Parteien oder Gruppen außer ihnen noch stimmberechtigt, beratend oder beobachtend an den Tischen Platz nehmen durften. Die Zusammensetzung war aber auch deswegen willkürlich, weil sich Parteien im Verlaufe der Zeit nach Belieben zurückzogen. Ein einheitliches Muster der Zulassung und Zusammensetzung ist jedenfalls nicht erkennbar.

Von einem demokratischen Wahl- oder Delegierungsverfahren durch die Parteien und Gruppierungen kann auch nicht durchgängig die Rede sein. Ausgangspunkt für diese durchaus kritisch zu betrachtende Situation war weniger die Intention, einem basisdemokratischen Modell zu folgen, sondern eher die Überzeugung, die Runden Tische vorrangig als Verständigungs- und nicht als Leitungsgremien zu verstehen. Daraus ergaben sich jedoch Probleme mit der Legitimation der Tische. Realiter wurden sie zwar anerkannt, aber nur, weil die Funktionäre der staatlichen Institutionen deren Mitarbeit für die eigene Legitimation benötigten. Außerdem konnten sich die Tische zum Zeitpunkt ihrer Gründung auf den Rückhalt in großen Teilen der Bevölkerung stützen. Es waren vor allem die Massendemonstrationen und -proteste, die ihre Position und Einflussnahme ermöglichten und stärkten. Die fehlende demokratische Legitimation erwies sich jedoch bei der Einflussnahme der Runden Tische auf Entscheidungen der Administration als grundsätzliches Problem.

Dem Beispiel des Zentralen Runden Tisches, die Sitzungen von Kirchenvertretern moderieren zu lassen, folgten viele dieser Gremien. An diesen Tischen verstanden sich die Kirchenvertreter nicht als Vertreter eigener Interessen, sondern wie die am zentralen Gremium als „Vermittler in Verantwortung für das Ganze“, „Helfer zum Gespräch“ und „Mahner zur Friedfertigkeit“. Hierbei konnte der christlich geprägte Wille nach Konsens und Ausgleich jedoch auch wichtige oder intensivere Auseinandersetzungen verhindern. An anderen Runden Tischen rotierte die Gesprächsleitung unter allen teilnehmenden Gruppierungen und Parteien. Die Rotation der Tischleitung behinderte aber mitunter die erforderliche Stringenz im Ablauf.

Im Gegensatz zum zentralen Gremium waren an vielen Runden Tischen die Funktionäre der staatlichen Institutionen, in den meisten Fällen die (amtierenden) Vorsitzenden der Räte, von Anfang an anwesend; sie beteiligten sich maßgeblich und in Ausnahmefällen sogar mit Stimmrecht an den Beratungen. Abgesehen von Letzterem hatte das seine Berechtigung, ging es den Runden Tischen doch in erster Linie um die Kontrolle der staatlichen Institutionen in den Kommunen wie Regionen und damit um umfassende Informationen durch die Räte. Die einzelnen Tische besaßen jedoch aufgrund der verschiedenen Ansprüche, Intentionen, Ambitionen und Herangehensweisen nicht die gleichen Chancen, was ihre Kontroll- und Beratungstätigkeit in den staatlichen Institutionen und damit ihre Einflussnahme auf die Entwicklung in den Kommunen, Kreisen und Bezirken anging.

Der Zentrale Runde Tisch tagte vom 7. Dezember 1989 bis zum 12. März 1990 insgesamt 16 Mal. In diesem kurzen Zeitraum wurden zahlreiche Beschlüsse verabschiedet, die alle Politikbereiche betrafen. Der Tisch verfügte letztendlich über insgesamt 17 Arbeitsgruppen mit den klassischen Funktionen von Parlamentsausschüssen. Die Gesamtzahl der ordentlichen Mitglieder und Berater belief sich auf 276, welche teilweise ein an die letzten Reserven gehendes Arbeitspensum erledigten. Die regionalen und lokalen Runden Tische kamen im Laufe ihres Bestehens durchschnittlich neun bis 20 Mal zusammen und tagten in der Regel acht bis zwölf Stunden. Die Teilnehmer der Runden Tische der Bezirke trafen sich zwischen dem 7. Dezember 1989 und dem 12. Juli 1990 zwölf bis 21 Mal. Manche gingen ihrer Tätigkeit regelmäßig, zumeist wöchentlich oder vierzehntägig nach,

andere (vor allem zum Ende hin) eher unregelmäßig.

Die Zeit von drei bis maximal sieben Monaten war ein knapper Zeitraum, in dem an den Tischen viele Themen und Probleme diskutiert wurden, die jedoch oft nicht binnen Kurzem oder gar endgültig gelöst werden konnten. Die größte Leistung der Oppositionellen am Zentralen Runden Tisch der DDR war, dass der Staatssicherheitsapparat gegen den Willen des Ministerpräsidenten kompromisslos und vollständig aufgelöst wurde. Damit verbunden waren aber auch die größten Fehler des Zentralen Runden Tisches. Obwohl er das von der Volkskammer letztendlich angenommene Wahlgesetz nicht wie beabsichtigt selbst entworfen hat, wachte der Zentrale Runde Tisch außerdem darüber, dass die Entscheidung, freie Wahlen zuzulassen, erfolgreich umgesetzt wurde, und war damit „Wegbereiter freier Wahlen“. Das Gremium beschäftigte sich zudem mit dem Parteien- und Vereinigungsgesetz, dem Versammlungsgesetz, dem Mediengesetz und nicht zuletzt mit einem Verfassungsentwurf.

Wie am Zentralen Runden Tisch ging es auch an den Runden Tischen der Bezirke – aber vergleichsweise noch mehr – um kurzfristige Maßnahmen für das praktische Leben; sie entwickelten jedoch ebenso konkrete längerfristige Reformvorschläge für ausgewählte Bereiche der Gesellschaft. Die Teilnehmer diskutierten zahlreiche wichtige und teilweise hochbrisante, vor allem die Regionen betreffende Themen und führten einen Teil den erforderlichen Lösungen zu. Fast alle Runden Tische der Bezirke konnten die größten Erfolge ihrer Arbeit in der begleitenden Kontrolle der Auflösung der MfS-Strukturen in den Bezirken und in der Beaufsichtigung der Wahlvorbereitungen verbuchen. Manche Tische nahmen sich aber auch durchgängig bestimmter Schwerpunktthemen an, was sie deshalb maßgeblich von anderen Bezirkstischen unterschied. Diese Schwerpunkte wurden zum einen durch die ungleichen Ausgangssituationen in den einzelnen Bezirken mitbestimmt. An manchem Runden Tisch ging es deshalb in erster Linie und von Anfang an um die Aufrechterhaltung von Strukturen, damit die Versorgung der Bevölkerung weiterhin ausreichend gewährleistet werden konnte. Zum anderen gab es bei der Schwerpunktsetzung der Themen auch Sonderfälle. So gingen von bestimmten Runden Tischen erste Impulse zur Landesbildung aus; in anderen Gremien spielten die Wahlvorbereitungen eine überdurchschnittliche Rolle.

Von Dezember 1989 bis Mitte Februar 1990 waren die Runden Tische zwar nicht Inhaber der realen Macht, was die meisten Teilnehmer auch bewusst nicht wollten. Aber es ging ebenfalls nichts (mehr) gegen und schon gar nichts ohne sie. Mit ihren Kritiken und daraus folgenden Empfehlungen, Anregungen, Weisungen und Beschlüssen versuchten die Teilnehmer an den Runden Tischen, Einfluss auf die Beschlüsse der Räte und damit auf die Entwicklung in den Orten und Regionen zu nehmen. Seit der zweiten Dezemberhälfte konnte es sich kein Repräsentant einer staatlichen Einrichtung mehr leisten, Einladungen oder Anträge Runder Tische auszusagen. Die Anfragen der Gremien zu ignorieren, wäre nur um den Preis eines sofortigen Absturzes in die politische Bedeutungslosigkeit möglich gewesen. Viele Vertreter von staatlichen Institutionen waren allerdings auch bereit, sich der veränderten Situation anzupassen und mit den Tischen zusammenzuarbeiten. Das lief selbstverständlich nicht ohne Konflikte ab. Doch hinterließen viele Staatsfunktionäre einen durchaus pragmatischen wie reformwilligen Eindruck. Außerdem wurden sie sich im Laufe der Zeit darüber im Klaren, dass auch sie nur noch eine Übergangsfunktion innehatten. Die Beschlüsse der meisten Runden Tische erhielten deshalb immer mehr verbindlichen Charakter. Damit ging einher, dass das Auftreten der



Martin Klähn und Francesca Weil in der Diskussion **Rudolf Leppin**

Rundtischteilnehmer gegenüber den staatlichen Institutionen, aber auch gegenüber der Regierung in Berlin spürbar selbstsicherer und fordernder wurde.

Ab Ende Januar 1990 dominierten die Runden Tische zwar das politische Leben in der DDR. Dennoch blieben die realen Möglichkeiten der Kontrolle und Einflussnahme auf Entscheidungen der Räte für eine Reihe von Teilnehmern, vor allem für die Vertreter der neuen Gruppierungen, geringer als erhofft. Sie konnten die umfangreiche Tätigkeit der Räte nicht umfassend kontrollieren und schon gar nicht das gesamte Alltagsgeschäft aller Institutionen. Nicht wenige Möglichkeiten und Aktionen der alten Machtstrukturen blieben für sie undurchschaubar und wenig beherrschbar. Offenbar gab es nur wenige, an den Tischen getroffene Entscheidungen, deren praktische Umsetzung man bis ins Detail hätte nachvollziehen können. Die hauptsächlichsten Ursachen bestanden in dem nicht überschaubaren Ausmaß zu lösender Probleme, im Zeitmangel und nicht zuletzt im Defizit an einer ausreichenden Anzahl kompetenter Fachleute in den neuen Gruppierungen, die eine wirksame Kontrolle auch tatsächlich hätten wahrnehmen können. Viele Mitglieder der neuen Gruppierungen waren „Laien im politischen Geschäft“ und verfügten nicht über das nötige Herrschaftswissen. Eine ganze Reihe von ihnen fühlte sich deshalb, was Sach- und Verwaltungskompetenz anging, den alten Machthabern unterlegen. Aber gemessen an ihren Erfolgen besaßen diese Gremien in aller Unvollkommenheit und Laienhaftigkeit auch etwas Exemplarisches.

Im Verlaufe des Wahlkampfes favorisierten immer mehr DDR-Bürger eine möglichst rasche Wiedervereinigung Deutschlands. Sie wandten sich deshalb vor allem den Politikern zu, die schnell und konsequent auf die Einheit hinarbeiteten. Die in dieser Zeit am Runden Tisch noch agierenden Vertreter leisteten das nicht. Damit hat sich die generelle Kluft zwischen der mobilisierten Bevölkerung und der organisierten Opposition, die sich im Herbst 1989 geschlossen hatte, erneut aufgetan, „denn zu unterschiedlich waren trotz der Übereinstimmung im Demokratisierungsziel inzwischen die Lagebeurteilungen, Interessenlagen und Zukunftsvisionen“. Als der Zentrale Runde Tisch am 12. März 1990 zu seiner letzten Sitzung zusammentrat, hatte er schon längst seine Legitimation durch die Bevölkerung und seine politische Bedeutung verloren. Das zeigte unmissverständlich das Ergebnis der Volkskammerwahl, aus der die Allianz für Deutschland, die auf eine

schnelle Vereinigung setzte, als deutlicher Sieger hervorging.

Die anderen Runden Tische lösten sich ebenfalls nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 bzw. spätestens nach den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 auf. Für den Zentralen Runden Tisch und die Kreis- wie Stadttische hatte die Beendigung ihrer Tätigkeit durchaus ihre Berechtigung, immerhin agierten jetzt demokratisch legitimierte Parlamente, deren Kontrolle durch Runde Tische nicht mehr nötig erschien. Dagegen hatten in den Bezirken aufgrund der zu erwartenden Länderbildung keine demokratischen Wahlen stattgefunden. Die Runden Tische in den Regionen sollten dennoch aufgelöst werden, noch bevor demokratische Wahlen stattgefunden haben und grundlegende Personalentscheidungen für die Apparat und ihre Verwaltungen getroffen werden konnten. Deshalb fühlten sich die meisten Teilnehmer an den Tischen der Bezirke – abgesehen von den Wahlsiegern – auch noch weiterhin als Ansprechpartner für Anliegen von Bürgern und zugleich verantwortlich für die Belange in den Regionen. Doch verließen bereits ab März 1990 die Vertreter der Parteien, welche als Sieger aus der Volkskammerwahl hervorgegangen sind, die Gremien. Außerdem erklärte die Regierung de Maizière, die Arbeit der Runden Tische der Bezirke nicht (mehr) anzuerkennen. Im Frühjahr 1990 verloren die Bezirkstische endgültig an Bedeutung. Bis zu diesem Zeitpunkt waren aber fast alle Runden Tische der Bezirke durchaus noch nicht gewillt, ihre Arbeit einzustellen. Dennoch gaben fast alle Runden Tische der Bezirke ihre Tätigkeit bis Mai 1990 auf. Das ging nicht überall konfliktfrei zu.

Von einem Scheitern der Institution „Runder Tisch“ kann dennoch definitiv nicht die Rede sein. Zum einen war den meisten Teilnehmern von vornherein klar, dass die Gremien in dieser Ausprägung nur zeitweiligen Bestand haben konnten. Zum anderen erwies sich die Tätigkeit an den Tischen für darauf folgende Gremien und ehemalige Mitglieder mitunter als nachhaltig. Eine Reihe von Teilnehmern, die als Abgeordnete in die 1990 gewählten Parlamente vor allem der Kommunen und Länder einzogen, pflegten auch hier zumindest anfänglich einen überparteilich geprägten, verhandelnden Politikstil. Andererseits gibt es (mindestens) ein Beispiel dafür, dass das Verhältnis der Parteien innerhalb eines neuen Parlaments, aber auch die Beziehungen zwischen Parlament und Verwaltung geprägt sein konnten von einem über parteipolitische Interessen hinausgehenden, verhandelnden Politikstil. Diese Form der Kommunalpolitik des Leipziger Stadtparla-



Dr. Francesca Weil **Rudolf Leppin**

ments in den 1990er Jahren wurde mit der Bezeichnung „Leipziger Modell“ zum Begriff.

Außerdem blieb eine Reihe der Runden Tische im vereinigten Deutschland erhalten, zahllose neue kamen hinzu. Letztere beriefen sich mitunter darauf, dass es sich um eine als zweckmäßig erkannte Institution handele, die seit dem Transformationsprozess von 1989/90 in der DDR und anderen mittelosteuropäischen Staaten neue Aktualität gewonnen habe. Sie weisen aber durchaus einen anderen Charakter auf, denn sie verstehen sich nicht wie die Runden Tische von 1989/90 als Transformationsinstrumente, sondern als Institutionen zivilgesellschaftlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagements. Als solche sind sie in eine parlamentarische Demokratie nicht nur integrierbar, sondern für eine bürgernahe und Mitspracherechte gewährende Politik mitunter dringend notwendig.

Der den Runden Tischen anhaftende Mythos entwickelte sich nicht unmittelbar nach der Beendigung ihrer Tätigkeit, sondern erst viele Jahre später. Die in den Revolutionsmonaten empfundene „politische Spiritualität“, die massenhaft erlebte Aufbruchsstimmung und das unglaubliche Gefühl, welches mit der rasanten Entwicklung vieler Menschen zu mündigen Bürgern einherging, konnte in der Folgezeit auch eine gewisse, mitunter nachvollziehbare Verklärung der Tätigkeit an den Runden Tischen nach sich ziehen. Runde Tische, an denen es ausschließlich friedlich und sachlich zugegangen sein soll, sind allerdings eine Legende. Die Gremien stellten keineswegs Beispiele für herrschaftsfreie Diskurse dar, wie dies aus der Rückschau häufig idealisierend und harmonisierend dargestellt wird. Auch hier wurden Kämpfe um politische Macht ausgetragen. Mangelnde Transparenz und Berechenbarkeit bestimmten die Verhandlungen nicht unwesentlich.

Die Runden Tische waren operative Organe, deren Sinn und Zweck darin bestand, das Alltagsleben weitgehend störungsfrei ablaufen zu lassen. Ihnen wurde vor allem eine Kontrollfunktion zugeschrieben, die auch eine neue Qualität von Öffentlichkeit etablierte. Hinzu kamen teilweise auch gewisse Steuerungs- oder Regierungsfunktionen. Immerhin hatten einige der Runden Tische – analog dem Zentralen Runden Tisch – Vertreter als Ratsmitglieder ohne Geschäftsbereich in die regionalen Exekutiven delegiert. Für manchen Teilnehmer waren die Gremien aber auch „nur“ Gesprächsinstrumente, um die Kluft zwischen Politik und Bevölkerung zu überbrücken. Nicht zuletzt hätten sie eine Assistenzfunktion für den Transformationsprozess innegehabt und waren Mittel zur Verhinderung von Gewalt, trugen sie doch durch ihre Mittlerfunktion zwischen alten und neuen Kräften, zwischen den Demonstranten und den Inhabern staatlicher Macht zur Berechenbarkeit der Entwicklungen gerade vor Ort bei.

In den ersten Wochen und Monaten ihrer Existenz stellten sie gewissermaßen die politische Autorität in der DDR dar, denn die alte Autorität war zu großen Teilen weggebrochen und eine neue noch nicht etabliert. Dennoch sprechen manche ehemalige Akteure diesen Runden Tischen im Nachhinein prinzipiell politische Macht oder gar Eigenständigkeit ab. Sie vertreten die Auffassung, Politik sei damals an anderen Stellen gemacht worden. Mitunter verstehen sie die Tische rückblickend sogar „weniger als ein Feigenblatt, sondern mehr als ein Ablenkungsmanöver für die, die im Hintergrund die politischen Strippen gezogen haben“. Ehemaligen politisch

Verantwortlichen sei zwar klar gewesen, dass ihre Zeit vorbei war, aber sie hätten in dieser Zeit noch gerettet, was zu retten gewesen sei. Eine Reihe von Teilnehmern betrachtet deshalb die Funktionen und die Arbeit der Runden Tische rückblickend weniger als Beitrag zur Demokratisierung, sondern eher als demokratischen Lernprozess.

Die Runden Tische waren Kontroll- und Beratungsgremien, aber keine Platzhalter für nachfolgende demokratisch legitimierte Institutionen. Sie begleiteten die Tätigkeit der staatlichen Institutionen, wickelten sie aber nicht ab. Sie arbeiteten weitgehend eigenständig, verfügten realiter aber nicht über Macht und auch nur über weniger Einfluss als erhofft. Dennoch trugen die konkordanzdemokratisch konzipierten Runden Tische ohne Zweifel dazu bei, die Proteste zu kanalisieren und eine gewaltfreie Institutionalisierung der Demokratie zu gewährleisten. Sie gestalteten den Prozess der Befreiung und Demokratisierung in der DDR mit – allerdings in höchst unterschiedlichem Maße. Ihre Anteile an diesem Prozess hingen demzufolge maßgeblich von den jeweils gestellten Zielen, den Herangehensweisen, den konkreten Machtstrukturen und den handelnden Personen vor Ort ab. Es gab – so Uwe Thaysen – offensichtlich viele Wege zur Demokratie und eine „wie auch immer begrenzte Handlungsautonomie der Akteure, die unter jeweils anderen Bedingungen jeweils eigenwillig wahrgenommen wurde“.

Dieser vielfältige Demokratisierungsprozess von unten bestätigt: Zahlreiche sich an den Runden Tischen engagierende DDR-Bürger waren nach Jahrzehnten Diktatur kurzfristig in der Lage, sich eigenständig zu organisieren, Probleme anzusprechen, sachkundig wie sachlich zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen, ohne dass es ihnen – wie jahrzehntelang geschehen – von einer zentralen Stelle offeriert oder gar vorgeschrieben wurde. Tausende DDR-Bürger brachten sich an den Runden Tischen ein – Politik war Bürgersache geworden. Das ist nicht zuletzt Ausdruck einer – bisher zu wenig beachteten und gewürdigten – eigenständigen DDR-Demokratisierung. Selbstdemokratisierung oder „Demokratisierung von unten“ durch Runde Tische fand allerdings nur in der DDR statt; in den anderen ostmitteleuropäischen Staaten gab es neben dem zentralen Gremium nicht auch noch Hunderte lokaler, regionaler und thematischer Tische.



r. Francesca Weil bei ihrem Vortrag **Rudolf Leppin**

Die Tische waren weder Institutionen einer repräsentativen noch – wie häufig deklariert – einer direkten Demokratie, sie arbeiteten jedoch mit basisdemokratischen Elementen. Die allerwenigsten Teilnehmer verstanden sie damals als Institutionen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Heute steht dagegen fest, dass 1989/90 auf ostdeutschem Boden fast ein halbes Jahr zivilgesellschaftliche Selbststeuerung durch Runde Tische und Bürgerkomitees praktiziert worden ist. Die Runden Tische von 1989/90 gehören deshalb nicht nur zur Tradition der seit dem 19. Jahrhundert gepflegten round-table talks, sondern und in erster Linie zur Tradition des sich im 20. Jahrhundert entwickelnden zivilgesellschaftlichen Engagements. Als Wegbereiter von Systemwandel und -wechsel stellen die Gremien von 1989/90 im Vergleich zu allen Runden Tischen bisher allerdings ein einmaliges Phänomen in der Geschichte dar.

Belege, Fußnoten, Literatur- und weitere Hinweise können in folgender Publikation nachgelesen werden: Francesca Weil, *Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR*, Göttingen 2011. V&R unipress GmbH.

Kon- trollierte

**Freiräume. Das Kabarett in der DDR
zwischen MfS und SED¹**

Dr. Christopher Dietrich

Dr. Christopher Dietrich hat zum Thema „Kontrollierte Freiräume. Das Kabarett in der DDR zwischen MfS und SED“ promoviert und betreibt zusammen mit Erik Raab das politisch-satirische Kabarett Dietrich & Raab.

Kabarets gehörten zu den wenigen öffentlichen Orten in der DDR, an denen kritische Auseinandersetzungen mit bestehenden Problemen im Land geführt und erlebt werden konnten. Vor allem in den 1970er und 1980er Jahren war die Kartennachfrage daher deutlich höher als das Angebot. Zugleich wurden Kabarettensembles staatlich gefördert und Neugründungen forciert. Trotz der bestehenden Freiräume unterlag die Arbeit der Kabarets zahlreichen Einschränkungen und Kontrollen. Die SED-Kulturpolitik stand vor der selbst gestellten Herausforderung, die künstlerischen Ergebnisse in ihrem Sinne zu beeinflussen, ohne das Genre damit grundsätzlich in Frage zu stellen.

Die Kabarettlandschaft in der DDR war durchaus vielfältig. Ende der 1980er Jahre gab es zwölf Berufensembles, von denen zehn eigene Spielstätten besaßen, sowie gut 350 spielfähige Amateurkabarets. Freiberufliche Kabarettisten wurden hingegen nur in wenigen Ausnahmefällen zugelassen. Hinzu kamen kirchliche Laienkabarets und Gruppen, die sich nicht in die offiziellen Strukturen des „künstlerischen Volksschaffens“ integrierten und zum Teil unter konspirativen Bedingungen auftraten. In allen Zweigen des Kabarets sind unterschiedliche Verfahren und Schwierigkeiten der kulturpolitischen Kontrolle festzustellen, die wiederum die Aufgabenschwerpunkte der Staatssicherheit beeinflussten.

Die Funktion der politischen Satire in der DDR wurde 1956 vom ZK der SED erstmals definiert und bis 1966 in mehreren literatur- und gesellschaftswissenschaftlichen Abhandlungen theoretisch fundiert. Das wichtigste Angriffsziel der satirischen Kunst hatte demnach der Klassenfeind zu sein. Probleme innerhalb der eigenen Gesellschaft sollten hingegen nur dann kritisiert werden, wenn sie durch rückständiges Denken oder Einflüsse des Gegners entstanden waren. Diese Postulate blieben bis zum letzten Jahrzehnt der DDR unverändert, obwohl die künstlerische Realität vielfach von ihnen abwich. So ließen sich typische Kabarettthemen wie Mangelwirtschaft, DDR-Medien oder Bürokratie nicht allein auf das Fehlverhalten Einzelner reduzieren. Die ungeliebten „Westnummern“ gegen den Klassenfeind wurden sehr bald auf ein Minimum beschränkt. In einer Art stillschweigender Übereinkunft akzeptierten Kulturpolitik und Künstler die stetig zunehmende Diskrepanz zwischen offiziellem Kabarettverständnis und tatsächlicher Bühnenpraxis.

Die Tabuisierung gesellschaftlicher Grundsatzfragen führte dennoch zur Ausprägung eines charakteristischen ostdeutschen Kabarettstils, der besonders stark durch Anspielungen und gleichnishafte Bezüge gekennzeichnet war. Die Verschlüsselung der Aussagen war allerdings so konstruiert, dass alle Rezipienten sie möglichst im gleichen Moment dekodierten – und gemeinsam lachten. Anders als häufig angenommen, war diese Methode daher zumeist nicht dazu geeignet, die Zensoren zu überlisten, sondern den in ihren ideologischen Überzeugungen und machtpolitischen Zwängen verhafteten Entscheidungsträgern die Genehmigung der Texte zu erleichtern.

Einheitliche Kontrollverfahren oder zentrale Zensurbehörden existierten für den Bereich des Kabarettstils nicht. Sowohl die Berufs- als auch die Amateurensembles befanden sich in einem komplexen Netz institutioneller Zu-



Dr. Christopher Dietrich **Rudolf Leppin**

ständigkeiten. Für die Berufshäuser waren je nach Trägerschaft die Stadträte oder die Bezirksräte für Kultur sowie die entsprechenden SED-Leitungen verantwortlich. Die Laienkabarets waren in der Regel an Trägerinstitutionen (Betriebe, Hochschulen, Kulturhäuser) gebunden, die die Programme genehmigten. Für Auftritte außerhalb ihrer Trägereinrichtungen benötigten sie zudem die „Einstufung“ durch eine regionale Fachjury.

Da die Kulturverantwortlichen über keine praxistauglichen Grundlagen für die Bewertung von Programmen verfügten, kam es innerhalb der DDR zu erheblichen Unterschieden im Hinblick auf Ausmaß und Strenge der Zensur. Bei vielen umstrittenen Programmen wird deutlich, dass sich auch die Auffassungen der zuständigen Kulturverantwortlichen bisweilen diametral gegenüberstanden. Programmverbote sollten aufgrund ihrer negativen öffentlichen Wirkung vermieden werden. Künstler und Funktionäre hatten somit gleichermaßen Interesse am Zustandekommen einer Premiere. Zensurenentscheidungen waren wiederum oft nur teilweise durch die Programminhalte begründet, sondern hingen maßgeblich von den beteiligten Persönlichkeiten und der aktuellen politischen Lage ab. Die wesentliche Aufgabe des Ministeriums für Staatssicherheit bestand wiederum darin, das fragile Verhältnis zwischen Künstlern und Funktionären zu stabilisieren.

Die Staatssicherheit akzeptierte die Freiräume, die die Kabarets in der DDR besaßen. Die Einschätzung der Programme überließ sie in der Regel den offiziellen kulturpolitischen Strukturen. Das MfS konzentrierte sich vor allem auf die politische und persönliche Zuverlässigkeit der Ensemblemitglieder („Wer ist wer?“-Aufklärung), um rechtzeitig Personen zu identifizieren, bei denen das Risiko bestand, dass sie die ungeschriebenen Regeln der politischen Kontrolle untergruben und somit Einigungsprozesse gefährdeten. Dies konnte zum Beispiel geschehen, wenn Künstler bewusst Änderungsvorgaben missachteten und es auf einen Premierenskandal ankommen ließen.

Im Vergleich zur Literatur maß die Staatssicherheit dem Bereich des Kabarets ein deutlich geringeres Gefahrenpotenzial bei. Als Hort potenzieller Oppositioneller betrachtete sie die Ensembles nicht. In der Tat befand sich die Mehrheit der Berufs- und Amateurkabarettisten auch nicht im Widerspruch zur sozialistischen Gesellschaftsordnung. Nur wenige Kabarets unterlagen dauerhaft einer intensiven Überwachung. So arbeitete das MfS in den meisten Häusern lediglich mit ein bis zwei inoffiziellen Quellen zu-

sammen. Selbst in bekannten Kabaretts wie der Herkuleskeule aus Dresden oder der Leipziger Pfeffermühle waren viele Jahre lang keine IM/GMS tätig. Typisch waren lang anhaltende Perioden defensiver Überwachung, die von kurzen Zeitabschnitten hoher geheimpolizeilicher Aktivitäten unterbrochen wurden. Häufig scheiterte daher die „vorbeugende Verhinderung“ von Konflikten und öffentlichen Eklats durch das MfS. Die Tätigkeit der Staatssicherheit gewann an Gewicht, je geringer die Kontrollmöglichkeiten der Kulturpolitik waren. So ging die Geheimpolizei bei den subkulturellen und kirchlichen Gruppen konsequent mit Kriminalisierungsstrategien und „Zersetzungmaßnahmen“ vor.

Umstritten ist die Frage, warum der SED-Staat diese Kunstform überhaupt zuließ und trotz aller Konflikte förderte. Vielfach wird die Auffassung vertreten, die Kabaretts seien in der DDR wegen ihrer „Ventil-Wirkung“ akzeptiert worden. Bislang konnte allerdings kein Beleg gefunden werden, dass es tatsächlich eine entsprechende kulturpolitische Strategie gab. Sie bestand vielmehr in der immer diffuser werdenden Zielsetzung, das Kabarett als Erziehungsinstrument zu nutzen, womit nicht ausgeschlossen ist, dass eine „Ventil-Wirkung“ gleichwohl erzielt wurde. Die steten Veränderungen unterworfenen kabarettistischen Freiräume wurden nicht einfach durch die Obrigkeit verordnet, sondern waren Ergebnisse vielfältiger und republikweit unkoordinierter Aushandlungsprozesse.

Anmerkung

1 Die gleichnamige Dissertation erscheint im Frühjahr 2015 im bebra-Wissenschaftsverlag.

Von der Repression

**zur Mündigkeit. Die DDR-Gefängnisse
im Herbst 1989 als Spiegel der Gesellschaft**

Dr. Birger Dölling

Dr. Birger Dölling ist Jurist. Er hat an der Humboldt-Universität zu Berlin Rechtswissenschaft mit den Schwerpunkten Kriminologie und Strafvollzug studiert. Seit 2009 ist er am Landgericht Berlin als Richter tätig.

1. Strafvollzug in den 80er Jahren

Der Strafvollzug hatte in der DDR erhebliche Bedeutung als disziplinierende Institution. Nur zwei Vergleiche mögen dies verdeutlichen. Gab es in der BRD Ende der 80er Jahre relativ zur Einwohnerzahl etwa dreimal so viele Straftaten wie in der DDR, so war das Verhältnis bei den Gefangenen nahezu umgekehrt: kam in der BRD ein Strafgefangener auf 1.500 Einwohner, so saß in der DDR jeder 670. Einwohner im Gefängnis. Die DDR war damit im Wortsinn ein Land der vielen Gefangenen. Verantwortlich dafür war eine rigide Strafpolitik, in der lange Freiheitsstrafen eine überragende Rolle spielten. Sie wurden gegen Gewaltverbrecher und Wiederholungstäter verhängt, genauso aber gegen Republikflüchtlinge und „Asoziale“ – dort in den 80er Jahren in vier von fünf Fällen.

Der repressive Ansatz des Strafrechts setzte sich im Strafvollzug fort. Absolute Disziplin stand im Mittelpunkt des Tagesablaufs. Die Gewöhnung an unbedingte Regeleinhaltung hielt man für die beste Gewähr für ein straffreies Leben – ein Irrglaube, der Ende der 80er Jahre auch in der DDR-Wissenschaft verhalten kritisiert wurde. In der Praxis bewirkte das antiquierte Vollzugsmodell das Gegenteil: die Entwöhnung von jeglicher Verantwortung, damit einhergehend eine Entgrenzung und häufig schnelle Rückfälligkeit nach der Strafentlassung. Eine Resozialisierung fand in den Gefängnissen faktisch nicht statt: ein „Erzieher“ war für 80 bis 120 Gefangene zuständig, und für den gesamten DDR-Strafvollzug mit über 31.000 Gefangenen gab es zuletzt nur 26 Psychologen.

Prekär waren auch die baulichen Verhältnisse. Bröckelnder Putz und rostende Gitter, abblätternde Farbe und zersprungene Scheiben, undichte Abflussrohre und veraltete Heizungsanlagen boten allenthalben ein Bild der Trostlosigkeit. Nur ein Fünftel der Gefängnisse waren nach 1945 errichtet worden, auch von ihnen einige ursprünglich nur provisorisch in Barackenbauweise. Die ältesten Gebäude gingen in ihren Grundmauern bis auf das 12. Jahrhundert zurück. Hinzu kam vielerorts eine dauerhafte Überbelegung: in Bützow saßen vor der Wende 985 Gefangene statt planmäßig bis zu 710 ein. In Brandenburg mussten sich bis zu 16, Anfang der 80er Jahre teilweise 20 Gefangene die für 12 Mann ausgelegten Gemeinschaftszellen teilen.

Am einschneidendsten aber war die Rechtlosigkeit der Gefangenen. Zwar

herrschte zuletzt nicht mehr absolute Willkür wie in den 50er und 60er Jahren. Aber gegen Vollzugsmaßnahmen gab es weiterhin keinerlei Rechtsschutz, keine Beschwerdemöglichkeit bei einer unabhängigen Instanz. Die Gefangenen waren für ihre Bedürfnisse auf den guten Willen der Bediensteten angewiesen, andererseits deren Misshandlungen und Schikanen schutzlos ausgesetzt. Für Bedienstete gab es praktisch kein Verfolgungsrisiko. Anhand von MfS-Unterlagen lässt sich belegen, dass Misshandlungen systematisch vertuscht wurden, um das Bild des Strafvollzugs in der Öffentlichkeit nicht zu beschädigen und dem „Klassenfeind“ keine Angriffsfläche zu bieten. So konnte es geschehen, dass in Bützow Schläge mit dem Gummiknüppel oder der Faust, Arrest in Dunkelzellen, Hundeangriffe und Schikanen wie der „Kreidekreis“ ungeahndet blieben: als Strafe bei Arbeitsverweigerungen oder anderen Unbotmäßigkeiten mussten Gefangene stundenlang mit Handschellen gefesselt in einem mit Kreide aufgemalten, 50 Zentimeter großen Kreis stehen, jeder Tritt über den Kreis konnte mit Arrest oder Schlägen bestraft werden.

2. Die Wende in den Gefängnissen

Im Oktober 1989 geriet das straffe System von Disziplinierung und Zwang



Dr. Birger Dölling **Rudolf Leppin**

ins Wanken: die Gefangenen beehrten auf, verlangten Gespräche mit Anstaltsleitungen, Kirchenvertretern und mit der Presse, die Öffentlichkeit drang in die bislang streng abgeschotteten Gefängnisse ein. Ende November 1989 gab es in vielen DDR-Gefängnissen große oder geschlossene Hunger- und Arbeitsstreiks, Dachbesetzungen, Gewaltausbrüche. Die Gefangenen fanden zu einer Stimme und forderten eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, zuletzt auch: Amnestie. Wie konnte es dazu kommen?

Um den 7. Oktober 1989 herum kam es in allen größeren Städten der DDR zu Demonstrationen. Anfangs ging es den Menschen vor allem darum, die DDR zu verlassen: sie versuchten die Sonderzüge der Botschaftsflüchtlinge zu stürmen, die in den ersten Oktobertagen aus Prag offiziell in die Bundesrepublik ausreisen durften. Am Dresdner Hauptbahnhof kam es zu Ausschreitungen. Die Staatsmacht reagierte rücksichtslos: hunderte Menschen wurden „zugeführt“, unter ihnen auch zufällige Passanten und Reisende, in Zuführungspunkte und später in das Gefängnis in Bautzen gebracht. In den folgenden Tagen setzte sich die Gewalt gegen die Demonstranten fort, obwohl die Demonstrationen inzwischen ihren Charakter völlig verändert hatten: die Menschen, die am Rande des „Republikgeburtstags“ friedlich protestierten, wollten die DDR weder verlassen noch abschaffen, ihnen ging es um demokratische Freiheiten, Umweltschutz, Abrüstung. Dennoch wurden auch sie zu Hunderten festgenommen, auf Lkws geprügelt und in Polizeikasernen und Gefängnisse gebracht. Dort setzten sich die Misshandlungen und Schikanen fort. Erstmals gerieten bislang unbescholtene Menschen in den Strafvollzug und erlebten eine Atmosphäre, in der sie, wie sie später berichteten, Angst um ihr Leben hatten. Es kann nicht überraschen, dass sie danach in den Gefängnissen alles für möglich, jeden Gefangenen für ein potentielles Opfer des alten Systems hielten.

Diejenigen unter den Ausreisewilligen wiederum, die es nicht bis nach Prag geschafft hatten, sondern im Grenzvorland festgenommen worden waren, saßen als Untersuchungshäftlinge in den überfüllten Haftanstalten ein und brachten Unruhe unter die Gefangenen: sie hatten Informationen von draußen, die die Häftlinge aus dem „Neuen Deutschland“ nicht erhalten konnten. Die nahmen sich an den Umwälzungen vor den Gefängnismauern, von denen sie nun erfuhren, ein Beispiel: sie schlossen sich zusammen und forderten in Flugblättern den Dialog mit den Gefängnisleitungen,

bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, besseres Essen, Abschaffung der Schikanen und Politschulungen und stattdessen Transparenz auch im Strafvollzug. Die Republikflüchtlinge dagegen verlangten mit Flugblattaktionen und Hungerstreiks ihre Ausreise. Selbst als die DDR-Führung am 27. Oktober 1989 mit einer Amnestie alle Republikflüchtlinge und „Demonstrationsstraftäter“ straffrei stellte, beruhigte das die Lage nicht, im Gegenteil: diejenigen, die ausreisen wollten, wehrten sich gegen ihre Entlassung in die DDR, und kriminelle Gefangene, die von der Amnestie nicht profitierten, fühlten sich ungerecht behandelt.

Das Fass zum Überlaufen brachten die Enthüllungen über Amtsmissbrauch und Vetternwirtschaft in der alten Staats- und Parteiführung. Am 24. November 1989 konnten Journalisten erstmals die Politbürosiedlung in Wandlitz besichtigen. Tags darauf brachten Presse und Fernsehen Bilder von den biedereren, aber für DDR-Verhältnisse luxuriösen Lebensverhältnissen der obersten Riege des Staates. Am 1. Dezember berichtete Heinz Toeplitz, früher Präsident des Obersten Gerichts der DDR, in der Volkskammer vor laufender Fernsehkamera über die Ermittlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu Amtsmissbrauch und Korruption. Er sprach von der Veruntreuung von Staatsgeldern, privatem Hausbau mit staatlichen Baukapazitäten, den ausgedehnten Jagdgebieten für Parteikader und die Spitzen der bewaffneten Organe und vielem mehr. Die Gefangenen waren empört: die korrupten Altfunktionäre waren in Freiheit, während sie selbst, die nach ihrer Auffassung viel geringere Taten begangen hatten, weiter einsitzen mussten.

Noch am selben Tag eskalierte die angespannte Lage in den Gefängnissen. In Brandenburg schloss sich bis zum Nachmittag fast die Hälfte der über 2.000 Gefangenen einem Arbeitsstreik an. Am Abend durften erstmals in der Nachkriegsgeschichte Medienvertreter das Gefängnis betreten, und etwa 100 Gefangene konnten in einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz ihr Forderungsprogramm vortragen: neben einem Abbau der Überbelegung und einer Verbesserung der Lebensbedingungen in der Anstalt erstmals auch eine umfassende Amnestie. Auch in Bautzen, Schkeuditz und vielen anderen Gefängnissen traten die Gefangenen teils geschlossen in den Streik. Anfang Dezember beteiligten sich etwa ein Drittel der DDR-Häftlinge an den Aktionen, allein in Bützow über 800 und damit fast alle Insassen. Die Situation war hochbrisant: eine vergleichsweise geringe Zahl

Bediensteter, noch dazu verunsichert durch die Oktoberereignisse, für die erste Staatsbedienstete sich verantworten mussten, bewachte eine Überzahl Gefangener in überfüllten Zellenhäusern. Was sollte man bei einer Meuterei tun? Musste man bei einem Gewalteintritt jetzt auch mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen? Am 3. Dezember stellte das Innenministerium quasi ultimativ fest: „Mit gewaltsamen Ausbrüchen ist zu rechnen. Zu entscheiden wäre, ob die Ordnung und Sicherheit in den StVE [Strafvollzugseinrichtungen] unter allen Umständen und bei Gewalthandlungen (Ausbrüche, Geiselnahme) auch unter Anwendung aller gesetzlich zulässigen Mittel bis zum Einsatz der Schußwaffe aufrecht erhalten werden soll bzw. wie auf die nachdrücklich vorgebrachten Forderungen zu reagieren wäre.“

Es ging dem Innenministerium wohl nicht ernsthaft darum, das Placet für eine blutige Niederschlagung der Proteste zu erhalten. Das hätte bei der großen Medienaufmerksamkeit, die die Gefängnisse inzwischen auf sich gezogen hatten, in einem politischen Desaster enden müssen. Eher spricht aus diesen Worten die Ratlosigkeit angesichts einer völlig ungewohnten Situation: die Gefangenen verfolgten nicht mehr nur Einzelinteressen, sondern fanden zu einer einheitlichen Stimme. Sie schlossen sich in Gefangenenräten und Streikkomitees zusammen und trugen geschlossen ihre Forderungen vor. Das Ministerium und die Leitungen und Bediensteten vor Ort hatten schlicht die Kontrolle über die Gefangenen verloren.

In dieser Situation legten Innen- und Justizminister und die Generalstaatsanwaltschaft dem Staatsratsvorsitzenden einen Entwurf für eine zweite, umfassende Amnestie vor, die der Staatsrat am 6. Dezember nur leicht abgeändert verabschiedete: alle Gefangenen mit Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren, ausgenommen schwere Gewalttäter, wurden bis Mitte Februar 1990 aus den Haftanstalten entlassen. Insgesamt kamen so knapp 17 000 Menschen, fast zwei Drittel aller zu Amnestiebeginn noch Einsitzenden in Freiheit. Allein der Umfang der Amnestie wirft ein Schlaglicht auf die rigide Strafpraxis der 80er Jahre: offenbar war es möglich, einen großen Anteil der zu Freiheitsstrafen Verurteilten zu entlassen, ohne dass die Sicherheit der Gesellschaft dadurch ernsthaft gefährdet wurde. Zugleich macht die pauschale Grenzziehung bei einem Strafmaß von drei Jahren deutlich, dass es nicht um die Herstellung von Gerechtigkeit ging, sondern um die Entspannung der unbeherrschbaren Lage in den Gefängnissen. Die protestierenden Gefangenen hatten, wie der amtierende Generalstaatsanwalt Ende Januar

in einem Bericht an die Volkskammer einräumen musste, den Staat faktisch erpresst.

Groß war die Enttäuschung unter denjenigen, die von der Amnestie nicht begünstigt waren. Bei ihnen handelte es sich nicht nur um Schwerverbrecher: vor allem Wiederholungstäter, die vielfache Diebstähle oder Einbrüche begangen hatten, waren aufgrund der Rückfallregelungen im DDR-Strafgesetzbuch zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden und fielen damit aus der Amnestieregelung heraus. Der Strafvollzug kam deshalb auch nach der Amnestie vom 6. Dezember 1989 nicht zur Ruhe. In Bützow forderten noch am 7. Dezember Gefangene eine Unterbrechung des Fernsehprogramms, um ihre Forderungen vortragen zu können; außerdem sollten 20 von ihnen entlassen werden, um barfuß einen Protestmarsch nach Berlin zu unternehmen. Würde dem nicht stattgegeben, drohten sie Selbstmord an. Was im Nachhinein eher befremdlich anmutet, lässt die Verzweiflung erahnen, die in den Tagen nach der Amnestie unter den nicht begünstigten Gefangenen herrschte. Erst im Laufe des Jahres 1990 wurden viele von ihnen durch Begnadigungen und Bewährungsentscheidungen entlassen. Im September 1990 brachte eine letzte Amnestie allen Gefangenen eine Strafermäßigung um ein Drittel.

In den Haftanstalten hatten unterdessen die weiteren Forderungen der Gefangenen Erfolg. Die rigiden Verhaltens- und Sicherheitsvorschriften wurden gelockert, wobei vielfach die zentralen Weisungen aus dem Innenministerium der Wirklichkeit hinterherhinkten. Einige Freiheiten nahmen die Gefangenen sich einfach heraus, andere gewährten ihnen die Bediensteten vor Ort. Zwangsjacke und Dunkelarrest wurden abgeschafft, Zellentüren und Zwischengitter blieben häufig offen, der Wachhundeeinsatz wurde, auch im Interesse der unter dem ständigen Gebell leidenden Anwohner, eingeschränkt. Die Freistunde wurde freiwillig, aktuell-politische Gespräche fanden nicht mehr statt, und die Gefangenen durften Radios und teils auch Fernseher auf ihren Zellen benutzen. Bürgerinitiativen spielten eine wichtige Rolle bei der Betreuung der Insassen, und Gefangenenräte hatten sich fest etabliert. Gefangenenrechtler aus der Bundesrepublik äußerten sich noch kurz vor der Wiedervereinigung anerkennend über das, was die DDR-Häftlinge in nur einem Jahr erreicht hatten.

3. Fazit

Ein Staat, in dem Gefangene nicht nur solche Freiheiten in den Haftanstalten, sondern auch weitgehende Amnestien erzwingen konnten, musste schwer in seiner Autorität getroffen sein. Sicher erscheint manches von dem, was den Insassen der DDR-Gefängnisse zwischen Herbst 1989 und Herbst 1990 gewährt wurde, heute übertrieben und auch dem Zweck der Freiheitsstrafe nicht angemessen. Dennoch spiegelten die Gefängnisse die DDR im Kleinen. Denn die Gefangenen wollten letztlich nur das, was alle wollten: Freiheit. Und Freiheit, das war für sie nicht nur ein Leben außerhalb der Mauern, so wie es für viele andere DDR-Bürger nicht nur die Möglichkeit zum Reisen war. Freiheit bedeutete ein Ende der allgegenwärtigen Bevormundung und Reglementierung des persönlichen Lebens, es bedeutete die Zurückweisung des Erziehungsanspruchs eines Staates, der sich anmaßte, zu bestimmen, was das Glück des Einzelnen war. Das war im DDR-Strafvollzug im „wunderbaren Jahr der Anarchie“ (Christoph Links) zu beobachten: die Menschen eroberten sich Stück für Stück ihre Autonomie zurück. Die Autonomie, die ein autoritärer, zum Selbstzweck gewordener Staat ihnen genommen hatte.



Eckart Schörle, LpB, in der Diskussion mit Dr. Dölling (r.) **Rudolf Leppin**

Die Häft- lingsrevolte

in **Bützow Ende 1989**

Dr. Martin Handschuck

Dr. Martin Handschuck ist promovierter Historiker der Universität Rostock und heute bei der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern e.V. tätig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte ehemalige Häftlinge!

Als ich vor einiger Zeit die Anfrage erhielt, hier und heute vor Ihnen zu sprechen, war ich schon einigermaßen überrascht. Meine Arbeiten über den Strafvollzug in Bützow, genauer gesagt über die Jahre 1945 bis 1990, lagen schon über zehn Jahre zurück. Überdies arbeite ich selbst seit geraumer Zeit nicht mehr auf dem Berufsfeld des Historikers. Dennoch hat mich das Thema „Strafvollzug in Bützow“ eigentlich nie so richtig losgelassen. Es war zum einen die Erinnerung an die spannenden Recherchen, die mich auch hinter die Mauern eines der ältesten Gefängnisse in Norddeutschland führten. Andererseits war es die Erinnerung an die Gespräche mit ehemaligen Häftlingen, in denen sich die Tragik des persönlichen Schicksals offenbarte. Darüber hinaus interessierten sich mehrere jüngere Historiker für das von mir gewonnene Quellenmaterial und seine Verarbeitung, die sie für eigene Projekte zu den unterschiedlichen Facetten des DDR-Strafvollzuges nutzten. Gerade der letzte Punkt verdeutlichte mir, dass nach wie vor ein hohes Interesse an der Aufarbeitung damaliger Vorgänge vorherrscht, so dass ich nach nur kurzem Überlegen für den heutigen Vortrag zusagte.

Bestärkt wurde ich in meiner Zusage von Heiko Lietz, dem ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich meinen Dank aussprechen möchte. Herr Lietz war in den Dezembertagen 1989 ein wichtiger Zeitzeuge in Bützow und hat mir seine Erinnerungen daran bereitwillig zur Verfügung gestellt. Mit seiner bewegenden Schilderung bereicherte er meine bisherigen Erkenntnisse zum Vortragsgegenstand ungemein, so dass ich Ihnen diese später in einigen Momenten nicht vorenthalten will. Doch genug der Vorrede.

Die Strafvollzugseinrichtung (StVE) Bützow war eines der berüchtigtsten Gefängnisse auf dem Boden der ehemaligen DDR. Große Teile der Bausubstanz stammten noch aus dem 19. Jahrhundert. Vor Ort herrschten bis in die 1980er Jahre Bedingungen vor, die mit einem modernen Strafvollzug nicht vereinbar waren. Allzu häufig war die Haftanstalt überbelegt, so dass es nicht selten vorkam, dass 20 Gefangene sich eine Zelle teilen mussten, die eigentlich für sechs Insassen vorgesehen war.¹

Weitaus schlimmer empfanden die ehemaligen Gefangenen jedoch das Haftregime. In den 1950er Jahren war dies untrennbar mit dem Namen Fritz Ackermann, dem damaligen Anstaltsleiter, verbunden – einem Menschenhinder, der sich später nach seiner Versetzung nach Brandenburg auch dort einen zweifelhaften Ruf erwarb.² Die Haftbedingungen verbesserten

sich zwar auch in Bützow im Laufe der Zeit. Dennoch kennzeichnet der Name für die Hafteinrichtung, den ihr die Gefangenen verliehen hatten, eindrucksvoll, welche Bedingungen potenzielle Insassen vor Ort erwarten würden: „Weiße Hölle“! Das „Weiß“ hatte im Übrigen im Außenanstrich weiter Teile der Gefängnisbauten seinen Ursprung.³

Diese „Hölle“ war von den sich schon 1988 abzeichnenden politischen Veränderungen jedoch anfänglich nahezu unberührt. Bei Besuchen waren Gespräche über den Machthabern unliebsame Themen natürlich untersagt. Dennoch gelangten sukzessive Informationen über die reale Lage auch hinter die Haftmauern. Verantwortlich hierfür war der nicht abreißende Strom neu eingelieferter Gefangener. Im März 1988 sah sich deshalb die Schweriner Bezirksdirektion der Volkspolizei (BDVP), Vorgesetzter des Bützower Vollzugspersonals, zum Handeln gezwungen.

Auszüge aus einem Telegramm der BDVP vom 30. März: „Feindlich negative Kräfte unter Verhafteten und Strafgefangenen, insbesondere Antragsteller auf Übersiedlung, versuchen auch unter den Bedingungen des Freiheitsentzuges weiter tätig zu sein. Durch handgeschriebene Hetzzettel u.a. Methoden versuchen sie, sowohl innerhalb der Einrichtungen als auch nach außen auf sich aufmerksam zu machen. Dabei werden die Möglichkeiten des Arbeitseinsatzes ausgenutzt, um über den Weg der Produkte und Fertigerzeugnisse nach außen öffentlichkeitswirksam zu werden; besonders benutzt werden Erzeugnisse, die sofort in den Handel gehen.“⁴

Es wurde angewiesen, den Arbeitseinsatz von Gefangenen, „deren feindlich negative Einstellung bekannt ist“, noch akribischer zu kontrollieren und gegebenenfalls Umbesetzungen vorzunehmen. Sollte die strikte Überwachung nicht zu gewährleisten sein, sollte die Produktion einzelner Erzeugnisse sogar ganz eingestellt werden. Die Bützower VP-Angehörigen kamen den Anweisungen natürlich willfährig nach. Auch die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit intensivierten ihre Tätigkeit hinter den Haftmauern, wie es mehrere sogenannte Operative Vorgänge und Personenkontrollen anschaulich belegen.⁵ Dennoch gab es auch in Bützow erste ernstzunehmende Krisenerscheinungen.

Ende Juni 1989 gab es den ersten belegten Hungerstreik seit Jahrzehnten. Zwei Häftlinge wollten auf diese Weise ihre Verlegung aus Bützow in ein

anderes Gefängnis erzwingen. Erst nach zehn Tagen gaben sie auf. Die Staatsmacht beantwortete die Aktion mit unerbittlicher Härte. Die beiden Gefangenen wurden mit zehn bzw. 21 Tagen Arrest bestraft.⁶ Im Vorfeld des 40. Jahrestages der DDR spitzte sich die Situation immer weiter zu, wie es aus einer internen Mitteilung der BDVP selbst hervorgeht: „Die gegenwärtige Lage ist gekennzeichnet durch eine Zunahme gegnerischer Tätigkeit, was sich besonders im öffentlichen Herabwürdigen der DDR bzw. von Funktionären sowie im Ansteigen von Widerstandsdelikten zeigt.“⁷ In logischer Konsequenz wurde die Sicherung der StVE im Herbst 1989 enorm verstärkt. Wie alle Haftanstalten der DDR wurde auch Bützow zu einer „Insel“ im untergehenden Staat. Die ersten öffentlichen Demonstrationen in der Stadt Bützow im November hatten dann aber auch ihre Auswirkungen auf das nahegelegene Gefängnis.⁸ Nach dem Fall der Mauer traten sie dann an einer Stelle unmittelbar zutage, wo man es vielleicht nicht unbedingt erwartet hätte. Etliche Strafvollzugsbedienstete wollten nach dem 9. November wie andere DDR-Bürger auch dem sogenannten „Westen“ einen Besuch abstatten. Dies blieb ihnen wie ihren Angehörigen auf Anweisung der BDVP jedoch weiterhin offiziell verwehrt. Enttäuscht darüber, begannen sich einige intensiver mit den politischen Vorgängen auseinanderzusetzen. So berichtete es jedenfalls die Bützower Leitung an die Vorgesetzten in Schwerin.⁹ Einige Bedienstete gingen sogar noch weiter. Am 17. November äußerten sie angesichts der „angespannten Lage“ ihr Unverständnis über eine bevorstehende Kontrolle des Gefangenenbestandes.¹⁰ An diesem Tag waren sieben Gefangene in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, um ihre Amnestie zu erwirken.¹¹

Bis dahin war die Stimmung unter den Insassen der Bützower StVE eher ruhig gewesen. Mutmaßlich wollten die meisten von ihnen mit dieser Haltung eine in Aussicht stehende vorzeitige Entlassung nicht gefährden. Es war allerdings nur die Ruhe vor dem Sturm! Der Hungerstreik vom 17. November löste eine Reihe von Aktionen und Protesten der Häftlinge aus. Am 20. November wurde dem Wachpersonal eine von 300 Gefangenen unterschriebene Resolution übergeben, die Forderungen nach umfangreichen Reformen im Strafvollzug enthielt. Der Leitung der Haftanstalt wurde bis zum 24. November ein Ultimatum gestellt, die Forderungen zu erfüllen.¹² Nur einen Tag nach der ersten Resolution kursierte hinter den Mauern eine Eingabe an den Generalstaatsanwalt der DDR, die 150 Insassen unterschrieben hatten.¹³ Darüber hinaus gingen jetzt etliche Häftlinge dazu über,

die Anweisungen des Vollzugspersonals gezielt zu unterlaufen. Die leitenden Offiziere versuchten den Ereignissen zunächst in der üblichen Weise zu begegnen. Als am 24. November 150 Gefangene zur Unterstützung ihrer Forderungen die Arbeit verweigerten, wurde der Vorgang als „Meuterei“ eingestuft und derart nach Schwerin gemeldet.¹⁴ Disziplinarmaßnahmen unterblieben jedoch erstmals, was die Häftlinge in ihrem weiteren Handeln motivierte. Unter dem Personal zeigten sich zum gleichen Zeitpunkt erste Auflösungserscheinungen. So erklärte am 21. November ein Offizier des Medizinischen Dienstes öffentlich seinen Austritt aus der SED.¹⁵ In den nächsten Tagen verließen weitere Bützower Bedienstete die ehemalige Staatspartei und ihre angeschlossenen Organisationen.¹⁶

Wie angespannt die Situation vor Ort gewesen sein muss, verdeutlichen die Erinnerungen von Heiko Lietz. Ende November suchte ihn im Güstrower Regionalbüro ein vorgeblicher Arzt aus der Haftanstalt auf. Der sich als Oberstleutnant Kraak vorstellende Herr interessierte sich sehr für die Ideen des Neuen Forums. Vielleicht wollte er sich aber auch die Unterstützung des 1. Sprechers des Neuen Forums für die Region Güstrow in dem sich abzeichnenden Umbruch auch in der StVE sichern. So oder so bekam Heiko Lietz interessante Einblicke in das Innenleben des Bützower Gefängnisses.



Dr. Martin Handschuck **Rudolf Leppin**

Beide Herren verabredeten eine erneute Zusammenkunft für den 7. Dezember, zu der es allerdings nie kommen sollte.¹⁷

Am 1. Dezember hatte die Leitung der StVE einzelnen Forderungen der Gefangenen zunächst verbal zu gestimmt. Dabei ging in erster Linie um humanitäre Belange:

- die Unterbringung der Gefangenen sollte endlich entsprechend der vorgeschriebenen TGL (Luftraum) vorgenommen werden – somit hätten sich nur 800 statt der tatsächlich über 1000 Häftlinge in Bützow befinden dürfen;
- Matratzen und Decken sollten hygienischen Standards entsprechen;
- Versorgungspässe sollen abgestellt werden;
- die Unterbringung in den Arrestzellen und die Einzelverwahrung sollten ebenso humanitäre Standards wahren.

Aber auch politische Erwartungen enthielt der Forderungskatalog, wie etwa

- eine Veränderung der Rechtsprechung in der DDR.¹⁸

Als sich aber abzeichnete, dass keine der Forderungen ansatzweise erfüllt werden sollte, und zudem ein gefordertes Gespräch mit Presse- und Kirchenvertretern nicht zustande kam, explodierte der ohnehin schon brodelnde Kessel Strafvollzugseinrichtung Bützow. Nachdem eine sich im katastrophalen Zustand befindliche Arrestzelle im Kellerraum eines Traktes entdeckt und der dort Einsitzende befreit worden war, kam es zu tumultartigen Szenen, an denen sich nahezu alle Insassen beteiligten. Sie gaben ihren Forderungen lautstark Ausdruck, indem sie u.a. mit Gegenständen an die Gitter in ihren Zellen klopfen.¹⁹ Erst als der Gemeindepfarrer eintraf, der auch für die Seelsorge der Häftlinge zuständig war, beruhigte sich die Situation ein wenig.²⁰

Am Morgen des 4. Dezember kam es dann zur bisher machtvollsten Willensbekundung von Bützower Gefangenen. 912 von 961 Insassen verweigerten die Arbeitsaufnahme und traten in einen unbefristeten Hungerstreik. Nur die schwer erkrankten Häftlinge beteiligten sich nicht an dieser Aktion.²¹ Da die Leitung der Haftanstalt der Situation augenscheinlich hilflos gegenüberstand, wandte sich der schon erwähnte Oberstleutnant Kraak wiederum an Heiko Lietz und bat diesen um Vermittlung. Hierfür gab der Offizier im Medizinischen Dienst in einem Vieraugengespräch ausschließlich humanitäre Gründe an, da er um die Gesundheit einzelner im Hungerstreik befindlicher Gefangener fürchtete. In den Vortagen war ein in

der Vergangenheit besonders widerständiger Häftling an den Folgen eines Herzinfarkts gestorben, was die Spekulationen natürlich anheizte.²² Nach dem Gespräch versuchte Heiko Lietz vergeblich die leitenden Offiziere der Strafanstalt zu erreichen, die sich aus unerklärlichen Gründen nicht vor Ort befanden. Gehör fand er schließlich bei der vorgesetzten Behörde in Schwerin. Er informierte die BDVP-Oberen aber nicht nur über die Lage im Gefängnis. Er kündigte auch für den folgenden Tag eine Demonstration des Neuen Forums in Bützow an, auf deren abschließender Kundgebung vor der StVE sich die Teilnehmer mit den Forderungen der Häftlinge solidarisiert werden würden.

In Schwerin erkannte man nun den Ernst der Lage und organisierte eine Besprechung in der Strafvollzugsanstalt. Diese fand am Morgen des 5. Dezember statt und vereinte nun endlich alle maßgeblichen Entscheidungsträger. So nahmen der Stellvertretende Leiter der BDVP, Winfried Kulow, der Leiter der Abteilung Strafvollzug in der BDVP, Herbert Ulrich, der Stellvertreter des Bezirksstaatsanwaltes, Joseph Klöckel, und der Staatsanwalt für die Strafvollzugsaufsicht, Lothar Thoß, teil.²³ Gesprächsteilnehmer waren neben dem erwähnten Oberstleutnant Kraak und Heiko Lietz auch zwei Pressevertreter von der Schweriner Volkszeitung. Den ebenfalls anwesenden Leiter und den stellvertretenden Leiter der StVE kann man im Nachhinein wohl als Statisten ansehen.

Man erörterte nun in angespannter Runde die Lage und vereinbarte eine kleinere Abordnung zum neu gebildeten Sprecherrat der Gefangenen zu schicken, um sich die neuesten Forderungen anzuhören. Zu der Abordnung gehörten Heiko Lietz, Joseph Klöckel und der stellvertretende Leiter von Bützow. Die Bestellung des Letzteren erwies sich mehr als unglücklich. Der aus 50 Gefangenen bestehende Sprecherrat weigerte sich bedingungslos mit diesem zu sprechen. Heiko Lietz bat ihn daraufhin, die Gesprächsrunde zu verlassen. Auch gegen die Anwesenheit des stellvertretenden Bezirksstaatsanwalts wurden Einwände erhoben. Er durfte aber nach Intervention von Lietz bleiben.

Nachfolgend trug der Sprecherrat seine Forderungen vor. Die Gefangenen forderten u.a.:

- den sofortigen Rücktritt des Leiters der StVE,
- die Erweiterung der medizinischen Abteilung der StVE,
- die Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit dem Sprecherrat der StVE

Bautzen,

- eine Mitteilung des Bezirksstaatsanwalts an den Generalstaatsanwalt der DDR zur Einforderung der Modalitäten einer durchzuführenden Teilamnestie,
- ein Mitspracherecht bei der zivilen Wiedereingliederung,
- eine aufklärende Öffentlichkeitsarbeit bei der Wiedereingliederung,
- Kerzen als sichtbares Zeichen für die Solidarität mit den Demonstranten vor der StVE,
- die Veröffentlichung ihres Forderungskatalogs über die Bezirksebene hinaus über ADN.²⁴

Heiko Lietz teilte diese Forderungen dem größeren Gesprächskreis anschließend mit. Der Forderung nach dem Rücktritt des Leiters wurde sofort entsprochen. Dieser verabschiedete sich „aus gesundheitlichen Gründen“ in eine ungewisse Zukunft. Weitere zählbare Ergebnisse gab es jedoch nicht. Dennoch brachen 100 Häftlinge im Laufe des 5. Dezembers den Hungerstreik wieder ab. Am Nachmittag fand die geplante Demonstration des Neuen Forums vor den Toren der StVE statt.

In den Abendstunden des gleichen Tages eskalierte die Situation erneut. Es kam sogar zu Handgreiflichkeiten gegenüber dem Vollzugspersonal. Und wieder wandte sich die ehemals allmächtige Staatsgewalt hilfesuchend an den Bürgerrechtler Heiko Lietz. Diesen empfing vor Ort eine eisige Atmosphäre. Die in voller Mannstärke anwesenden Schließer machten in erster Linie Lietz für die erfolgten Übergriffe verantwortlich. Dennoch gelang es Lietz gemeinsam mit maßgeblichen Personen des Sprecherrats und der BDVP sowie der Leitung der Strafanstalt in nächtlichen Gesprächen die Lage zu beruhigen.²⁵

Ereignisse anderenorts begünstigen den friedlichen Verlauf in Bützow in den nächsten Tagen. Am 6. Dezember erließ die amtierende DDR-Regierung eine grundlegende Amnestie für aus politischen Gründen inhaftierte Strafgefangene.²⁶ Die Nachricht darüber ließ auch den Widerstand in Bützow schmelzen. Der Hungerstreik wurde noch am 6. Dezember beendet.²⁷ Eine Arbeitsaufnahme fand jedoch bis zum Ende der DDR nicht statt. Am 9. Dezember vermeldete die Leitung der StVE eine Normalisierung der Zustände vor Ort.²⁸ In den nächsten Wochen verbesserten sich die Bedingungen der Gefangenen – sukzessive wurden bisher geltende Verordnungen für ungültig erklärt.²⁹ Etliche Häftlinge verließen überdies nach Inkrafttreten der Amnestie die Bützower Einrichtung.

Rätselhaft erscheint rückblickend das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit in der StVE in diesen Tagen. Mitarbeiter der sogenannten „Firma Horch und Guck“ waren sicher vor Ort, griffen aber ihrerseits in den Prozess nicht mehr ein. Sie sorgten sich vielmehr um ihre eigenen Hinterlassenschaften. So berichtet ein Telegramm der Leitung der StVE vom 6. Dezember von der Vernichtung von augenscheinlich brisanten Dokumenten durch die Mitarbeiter des MfS in der Einrichtung.³⁰ Das einzige von mir aufgefundene Dokument über das Wirken des MfS in dieser Zeit.

Für die verbliebenen Insassen in Bützow spielte dies ohnehin keine Rolle mehr. In einem der letzten Erlässe des Leiters der Verwaltung Strafvollzug vom 15. März 1990 wurden sie wieder zu vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft erhoben, indem sie zukünftig wieder mit „Frau“ und „Herr“ angesprochen werden mussten.³¹ Die Demokratisierung hatte sich damit auch in einem der letzten Bereiche der untergehenden DDR-Gesellschaft durchgesetzt.

Im Herbst 1990 endete mit der Vereinigung beider deutscher Staaten das Kapitel des DDR-Strafvollzuges. Nun war wieder die Justiz für die Inhaftierung von Straftätern nach jetzt rechtsstaatlichen Normen zuständig. Ebenfalls aufgehoben wurde die zentrale Lenkung des Strafvollzuges. Diese ging nach dem Vorbild der Bundesrepublik wieder in die Hoheit der Länder über. Nach den Landtagswahlen vom 2. Dezember 1990 übernahm somit das neu gebildete Ministerium der Justiz von Mecklenburg-Vorpommern diese Aufgabe in Bützow.

Anmerkungen

1 Siehe hierzu u.a. weiterführend Martin Handschuck: „Die Strafgefangenen erziehen wir nicht zum sozialistischen Bewusstsein sondern zur Arbeit und zur Disziplin“. Strafvollzug in Bützow in den Jahren 1945 bis 1989, in: Beiträge zur Geschichte des Strafvollzuges und der politischen Strafjustiz in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2006, S. 123ff.

2 Siehe hierzu u.a. Tobias Wunschik: „Überall wird der Stalinismus beseitigt, nur in unserer Dienststelle nicht!“ Das autokratische Regime des Leiters der Haftanstalt Brandenburg-Görden Fritz Ackermann, in: Heiner Timmermann (Hg.): Die DDR-Analysen eines aufgegebenen Staates, Berlin 2001, S. 321ff.

3 Für die Strafvollzugeinrichtung gab es unter den Häftlingen unterschiedliche Bezeichnungen wie etwa „Rote Hölle“, Rote Hölle am Weißen See“ oder eben „Weiße Hölle“. Für die Hinweise dazu danke ich ausdrücklich Siegfried Jahnke. Vgl. auch Siegfried Jahnke: Hinter der weißen Wand, 2. Aufl., o.J., S. 142. In Abgrenzung für die Benennung der Haftanstalt in Halle „Roter Ochse“ wurde in den hier dargelegten Ausführungen auf die bereits von Gerhard Finn verwendete Bezeichnung zurückgegriffen. Siehe dazu Finn, Gerhard: Die

politischen Häftlinge in der Sowjetzone. 1945–1959, Reprint, Köln 1989.

4 Telegramm der BDVP vom 30.03.1988, Landeshauptarchiv Schwerin (im Folgenden LHAS), 7.12.-1 – Z5/98, 43, o. pag. Folgende Zitate ebenda.

5 Siehe hierzu ausführlich Martin Handschuck: Strafvollzug in Bützow-Dreibergen 1945 bis 1989, unveröffentlichtes Manuskript, 2002, S. 111ff.

6 Leiter der StVE Bützow an die Abt. StV am 07.07.1989, LHAS, 7.12.-1 – Z5/98, 43, o. pag.

7 Telegramm der BDVP vom 20.09.1989, Materialsammlung in der JVA Bützow (im Folgenden MJVA).

8 Zur regionalen Geschichte der Ereignisse vgl. insbesondere Kai Langer: „Ihr sollt wissen, dass der Norden nicht schläft ...“ Zur Geschichte der „Wende“ in den drei Nordbezirken der DDR, Bremen 1999, hier vor allem S. 139.

9 Siehe Telegramme der StVE Bützow vom 14., 15., 16. und 17.11.1989, MJVA.

10 Telegramm der StVE Bützow vom 17.11.1989, ebd.

11 Telegramm der StVE Bützow vom 14.11.1989 und Information des Offiziers vom Dienst der BDVP vom 18.11.1989, beide LHAS, 7.12.-1 – Z5/98, 43, o. pag.

12 Telegramm der StVE Bützow vom 20.11.1989, MJVA.

13 Telegramm der StVE Bützow vom 21.11.1989, ebenda.

14 Telegramm der StVE Bützow vom 24.11.1989, ebd.

15 Telegramm der StVE Bützow vom 21.11.1989, ebd.

16 So traten am 30.11.1989 sechs Zivilbeschäftigte der Anstalt aus dem FDGB aus. Telegramm der StVE Bützow vom 30.11.1989, ebd.

17 Im Herbst 1989 kam die Bürgerbewegung in den Bützower Strafvollzug. Erinnerungen eines Zeitzeugen, Manuskript Heiko Lietz, in diesem Band.

18 Ebenda.

19 Ebenda.

20 Interview mit Erich Arndt vom 05.08.2002, Privataarchiv M. Handschuck.

21 Telegramme der StVE Bützow vom 04.12.1989, MJVA.

22 Siehe hierzu und auch zu den Entwicklungen an den nächsten Tagen vor allem: Im Herbst 1989 kam die Bürgerbewegung in den Bützower Strafvollzug. Erinnerungen eines Zeitzeugen, Manuskript Heiko Lietz, in diesem Band.

23 Ebenda, aber auch Telegramm der StVE Bützow vom 15.12.1989, MJVA. In dem Telegramm findet allerdings die gewünschte Teilnahme von Lietz keinerlei Erwähnung.

24 Im Herbst 1989 kam die Bürgerbewegung in den Bützower Strafvollzug. Erinnerungen eines Zeitzeugen, Manuskript Heiko Lietz, in diesem Band.

25 Ebenda.

26 Beschluss des Staatsrats der DDR vom 06.12.1989, Bundesarchiv in Berlin (im Folgenden BArch), DO 1, 3716, o. pag.

27 Telegramm der StVE Bützow vom 06.12.1989, MJVA.

28 Telegramm der StVE Bützow vom 09.12.1989, ebenda.

29 Telegramm des Ministers für Innere Angelegenheiten, Generalleutnant Ahrendt, vom 18.12.1989, LHAS, 7.12.-1 – Z5/98,43, o. pag.

30 Telegramm des VPKA Bützow vom 06.12.1989, ebenda.

31 Leiter der Verwaltung Strafvollzug u.a. an den Leiter der Abteilung Strafvollzug am 15.03.1990, BArch, DO 1, 3817, o. pag.

Im Herbst 1989

**kam die Bürgerbewegung in den
Bützower Strafvollzug -
Erinnerungen eines Zeitzeugen**

Heiko Lietz

Heiko Lietz hat an der Universität Rostock Theologie studiert. Er war kurzzeitig in Untersuchungshaft als „Totalverweigerer“ der DDR, wurde jedoch später in der NVA als Bausoldat eingesetzt. Er arbeitete im Neuen Forum mit und wurde 1991 Mitglied im Gründungssprecherrat der Partei Bündnis 90. Er ist der Gründer der Wählergemeinschaft Bürgerbündnis im Landkreis Güstrow.

18 Jahre ist es jetzt schon her, dass sich die dramatischen Ereignisse in der Strafvollzugseinrichtung Bützows im Dezember 1989 ereigneten. Da ich mir damals keine ausführlichen Notizen gemacht hatte, war es für mich nicht ganz einfach, den genauen Hergang möglichst präzise noch einmal zu rekapitulieren. Sollten Sie, falls Sie damals mit dabei gewesen waren, hier und da gewisse Unstimmigkeiten erkennen, so möchte ich Sie bitten, sie im anschließenden Gespräch entsprechend zu korrigieren oder zu ergänzen.

Ich war damals 1. Sprecher des Neuen Forums (NF) für die Region Güstrow und gleichzeitig als Mitglied im Landessprecherrat des NF in der DDR politisch aktiv. Die Strafvollzugseinrichtung Bützow und die in ihr Inhaftierten nahm ich damals eher nur nebenbei wahr, obwohl wir vom NF schon frühzeitig im Oktober die Amnestie politischer Gefangener in der DDR einforderten und damit natürlich auch die politischen Gefangenen in Bützow mit einschlossen waren.

Doch das änderte sich entscheidend, als mich Ende November 1989 in meinem Regionalbüro in Güstrow ein Arzt der StVE Bützow besuchte, der sich als Oberstleutnant Kraak vorstellte und sich für die Ideen des NF interessierte. Durch ihn bekam ich auch erstmalig einen gewissen Einblick in die damalige Situation der StVE. Da wir beide diesen Kontakt als sehr nützlich und hilfreich empfanden, verabredeten wir uns für ein weiteres Gespräch am 7. Dezember in Bützow in seiner Wohnung. Doch dann begannen sich die Ereignisse in Bützow zu überschlagen. Von den ersten Tumulten am Sonntagabend, dem 3. Dezember erfuhr ich tags darauf in der Presse.

Die ausführlichen Hintergründe jedoch erfuhr ich erst von Herrn Knaak, als er mich äußerst dringend, fast beschwörend am Montag, dem 4. Dezember am späten Nachmittag schon vorzeitig um ein Gespräch ersuchte. Da er wegen der dramatischen Situation in der StVE rund um die Uhr dienstverpflichtet und damit zu Hause nicht erreichbar war, aus Sicherheitsgründen außerdem auch nicht direkt mit mir telefonieren wollte, stellte eine Kollegin von ihm telefonisch den Kontakt zu mir her. Das Gespräch mit ihm fand dann im Privatwagen dieser Kollegin in unmittelbarer Nähe des Eingangstors der StVE statt. Ausgang aus der Einrichtung verschaffte er sich mit der Begründung, dass seine Frau ihm etwas zu essen bringen wolle.

In diesem Gespräch offenbarte er mir sehr genau, was sich augenblicklich

hinter den Mauern abspielte. Da ich damals zufälligerweise ein Tonbandgerät mitführte, war er bereit, die wichtigsten Dinge nach dem Gespräch noch einmal kurz zusammenzufassen. Aus diesem Tonbandmitschnitt möchte ich Ihnen jetzt die wichtigsten Passagen vortragen:

Am Sonntag, dem 3. Dezember kam es am frühen Abend zu ersten Tumulten in der StVE, an denen sich alle Strafgefangenen der Einrichtung beteiligten. Sie wollten damit den Forderungen Nachdruck verleihen, denen die Leitung der StVE in einem Gespräch am Freitag, dem 1.12. zwar zugestimmt, sie aber dann nicht eingehalten hatte. Als dann auch noch ein gefordertes Sonntagsgespräch am 3.12. mit der Presse und Vertretern der Kirche nicht zustande kam, lief das Fass über.

Bei diesen genannten Forderungen, die zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich die konkreten Lebensverhältnisse der Strafgefangenen in der StVE betrafen, ging es darum,

- die Bedingungen im Strafvollzug allgemein zu verbessern,
- verschiedene Fragen der Rechtsprechung zu ändern,
- inhumane Zustände in der StVE abzuschaffen,
- die Raumunterbringung der Strafgefangenen zu verbessern, um ausreichend Luftraum entsprechend der TGL in den einzelnen Verwahrungsräumen abzusichern – statt der maximal zulässigen 800 Strafgefangenen war die StVE mit über 1000 Gefangenen belegt –,
- Matratzen und Decken wieder in einen hygienisch zumutbaren Zustand zu bringen,
- Versorgungsprobleme in Fragen der Verpflegung abzustellen,
- akzeptable Rahmenbedingungen für die Unterbringung in den Arrestzellen und der Einzelunterbringung zu schaffen.

Darüber hinaus wurde eine unter aller Würde befindliche einzelne Arrestzelle im Kellerraum im Trakt 2 entdeckt, die Zorn und allgemeines Entsetzen hervorrief. Ein dort arrestierter Strafgefangener wurde gestern mit Hilfe der Solidarität aller freigekämpft. Die laufenden Gespräche mit der Leitung befriedigen die Strafgefangenen nicht. Die Leitung beharrt in stalinistischen Methoden. Sie will keinen Schritt zurückweichen und wartet nur auf Weisungen von Berlin. Die Strafgefangenen sind unzufrieden, es rumort überall. Die Gefahr eines weiteren, dann aber sehr viel massiveren Tumults ist nach dem bisher Vorgefallenen nicht mehr auszuschließen.

Seit heute früh wurde die Arbeit niedergelegt und in den Hungerstreik getreten. Aber momentan verhalten sie sich trotz dieser Zuspitzung noch ruhig, es gibt keine undisziplinierten Auffälligkeiten. Die Strafgefangenen im medizinischen Dienst haben ihren Dienst trotz des Streiks ordnungsgemäß aufgenommen, sie wurden dazu vom Sprecherrat der Strafgefangenen ausdrücklich für diese Arbeiten freigestellt, denn die gesundheitliche und medizinische Betreuung muss unbedingt aufrechterhalten werden, denn schon nach einem Tag des Hungerstreiks können sich die ersten gesundheitlichen Beschwerden einstellen.

Was morgen oder übermorgen auf uns zukommt, weiß ich noch nicht, auf alle Fälle gibt es keine klaren Vorstellungen von der Leitung. Ein Vertreter des Sprecherrats hatte mich und meine Frau heute mehrmals um Hilfe angesprochen. Wir haben daraufhin versucht, die BDVP von Schwerin zu informieren, dass wir mit der Leitung nicht einverstanden sind und dass wir als Mediziner die Sache anders einschätzen. Aber es erfolgte bisher keine Reaktion. Wir sind sehr verwundert darüber, wir identifizieren uns nicht mit dieser Handlungsweise, wir sind auch bereit, im Notfall dafür einzustehen.

Da ich den Strafgefangenen zusicherte, mit Ihnen Kontakt aufzunehmen, werden sie sich heute Abend bis 20 Uhr ruhig verhalten. Ich bin aber überzeugt, dass ab 20 Uhr ein größeres akustisches Spektakel entstehen wird, dass man sich bemerkbar machen wird, weil sie von der Leitung erzwingen wollen, dass der Sprecherrat der Strafgefangenen endlich zusammentreffen kann. Die Betroffenen sind nämlich alle trotz Zusagen des Stellvertretenden Leiters Major Kämke bei einem Gespräch am späten Sonntagabend weiterhin unter Verschluss gehalten worden. Es sind entgegen der Vereinbarungen nur Ausgewählte hinzugezogen worden. Hinzu kommt, dass am Sonntag verschiedene Dinge verzettelt und verschleiert wurden, so dass die Strafgefangenen sehr erbost waren und sich emotionell in diese Sache hineingesteigert haben. Auf Grund dieser emotionellen Steigerung ist leider auch ein Todesfall zu beklagen. Ein Strafgefangener ist infolge eines Herzinfarktes verstorben. Das hat die ganze Sache natürlich noch leichter gemacht. Wir haben unter den Strafgefangenen viele, die in einem ähnlichen Zustand sind. Es kann als durchaus geschehen, dass auch bei anderen Strafgefangenen gesundheitliche Schäden mit ernststen Folgen zu erwarten sind. Für mich ist das heute ein echter Hilferuf gewesen, ich konnte nicht mehr bis zum ursprünglich vereinbarten Donnerstag (7.12.) warten, konnte

das mit meinem Gewissen nicht mehr vereinbaren.

Ich bin sogar bereit, wenn es hart auf hart geht, auch vor Medien auszusagen. Versuchen sie doch zu erreichen, dass Vertreter der Medien hier auftreten können. Ich kann den Strafvollzug momentan nicht verlassen im Interesse der Gesundheit der Gefangenen. Ich weiß nicht, was nach 20 Uhr hier passieren wird. Der Leiter hatte gestern die ernsthafte Überlegung, gewaltsam gegen einen Verwahrraum vorzugehen. Das wäre das Schlimmste, was passieren könnte.

Soweit fast wörtlich der Bericht des Arztes. Nach diesem für mich erschütternden Gespräch versuchte ich umgehend, telefonischen Kontakt zu verschiedenen Stellen aufzunehmen. Zunächst mit der Leitung der StVE. Doch der Versuch, den Leiter Hans Schneider zu sprechen, scheiterte, weil er nach Auskunft des diensthabenden Hauptmanns Meier genau wie auch sein Stellvertreter Major Kempe die StVE inzwischen schon verlassen habe. Er selber aber habe keine Kompetenzen, etwas zu entscheiden. Darauf teilte ich ihm sehr entschieden mit, dass ich weitere Schritte unternehmen werde.

Danach fand dann ein Gespräch mit der diensthöheren Stelle der BDVP in Schwerin statt. Ich informierte sie über den neuesten Stand der Dinge, weil ich mir ziemlich sicher war, dass ihnen diese Informationen bislang vorenthalten wurden, u.a. die Verweigerung des Leiters, mit dem Sprecherrat der Gefangenen ein zugesagtes Gespräch zu führen. Die Situation in der StVE sei im Augenblick außerordentlich kritisch und habe sich zugespitzt.

Ich teilte ihnen mit, dass wir uns vom NF deswegen entschlossen haben, die neuen Entwicklungen in der StVE öffentlich zu machen. Wir werden morgen, am 5.12. nachmittags in Bützow eine Kundgebung mit einer sich anschließenden Demonstration vor die StVE durchführen, um uns mit den Forderungen der Strafgefangenen zu solidarisieren, des Weiteren werden wir die Presse ausführlich informieren.

Nachdem die BDVP den Ernst der Lage wahrgenommen hatte, vereinbarten wir für den nächsten Morgen ein Gespräch in der StVE in Bützow, an dem folgende Personen teilnehmen sollten:

- Winfried Kulow – Stellvertretender Leiter BDVP
- Oberstleutnant Herbert Ulrich – Leiter Abteilung Strafvollzug BDVP

- Joseph Klöckel – Stellvertreter des Bezirksstaatsanwalts
- Lothar Thoß – Staatsanwalt für Strafvollzugsaufsicht
- Oberstleutnant Hans Schneider – Leiter StVE
- Major Rudolf Kämpe – Stellvertretender Leiter der StVE
- Oberstleutnant Kraak – Arzt in der StVE
- Dietmar Kreiß u. Bohlmann – SVZ
- Heiko Lietz – Sprecher des Neuen Forums Region Güstrow

Am kommenden Tag fand dann diese Gesprächsrunde statt. Der Leiter der StVE Schneider wurde mit gesundheitlichen Gründen aus dem Verkehr gezogen. Hier wurden noch einmal alle die Dinge zusammengetragen, wegen derer sich die Lage in den letzten Tagen so massiv zugespitzt hatte.

Währenddessen konnte sich endlich auch der Sprecherrat der ca. 50 Strafgefangenen zusammenfinden, um die Lage der 1000 Strafgefangenen zu beraten und einen neuen Forderungskatalog aufzustellen. Als Gesprächspartner für dieses Gespräch wurden aus der größeren Gesprächsgruppe dafür zusammengestellt:

- Herr Kempke – Stellvertretender Leiter der StVE
- Joseph Klöckel – Stellvertreter des Bezirksstaatsanwalts
- Heiko Lietz, Sprecher des NF

Als wir drei in die sehr angeheizte Atmosphäre des Sprecherrats kamen, gab es sofort so entschiedenen massiven Protest gegen die Anwesenheit des stellvertretenden Leiters Kempke, dass ich ihn daraufhin dringend bat, den Saal zu verlassen, um ein Gespräch nicht von vorneherein zu blockieren. Obwohl es zunächst auch wegen des stellvertretenden Bezirksstaatsanwaltes energische Proteste gab, weil man eigentlich nur den Generalstaatsanwalt aus Berlin sprechen wollte, konnte er dann doch im Raum bleiben und später sich auch einbringen.

Aber nun begann für mich die schwierige Aufgabe, mit 50 unbekanntem und höchst misstrauischen Männern ins Gespräch zu kommen. Dabei kam mir glücklicherweise eine sehr skurrile Geschichte in Erinnerung, die ich während meiner Untersuchungshaft wegen Totalverweigerung vor über 20 Jahren mit dortigen Schließern durchgemacht hatte. Damit war das Eis gebrochen, erstes Vertrauen hergestellt und so waren die notwendigen Voraussetzungen für alles Weitere geschaffen.

Zunächst machte ich mich mit ihren neuesten Forderungen bekannt. Die hatten sich inzwischen schon erheblich erweitert. Sie forderten:

- die Kontaktaufnahme zwischen den Sprecherräten der StVE Bützow und der StVE Bautzen (inzwischen hatte Bautzen eine Amnestie eingefordert, der sich Bützow angeschlossen hatte)
- den sofortigen Rücktritt des Leiters Schneider
- die Bereitstellung einer erweiterten Einrichtung für Kranke
- Kerzen für die Solidarität mit der Demo
- die sofortige Mitteilung des Bezirksstaatsanwalts an den Generalstaatsanwalt wegen der einzufordernden Durchführung einer Teilamnestie
- ein Mitspracherecht bei der Wiedereingliederung in den zivilen Bereich
- verstärkte Öffentlichkeitsarbeit bei der Wiedereingliederung als flankierende Maßnahme
- Veröffentlichung dieses Forderungskatalogs über den Bezirk hinaus auf DDR-Ebene über ADN

Ich erklärte mich bereit, mich zum Fürsprecher dieser Forderungen zu machen, ausdrücklich auch der Forderung nach Rücktritt des Leiters Schneider.

Dann kam das Gespräch auf die momentane schwierige Situation in der Einrichtung. Ihre Arbeitsniederlegung hielt ich in der momentanen brisanten Situation in der ganzen DDR durchaus für akzeptabel, um damit Forderungen durchzusetzen. Vom weiteren Hungerstreik wollte ich sie aber abbringen, da für sie der Schaden dabei um so viel größer wäre als der Nutzen, den sie sich davon erhofften. Ich riet ihnen deshalb dringend, diese Entscheidung noch einmal gründlich zu bedenken. Danach versuchte der Staatsanwalt seinerseits, die momentan chaotische Situation in Berlin zu erläutern, da es zu ständigen Auswechslungen käme und sie momentan auf sich alleine eingestellt wären. Über Teilamnestien würde aber bereits gesprochen und in den nächsten Tagen wäre eine neue Entscheidung zu erwarten.

Damit wurde diese erste Gesprächsrunde beendet. Mit diesem Bündel an Forderungen machte ich dann anschließend den größeren Gesprächskreis vertraut. Nach Überlegungen, wie die einzelnen Forderungen auf den Weg gebracht werden könnten, wurde auch dieses Gespräch im größeren Kreis beendet. Danach ließ ich mir die StVE ausführlich zeigen, um mir selber einen eigenen Eindruck über die geschilderten Missstände zu verschaffen.

Es waren wirklich unzumutbare Verhältnisse, die ich da zu sehen bekam.

Am Dienstagnachmittag fand dann die angekündigte Kundgebung mit anschließender Demonstration in Bützow statt. Als ich am späten Abend schon zur Ruhe gehen wollte, klingelte plötzlich das Telefon. Am anderen Ende meldete sich der Leiter der BDVP aus Schwerin und bat mich eindringlich, noch einmal nach Bützow zu kommen. Die Dinge seien im Laufe des Abends dermaßen in der gesamten StVE eskaliert, dass sie nicht mehr wüssten, wie hier wieder Ruhe reinkommen könne. Fünf Minuten später kam ein ähnlicher dringender Anruf von Seiten des Bezirksstaatsanwalts. So machte ich mich trotz großer Müdigkeit erneut auf den Weg, dieses Mal jedoch mit einem angeforderten Dienstwagen der Polizei.

In Bützow empfingen mich in einem großen Saal mit eisiger Kälte die komplett versammelten Schließer der StVE, die wegen eines ausgerufenen Alarms alle anwesend sein mussten. Es war im Laufe des Tages auch gegenüber einigen Schließern zu Ausschreitungen gekommen und jetzt hatte eine gewisse Panik um sich gegriffen. Sie verhielten sich mir gegenüber fast so, als ob ich der Schuldige an dieser neuen Zuspitzung gewesen wäre. Es war für mich wie ein Spießrutenlaufen. Doch da musste ich durch.

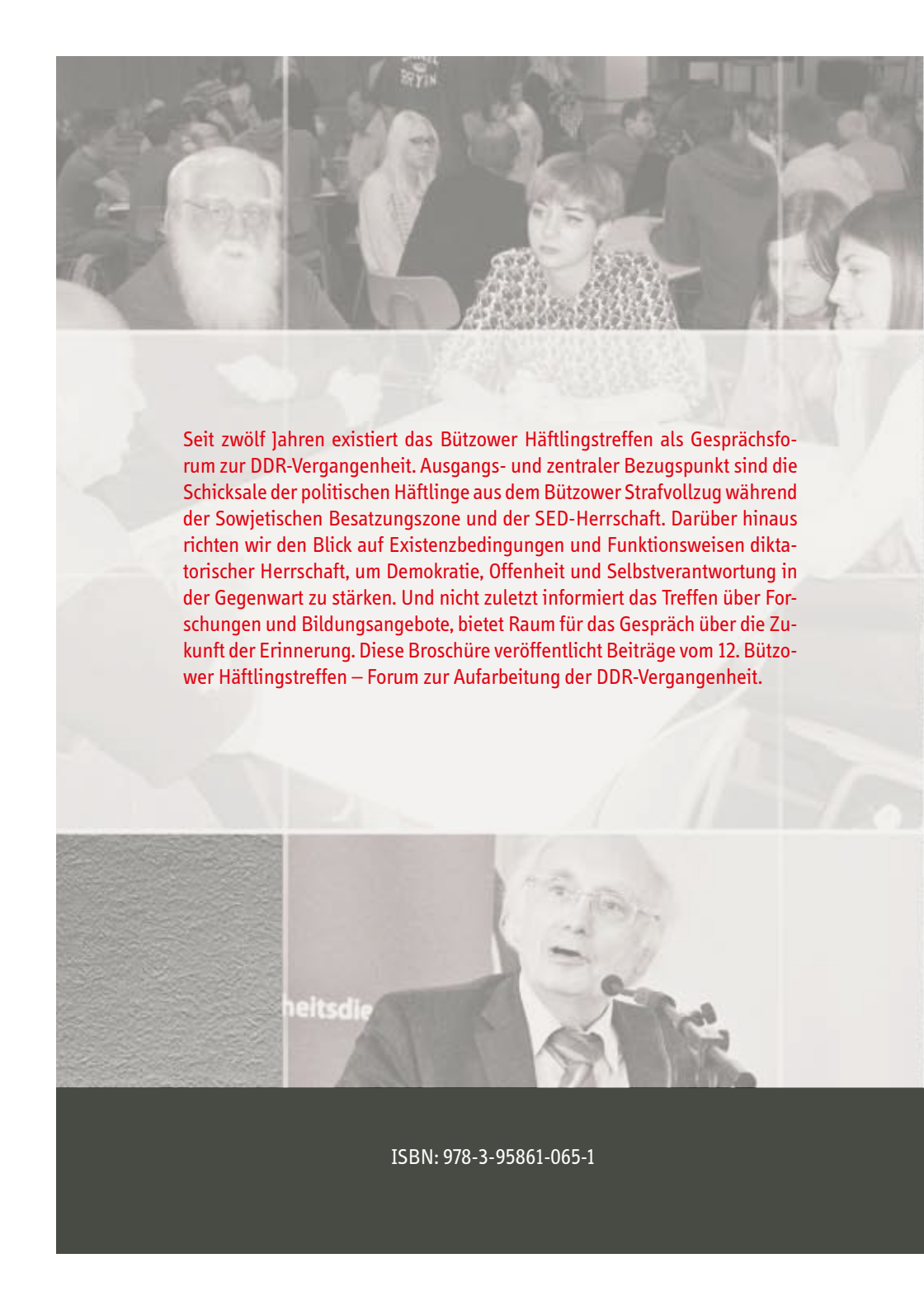
Es wurde eine sehr lange Nacht, in der immer wieder Schlichtungsgespräche zwischen dem Sprecherrat und den Verantwortlichen der StVE, Einzelgespräche mit dem Sprecher dieses Sprecherrates, dem Strafgefangenen Moor sowie den Vertretern der BDVP und der Leitung der Einrichtung geführt wurden. Erst in den frühen Morgenstunden gelang es uns mit vereinten Kräften endlich, unter allen Gesprächsteilnehmern solche Abmachungen zu vereinbaren, die zumindest eine weitere Eskalation verhinderten und darüber hinaus wieder etwas mehr Ruhe in die Einrichtung brachten. Über die näheren Einzelheiten sind mir jedoch irgendwelche Protokolle nicht bekannt.

Rückblickend muss ich sagen, dass dies vielleicht eine meiner schwierigsten und anstrengendsten Nächte in dieser an Aufregungen und Turbulenzen nicht armen Zeit gewesen war. Die Strafvollzugseinrichtungen waren während der Friedlichen Revolution mit die letzten Institutionen, die sich der politischen Neuorientierung vehement widersetzten. Das lag sicher auch an der besonders abgeriegelten Lage, in der die Verantwortlichen

länger als anderswo den Menschen ihre Rechte vorenthalten und sich dem demokratischen Aufbruch verweigern konnten.

Jahre später hatte ich über einen ganz anderen Weg erneut Zugang zu dieser Justizvollzugsanstalt, wie sich heute nennt, bekommen. Ich wurde vom Justizminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern in den Beirat berufen, ein der JVA zugeordnetes politisches Beratungsorgan. Meine besonderes Ressort in diesem Beirat bestand darin, den Abschiebehäftlingen mit Rat und Tat beiseite zustehen, um ihre Rechte als Nichtstrafgefangene in einer Justizvollzugsanstalt zu wahren. Dabei lief mir auch Herr Kempke wieder über den Weg. Aber das ist ein anderes Kapitel.

Aber oft, wenn ich bei meinen Besuchen zu den Abschiebehäftlingen über die Höfe und Flure ging, tauchten in mir die Bilder von 89 wieder auf.



Seit zwölf Jahren existiert das Bützower Häftlingstreffen als Gesprächsforum zur DDR-Vergangenheit. Ausgangs- und zentraler Bezugspunkt sind die Schicksale der politischen Häftlinge aus dem Bützower Strafvollzug während der Sowjetischen Besatzungszone und der SED-Herrschaft. Darüber hinaus richten wir den Blick auf Existenzbedingungen und Funktionsweisen diktatorischer Herrschaft, um Demokratie, Offenheit und Selbstverantwortung in der Gegenwart zu stärken. Und nicht zuletzt informiert das Treffen über Forschungen und Bildungsangebote, bietet Raum für das Gespräch über die Zukunft der Erinnerung. Diese Broschüre veröffentlicht Beiträge vom 12. Bützower Häftlingstreffen – Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit.